Nr. 187. 22. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 12. August 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Eine Kundgebung des Weltfriedens.

In Lüttich tagt gegenwärtig der Internationale Bergarbeiterkongreß. Während die herrschenden Müßiggänger aller Länder zur Weltmesse nach Lüttich gepilgert sind, hat auch die Welt der Arbeit sich dort versammelt, wo die Ausstellung erst zeigt, was menschliche Arbeit zu leisten vermag. Und während die Presse des Auslandes unausgesetzt fast schon wie etwas Selbstverständliches und Naturnotwendiges über die Frage debattiert, wann der große europäische Krieg denn ausbrechen würde, hat der Bergarbeiterkongreß in einer machtvollen, gedankenreichen und begeisterten Kundgebung den Weltfrieden des Proletariats verkündet.

Die Vertreter der Männer, die unter Tag arbeiten, haben gezeigt, daß gerade sie als Proletarier allein für das Licht der Kultur wirken und werben, daß das Proletariat allein in idealem Sinne über Tage geistig lebt. Engländer und Deutsche, Amerikaner und Franzosen und auch der Bergarbeiter aus dem neutralen Belgien, sie alle haben die herrschenden Klassen ihrer „Vaterländer" angeklagt und gegenüber der Verhetzung der Völker dem Bruder jenseits der Grenze die Hand gereicht. Sie alle verurteilten den Militarismus und Marinismus, die doch nur die Werkzeuge des Kapitalismus und der feudalen Mächte, der Kirche und des Landadels, sind, bestimmt, um, wenn es der Profit und die Selbsterhaltung des Besitzes fordert, Millionen von Menschen gegeneinander zu treiben, wie wilde blutgierige Tiere.

Und wie diese Proletarier auf dem Gebiet ihres engeren Berufes anstatt des Konkurrenzkampfes des Unternehmertums im Berggewerbe die Solidarität aller Bergarbeiter, die gemeinsame Arbeit zur Erhöhung ihres Daseins in ihren Verhandlungen bewährten, so haben sie auch die Solidarität der Nationen in flammenden, weckenden Worten gefeiert. Der Satz wird in Erinnerung bleiben, den der belgische Bergarbeiter fand: Das Wort Deutscher, Franzose, Engländer oder Belgier ist nur ein Vorname, Arbeitsbruder ist der wahre Familienname. Gewiß, es ist der Familienname der Menschheit und der Menschlichkeit, der Kultur, des Proletariats.

Das internationale Proletariat hat den Ernst des Augenblicks begriffen. Es beweist, daß es sich nicht blindlings in den Dienst der Barbaren des Kapitals zwingen lassen will, daß es sein eigenes Schicksal zu bestimmen heischt, das das Schicksal des Weltfriedens ist.

•

Wir lassen den Verhandlungsbericht folgen:

16. Internationaler Bergarbeiter-Kongreß.

Lüttich, den 9. August 1905.*)

Dritter Verhandlungstag.

Den Vorsitz führt heute Schröder (Deutschland) mit Lemaire (Belgien), Brace (England) und Brockhaus (Deutschland) als Beisitzern. Zu Punkt 4:

Krieg und Frieden,

erhält, obwohl die Miners Federation Antragsteller ist, nach Uebereinkunft Mr. Burt von Northumberland als Referent das Wort. Lebhaft begrüßt, führt er folgendes aus: Eine Frage von größerer Wichtigkeit für alle Klassen und Nationen als die des Kriegs und Friedens gibt es nicht. Ist es nicht merkwürdig, daß nach 2000 Jahren christlicher Kultur gerade die christlichen Nationen unablässig auf Instrumente der Zerstörung und Vernichtung sinnen! (Sehr wohl!) Leider trägt auch England nicht den geringsten Teil der Schuld daran. Hat es doch seine Rüstungen in den letzten 15 Jahren verdoppelt und gibt trotz seiner günstigen insularen Lage, die doch höchstens den Unterhalt einer Flotte rechtfertigen könnte, 70 Millionen Pfund jährlich für seine Kriegsrüstungen aus. Ich entsinne mich persönlich zweier Kriege: des Krimkrieges und des Krieges in Südafrika. Den Krimkrieg hält heute nach 50 Jahren jeder Engländer für einen schweren Fehler. Hat doch selbst Lord Salisbury gesagt, wir hätten damals auf ein falsches Pferd gesetzt. (Hört! Hört!) Für den Südafrikakrieg lastet die Verantwortung wenigstens nicht auf uns. Alle Arbeitervertreter im Parlament, alle Gewerks- und Genossenschaftsführer im Lande haben gegen dieses verbrecherische Unternehmen protestiert. Ich war jüngst in Südafrika und bin entsetzt über das, was ich dort gesehen habe. Auch unter der englischen Bevölkerung herrscht entsetzliches Elend, und ein englischer Soldat hat mir gesagt, er bedauere jetzt, auf der falschen Seite gekämpft zu haben. Nur gegen die Arbeiter sei der Krieg geführt geworden. (Vielfaches Hört! hört!) Das sollte uns lehren, doppelt scharf nachzudenken, wenn wir vom Sturm des Patriotismus hingerissen würden. (Sehr wahr!) Höher als Patriotismus stehe Humanität und Gerechtigkeit. (Lebhafter Beifall.) Ich bin stolz darauf, diese internationalen Kongresse mit angeregt zu haben. Welch ein gewaltiges Erziehungswerk haben wir geleistet, an Stelle der früheren Verwirrung die Nationen sich näher gebracht und sich verstehen gelehrt. (Zustimmung.) Unwissenheit und Vorurteil sind die Hauptquellen des Krieges. Harmonie und gegenseitige Zuneigung wollen wir an ihre Stelle setzen. (Bravo!) In den 40 Jahren meiner gewerkschaftlichen Tätigkeit war ich mancher trüben Stimmung unterworfen. Dann dachte ich zurück auf die gewaltigen Fortschritte der Arbeiterorganisationen und an — die allmähliche Ersetzung der Streiks durch Schiedsgerichte. Auch für Schiedsrecht unter den Völkern kann niemand mehr wirken als die Arbeiter. (Lebhafte Zustimmung.) Nur sie können die allmähliche Abrüstung, die vollständige Entwaffnung durchsetzen, nur sie an die Stelle brudermörderischer Kriege Diskussionen setzen und an die Stelle des Appells an die Waffen den Appell an die Vernunft und die Gerechtigkeit. (Stürmischer Beifall.) Dann werden wir der Zeit näher kommen, von der einst Dichter und Denker nur träumten, dem Reiche der Zukunft. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Reichstagsabgeordneter Hue (Deutschland), besonders von den Engländern warm begrüßt: Ich stehe ganz unter dem Eindruck der Bedeutung des Augenblicks, in dem gerade ein englischer Politiker von so hohem Ansehen und Verdienst die Friedensresolution begründete; denn wir auf dem Kontinent haben uns allmählich daran gewöhnt, in England den bösen Geist zu sehen, der stets bereit ist, mit seiner Fackel den Weltbrand zu entzünden. Burt sagte, England sei im Wettrüsten nicht der kleinste Sünder. Auch Deutschland war es nicht zuletzt, das die Rüstungen vorwärts getrieben hat. (Sehr wahr!) Aber die große Masse des deutschen Volkes war damit nicht einverstanden; sie verabscheut das Kriegsgeschrei einer gewissen Presse und gewisser Spekulantengruppen. Deutschland wird sich das Wort Burts merken, daß auch der Transvaalkrieg nur ein Spekulantenkrieg war; das Wort vom „Kämpfen auf der falschen Seite" wird ihm unvergeßlich sein. Wer hat jetzt beim Marokkospektakel mit einem kühnen Schlage den Haupthetzer in Frankreich beseitigt? Die sozialdemokratische Partei. So tritt sie auch im deutschen Reichstag, im englischen Parlament, in Belgien, in Oesterreich für den Frieden ein. In Berlin selbst wollte Jaurès mit seiner wundervollen Rednergabe für den Frieden demonstrieren. Aber die „friedliebende" Regierung unseres „Kulturstaates" schlug ihm die Tür vor der Nase zu. (Pfuirufe.) Das zeigt, wo der Kriegsgedanke zu Hause ist: in den Kreisen, die sich vom Kriege Vorteil versprechen. (Sehr wahr!) Das sind nicht wir. Jeder von uns ist stolz auf sein Vaterland, keiner von uns ist ein vaterlandsloser Gesell. Aber wir wollen keine Säbelkrassler sein, sondern aus dem nationalen Vielklang einen harmonischen internationalen Einklang herstellen. (Sehr gut!) Diese Kongresse sollen eine Vorbedingung schaffen für die Herbeiführung des Völkerfriedens. Gerade die Bergarbeiter sind in der Lage, im geeigneten Moment die Mittel zu ergreifen, durch die dem Kriege gleichsam die Nahrung entzogen werden kann. Wir wollen den Frieden, wir wollen die Humanität, genug mit dem Brudermord! Aber wer nicht nur mit Worten für den Frieden eintreten will, der sorge mit uns dafür, daß nicht nur im Hinblick auf die wirtschaftlichen, sondern auch im Hinblick auf die politischen Kriege ein Organ der ständigen internationalen Verständigung der Bergarbeiter geschaffen werde. (Vielfaches Bravo!) Der internationale Völkerbund ist der Friede! Die internationale Verbrüderung der Bergarbeiter ist die beste Gewähr für den Frieden. Je mehr wir unserem Streben nach Frieden praktischen Nachdruck verleihen, um so mehr Dienste werden wir leisten dem wahren Patriotismus, dem wahren Christentum, der wahren Humanität. (Stürmischer, mehrfach erneuter Beifall.)

Broz (Amerika): Noch nicht, aber bald vielleicht, muß man auch von Amerika sagen, daß es zu neuen Rüstungen vorwärts treibt. Denn eine Strömung treibt es in diese Richtung hinein. So treibt man's wie seit Beginn der Menschengeschichte. Nichts wird so eifrig gepflegt wie die Auswüchse am Körper der Menschheit. — Auch wir wollen den Frieden. Aber solange der ökonomische Krieg fortdauert, ist auch der dauernde Völkerfriede eine Unmöglichkeit. Vorerst müssen die Privilegien derjenigen verschwinden, die ein Interesse am Weltkriege haben. — Wir lieben die persönliche Freiheit; aber die Freiheit, dem Mitmenschen Böses zu tun, können wir nicht anerkennen. Das Banner mit den Streifen und Sternen ist uns ein Symbol der Freiheit. Aber leider nur der Freiheit, solange zu arbeiten, wie es dem Unternehmer beliebt. (Heiterkeit und Sehr gut!) Wollen wir den Urgrund des Krieges beseitigen, müssen wir das System abschaffen, das die „Freiheit" nur ausnutzt, um dem Nebenmenschen zu schaden. (Lebhafter Beifall.)

Beugnet (Frankreich): Wir sind nicht so glücklich wie England, das seit den Normannen, seit fast 1000 Jahren, keine feindliche Invasion gesehen hat. Frankreich — und Belgien — war der Schauplatz der blutigsten Völkerkriege. So sind wir erzogen worden, den „Erbfeind" vor Augen. Auf der einen Seite die weißen Felsen von Dover, das „perfide Albion", auf der anderen Seite das Damoklesschwert einer deutschen Invasion, das trotz der 34 Jahre Frieden noch immer über uns hängt. Denn die Kapitalistenklasse ist überall für den Krieg; sieht sie doch vielfach ihre einzige letzte Rettung vor der wachsenden Macht der Arbeiterklasse im Kriege. So vermehrt auch der Fortschritt der Arbeiterklasse die ständige Kriegsgefahr. — Frankreich war auf dem Wege, ein zweites Spanien, ein Knecht der Pfaffen zu werden. Es befreite sich durch das Kongregationsgesetz. Aber sofort begannen die Intriguen der Kirche, das Hetzen zum Kriege. Der Papst liebäugelte mit dem Kaiser, dem Haupt der schismatischen Kirche. Ueberall wurde gezischelt und getuschelt, ein siegreicher protestantischer Kaiser sollte in Frankreich die Herrschaft des Papstes wieder herstellen. (Heiterkeit und hört! hört!) Freilich noch mehr als vom Kaiser, wird Frankreich vom Kapitalismus bedroht. (Sehr wahr!) Griffen doch die französischen Bourgeoisblätter nach dem Verbot der Jaurès-Versammlung in Berlin nicht die deutsche Regierung, sondern — Jaurès an. (Hört! hört!) So hat der Kapitalismus den Kaiser wie die Republik in der Hand und bedroht die Welt mit dem schlimmsten Feinde der Zivilisation, dem Kriege. (Sehr wahr!) Aber selbst ein siegreicher Krieg, was könnte er uns bringen? Einen siegreichen General, der als neuer Cäsar durch ein neues Konkordat eine neue Kirchenherrschaft heraufführte. (Sehr wahr!) Jeder Bürger Frankreichs ist verpflichtet, bis zum 45. Jahre die Waffen zu tragen. Aber schon mit 40 Jahren zieht er vergeblich von Werkstatt zu Werkstatt, umsonst klopft er um Arbeit an: Zu alt! (Lebhafte Zustimmung.) Den Krieg werden wir nicht völlig beseitigen vor der Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft. Aber einstweilen hat dieser Kongreß die Pflicht, seiner Resolution den Stempel aufzudrücken: Krieg dem Kriege! (Lebhafter Beifall.)

Mansard (Belgien): Auch unser kleines Land, dessen Neutralität und Unabhängigkeit von den großen Nationen garantiert ist, ist von der Manie des Militarismus ergriffen worden; die Ausgaben sollen noch weit über die jetzigen 100 Millionen Frank erhöht werden. (Hört! hört!) Die herrschenden Klassen wollen nicht ernsthaft den Frieden. Die Großen sind stets darauf bedacht, den Kleinen ihr Land, ihre Kolonien oder Märkte wegzunehmen. Unmittelbar nach der Haager Friedenskonferenz brach der blutige Transvaalkrieg aus, und seitdem droht uns ständig das Gespenst des Krieges. Seien wir froh, daß wenigstens die englischen Arbeiter jede Verantwortung für diese blutigen Taten ablehnen. Wie die Jaurès-Versammlung in Berlin, soll auch dieser Kongreß eine Demonstration für den Frieden sein. Andere werden folgen, und wenn auch jede einzelne zu schwach wäre, den Krieg zu verhindern, werden sie alle zusammen doch die herrschenden Klassen zwingen, sich zu fragen, ob der schlimmste Feind diesseits oder jenseits der Grenze steht. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Für uns ist das Wort Deutscher, Franzose, Engländer oder Belgier ja nur ein Vorname, Arbeitsbruder der wahre Familienname. (Lebhafte Zustimmung.) Auch wir wollen keine Erschlaffung; aber wir führen täglich den schweren Kampf um die Existenz und gegen die Unterdrückung. Wir haben eine andere Tyrannei zu bekämpfen als die ausländische. Wir haben das große Beispiel der russischen Arbeitsbrüder vor Augen, die den Krieg benutzten, um sich für die Freiheit und Gerechtigkeit zu erheben. So müssen auch wir selbst die tiefstehenden und unwissendsten Arbeiter in das Heer des kämpfenden Proletariats einreihen. (Sehr gut!) Das ganze Proletariat muß den Ernst der Friedensfrage begreifen; dann wird es unerschrocken wie bisher gegen die Kapitalisten, so künftig auch gegen die kriegslustigen Potentaten kämpfen. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Damit schließt die Diskussion. Einstimmig und unter lebhaften Beifallskundgebungen werden die folgenden beiden Resolutionen angenommen:

1. Der in Lüttich versammelte 16. internationale Bergarbeiterkongreß verlangt die Regelung aller internationalen Streitfragen auf schiedsgerichtlichem Wege. (Antrag England.)

2. Der 16. internationale Bergarbeiterkongreß drückt den russischen Arbeitern in ihrem Kampfe für die Arbeiterfreiheit seine wärmste Sympathie aus und wünscht ihnen vollständigen Erfolg. (Antrag Deutschland.)

Danach vertagt sich der Kongreß auf Donnerstag.

*) Verspätet eingegangen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. August.

Anti-Fleischnot-Diner.

Der Landwirtschaftsminister v. Podbielski hatte zu gestern die Vorsitzenden sämtlicher preußischen Landwirtschaftskammern zu einer Konferenz nach Berlin berufen, um ihm über den Umfang, die Ursachen und die Wirkungen der neuerdings beobachteten Steigerung der Fleischpreise, namentlich der des Schweinefleisches, sowie über die Aussichten für die weitere Preisbildung Vortrag zu halten. Für den, der weiß, weß Geistes Kinder diese Vertreter agrarischer Interessen sind, stand von vornherein fest, was bei dieser Konferenz herauskommen würde. Man konnte zehn gegen eins wetten, daß die Herren erklären würden, die Fleischpreise seien zwar etwas gestiegen, aber die Landwirte hätten davon absolut keinen Nutzen; denn in noch höherem Maße hätten die Aufzuchtskosten des Viehes und die Löhne der Landarbeiter zugenommen; im übrigen aber würde die Fleischteuerung von der sozialdemokratischen Presse maßlos aufgebauscht zum Zwecke der Verhetzung der ärmeren, urteilslosen Volksschichten usw.

Tatsächlich hat die Konferenz denn auch zu diesem Resultat geführt — aber kurioserweise bereits, ehe man noch zu gründlicher Aussprache gelangt war. Schon auf dem zu Ehren des Herrn v. Podbielski im Hohenzollernsaal des Hotels Kaiserhof veranstalteten Anti-Fleischnot-Diner, durch das anscheinend der Beweis geliefert werden sollte, daß es trotz der Fleischnot in Berlin an saftigen Braten nicht fehlt, war man völlig mit dem Urteil fertig. Zuerst ergriff der Vorsitzende des deutschen Landwirtschaftsrats Graf Schwerin-Löwitz das Wort, um den Minister den Dank des Landwirtschaftsrats für das hohe Interesse auszusprechen, das der Minister dauernd für alle wichtigen Fragen auf landwirtschaftlichem Gebiete bekundet. Die Verhandlungen in den letzten Tagen hätten der Landwirtschaft wieder den Beweis erbracht, daß sie dauernd auf die Förderung ihrer Interessen durch den gegenwärtigen Minister rechnen könne. Auch unter den Angriffen eines Teiles der Presse hätte sein starkes Rückgrat nicht gelitten. Auf dieses starke Rückgrat erhebe er sein Glas!

Dann begann der Landwirtschaftsminister mit dem gefeierten starken Rückgrat eine lange Rede. Unausgesetzt werde er die berechtigten Interessen der Landwirte vertreten. Er habe geglaubt, daß in seiner Tätigkeit durch die Annahme des Zolltarifs ein gewisser Abschnitt vollendet sein würde und vorausgesetzt, daß die Kämpfe im Innern zwischen jenen Parteien, die sich der Notwendigkeit des Schutzes der nationalen Arbeit bewußt sind, beendet sein würden. Hierin habe er sich nun getäuscht. Es sei sehr bedauerlich, daß der Kampf gegenwärtig auf ein Gebiet verlegt sei, dessen Beurteilung sehr schwierig sei und eine genaue Kenntnis der Verhältnisse unserer Volkswirtschaft erfordere. Sonderbar sei, daß die Presse auf die Statistik des Landesamtes noch nicht eingegangen sei. In dieser Statistik sei nachgewiesen, daß der Rindviehbestand in diesem Jahre auf 11 Millionen gegen 10 im vorigen Jahre gestiegen sei und der Schweinebestand von 10 000 000 auf 12 563 000. Es werde überhaupt häufig von Leuten über die Fleischteuerung geurteilt, die über die Weichbildgrenze der Großstädte noch nicht hinausgekommen seien. Die Fleischteuerung sei nicht in letzter Linie auf die hohe Preissteigerung der Produkte zur Schweinezucht, insbesondere der Kartoffeln zurückzuführen.

Diejenigen Leute, welche auch anläßlich der gegenwärtigen Fleischteuerung wieder auf die Agrarier schimpfen, sollten beachten, daß 75 Proz. der Produkte unserer Schweinezucht von kleinen Leuten geliefert werden. — Man müsse auch beachten, daß die Arbeitslöhne dauernd steigen, und zwar auch auf dem Lande. Der Arbeiter in der Stadt dürfe es seinem Kollegen auf dem Lande nicht verübeln, wenn auch er mehr verdienen will, und dürfe sich dann auch nicht über die langsam steigenden Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wundern. — Dergleichen unerfreuliche Preisschwankungen, wie sie gegenwärtig auf dem Fleischmarkte eingetreten seien, müßten jedoch möglichst beseitigt werden. Es sei kein Vorteil für die Landwirtschaft, wenn der kleine Mann die Preise nicht mehr erschwingen kann. In vier bis fünf Wochen werde jedoch die

Not vorüber sein und es werde ein Ueberfluß an Schweinefleisch zu verzeichnen sein.

Eine auch nur vorübergehende Oeffnung der Grenzen, insbesondere nach Rußland und Oesterreich-Ungarn, erklärte der Herr Minister nicht gutheißen zu können. Für die gesundheitlichen Folgen eines derartigen Schrittes auf unseren Viehbestand könne er keine Verantwortung übernehmen. Unsere Viehzucht repräsentiere ein Kapital von 2½ Milliarden und dieses dürfe man nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. In Oesterreich-Ungarn sei an einem Tage aus 100 Gemeinden die Maul- und Klauenseuche, aus 500 Gemeinden die Schweinepest und aus 350 Gemeinden Rotlauf gemeldet worden. Dergleichen Verhältnisse dürften bei uns nicht Platz greifen. Der Vorschlag des „Vorwärts", die Stadt Berlin möge selber 100 000 Schweine mästen, sei ihm sehr sympathisch. Wenn die Stadt es nicht tut, so könne vielleicht der sozialdemokratische Parteivorstand mal damit beginnen. Herrn Singer würde er die notwendigen Ferkel besorgen. Die Herren würden dann ein anderes Urteil über unsere Viehzucht bekommen.

Mit diesen geistreichen Witzen war die Sache für den Herrn Minister abgetan — die Verdauungsorgane traten in Tätigkeit. —

Die russisch-japanischen Friedensverhandlungen

sind auf den Montag vertagt worden, nachdem die japanischen Bevollmächtigten Herrn Witte die Friedensbedingungen Japans schriftlich überreicht hatten. Diese Bedingungen sollen in folgenden Forderungen bestehen:

1. **Abtretung der russischen Pacht auf Liautung (Port Arthur, Dalnij) an Japan;**
2. **Räumung der Mandschurei durch die Russen und Rücküberlassung aller dort erworbenen Privilegien an China, Anerkennung der „offenen Tür" in der Provinz durch Rußland;**
3. **Abtretung der chinesischen Ostbahn bis Charbin an Japan — die nördliche Linie bis Wladiwostok bleibt den Russen;**
4. **Anerkennung des japanischen Protektorats über Korea;**
5. **Zubilligung von Fischereirechten an Japan in den sibirischen Gewässern bis zum Beringsmeer;**
6. **Uebergabe der in neutralen Häfen internierten russischen Kriegsschiffe an Japan;**
7. **Beschränkung der russischen Marinekräfte in Ostasien;**
8. **Abtretung von Sachalin an Japan und**
9. **eine Kriegsentschädigung. Für diese Entschädigung ist nach der einen Lesart eine Ziffer vorläufig nicht genannt. Nach einer anderen Version wird eine Milliarde Dollar verlangt.**

Diese Forderungen entsprechen völlig dem, was seit geraumem angenommen worden war. Sie können als keineswegs übertrieben erscheinen, sondern sichern Japan im wesentlichen nur den Besitz dessen, was es bereits mit den Waffen erobert hat. Herr Witte hat also keine Ursache, Japan vorzuwerfen, daß es nach „Romanart" mit künftigen Erfolgen rechne, die ihm noch gar nicht sicher seien.

Daß Japan die Halbinsel Liautung nicht wieder herausgeben kann, auch nicht an China, ohne seine gewonnene maritime Stellung preiszugeben, liegt auf der Hand. Ebenso muß es auf Sachalin Anspruch erheben, um von dort aus die Russen in Wladiwostok und am Amur in Schach zu halten. Das Protektorat über Korea mit seinen wirtschaftlichen Vorteilen muß als der eigentliche Preis der ungeheuren Kriegsopfer angesehen werden. Ebensowenig kann Japan auf die Neutralisierung der Mandschurei durch Rückgabe an China verzichten, wenn es nicht mit einer stetigen neuen Bedrohung durch ein revanchegieriges Rußland rechnen will. Es bleiben also an Forderungen, über die Japan mit sich reden lassen kann und auch wahrscheinlich reden lassen wird, die Auslieferung der in den neutralen Häfen desarmierten russischen Kriegsschiffe und die Kriegsentschädigung. Hier könnte Japan eventuelle Zugeständnisse machen. Auch ohne den Rest der russischen Kriegsflotte wäre die japanische Kriegsflotte stark genug, um allen wahrscheinlichen Eventualitäten getrost ins Auge blicken zu können. Und was die Kriegsentschädigung anlangt, so wäre sie zwar Japan ungemein willkommen, allein möglich wäre es wohl auch Japan, ohne eine solche die finanzielle Krise zu überstehen, die es nach Beendigung des Krieges zu überwinden haben wird. Die wirtschaftliche Erschließung und Ausnutzung der eroberten Landesteile dürfte es Japan auch ohne Kriegsentschädigung ermöglichen, trotz aller bereits eingegangenen finanziellen Verpflichtungen mit Hülfe neuer Kredite das Staatsschiff durch alle Klippen hindurchzusteuern. Freilich würde es die eine Milliarde russischer Kriegsentschädigung in den Stand setzen, seine militärischen und namentlich marinistischen Rüstungen mit ganz anderer Energie fortzusetzen, als es ohne sie der Fall wäre.

Immerhin glauben wir nicht, daß Japan den Friedensschluß an der Frage der Kriegsentschädigung oder gar der der Auslieferung der geflüchteten Schiffe scheitern lassen würde.

Ueber die Haltung der russischen Friedensbevollmächtigten wird aus Portsmouth gemeldet:

„Die russischen Friedensbevollmächtigten erachten die Friedensbedingungen als sehr hart. Außer zwei Hauptbestimmungen, auf die Witte nach den ihm erteilten Weisungen nicht eingehen kann, werden diejenigen, die sich auf die Einschränkung der russischen Seestreitkräfte und die Bewilligung von Fischereirechten beziehen, als die russische Eigenliebe ganz besonders verletzend und als so demütigend angesehen, daß sie für Rußland unannehmbar sind."

Gleichwohl können wir einstweilen nicht glauben, daß Witte es auf einen Abbruch der Verhandlungen ankommen lassen wird. Die Prahlereien des braven Generals Linewitsch sind sicherlich in erster Linie darauf berechnet, nach außen hin Stimmung zu machen und Japan nachgiebiger zu machen; in Wirklichkeit dürfte der Zar, sicherlich aber Witte selbst nur zu gut wissen, wie aussichtslos eine Fortsetzung des Krieges für Rußland wäre. Nach alledem scheint die Zuversichtlichkeit, mit der man in amerikanischen Kreisen neuerdings die Aussichten auf Friedensschluß beurteilt, nicht ohne triftige Gründe zu sein. —

* * *

Deutsches Reich.

Eine unterdrückte Kaiserrede. Wilhelm II hat noch eine andere Polenrede gehalten, die merkwürdigerweise amtlich konfisziert worden ist. Er führte in einer Ansprache zu Pferde, die er auf dem Truppenübungsplatz Weißenburg bei Posen hielt, den folgenden Satz aus:

„Angesichts der Versuche, Zwietracht zwischen den Bürgern deutscher und polnischer Nationalität zu säen, sei es sein ernster und unerschütterlicher Wille, **fest an der Ostmarkenpolitik festzuhalten.**"

Hielt „Wolffs Bureau", „Reichs-Anzeiger" und „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" etwa diesen Satz für einen Widerspruch gegenüber der Begriffsbestimmung des Deutschtums als des Hortes der Freiheit? Und hat es deshalb diese Ansprache, als unecht, unterdrückt? —

Statt 13 Jahren 2 Jahre Gefängnis!

Wie wir bereits gestern mitteilten, endete die Berufungsverhandlung gegen die beiden Landwehrleute Strauer und Krogmann, die am 4. Juli vom Kriegsgericht der 18. Division zusammen zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt worden waren, mit der Verurteilung der beiden Angeklagten zu 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnis. Die beiden Angeklagten hatten in der Zeit vom 16. bis 29. Mai eine 14tägige Uebung durchgemacht und sollten nachher eine mehrtägige Arreststrafe verbüßen. Als sie abgeführt werden sollten — die Strafe sollte im Altonaer Arrestlokal vollstreckt werden — hatten sie sich einen kolossalen Brand angetrunken und weigerten sich mitzugehen, indem sie erklärten, die Uebung sei zu Ende und sie seien keine Soldaten mehr. Auf dem Transport verübten sie in ihrem trunkenen Zustande allerlei Unfug und benahmen sich sehr disziplinwidrig; erst mit vieler Mühe gelang es, die beiden Leute in das Arrestlokal zu bringen. In der Verhandlung am 4. Juli machten die Angeklagten zu ihrer Verteidigung geltend, daß sie sinnlos angetrunken gewesen seien, auch hatten sie geglaubt, daß sie nach Ablauf ihrer Uebungszeit nicht mehr der militärischen Disziplingewalt unterstanden hätten. Der öffentliche Ankläger gab zu, daß der angetrunkene Zustand der Angeklagten allerdings zu berücksichtigen sei. Andererseits handele es sich um so schwere militärische Delikte, daß ein Exempel statuiert werden müsse. Er beantragte gegen Strauer 12 Jahre und 7 Monate und gegen Krogmann 10 Jahre und 3 Monate Gefängnis sowie Ausstoßung aus dem Heere. Das Urteil lautete dann gegen Strauer auf 7 Jahre und 3 Monate und gegen Krogmann auf 6 Jahre und 2 Monate Gefängnis und Entfernung aus dem Heere. Die beiden Landwehrleute, von denen Strauer auf dem Korridor einen Selbstmordversuch machte, indem er sich kopfüber die Treppe hinunterstürzte, so daß er aus vielen Kopfwunden blutend bewußtlos in das Militärlazarett übergeführt werden mußte, legten gegen das Urteil Berufung ein. Aber auch der Vertreter der Anklage legte Berufung ein, da das Urteil seiner Ansicht nach noch zu gelinde ausgefallen war!

Die Berufungsinstanz setzte nun gestern die Strafe für Strauer auf ein Jahr zwei Monate Gefängnis und für Krogmann auf ein Jahr und einen Monat Gefängnis herab. Das Gericht nahm an, daß die beiden Angeklagten wohl angeheitert gewesen waren, doch sei keinesfalls erwiesen, daß sie sinnlos betrunken gewesen seien. Als strafverschärfend komme in Betracht, daß die beiden sich auf dem Transport fortgesetzt äußerst renitent benommen hätten.

Sowohl die erste Instanz als auch die Berufungsinstanz gingen bei der Beurteilung des Falles also von **demselben Standpunkte** aus. Beide Instanzen zogen die Angetrunkenheit der Angeklagten in Betracht, bejahten jedoch das Vorhandensein der Zurechnungsfähigkeit und betonten die Schwere der begangenen Exzesse. **Um so auffälliger ist der kolossale Abstand in der Abmessung der Strafen, die von den beiden Instanzen verhängt wurden.**

Dabei ist das Urteil des Oberkriegsgerichts noch immer furchtbar streng, wenn man bedenkt, daß durch eine umfassende Zeugenvernehmung festgestellt worden war, daß beide Angeklagte im allgemeinen ruhige und harmlose Menschen wären, die jedoch im Zustand der Betrunkenheit völlig die Selbstbeherrschung zu verlieren pflegten. So wurde von Strauer bekundet, daß er für gewöhnlich keinen Alkohol zu sich nehme, weil er Branntwein nicht vertragen könne; komme er aber ins Trinken, so sei er wie wahnsinnig. Er bekomme dann förmliche Tobsuchtsanfälle. Dasselbe wurde von Krogmann bezeugt. Ein als Sachverständiger erschienener Arzt bekundete, daß Krogmann einmal im betrunkenen Zustande ins Krankenhaus übergeführt worden sei und sich dort in einem Tobsuchtsanfalle schwere Verletzungen beigebracht habe. Nach diesem Ergebnis der Beweisaufnahme hätte also eigentlich als festgestellt erachtet werden müssen, daß sich die beiden Angeklagten bei ihren Exzessen in einem Zustande befunden hätten, in dem sie für ihre Handlungsweise **keine Verantwortung** mehr treffen konnte. Allein diese Konsequenz glaubte auch das Oberkriegsgericht nicht ziehen zu sollen. Es erachtete es für keineswegs erwiesen, daß sich die beiden Angeklagten der Tragweite ihrer Handlung nicht mehr bewußt gewesen seien und zog den pathologischen Zustand, in dem sich die Angeklagten im Zustand der Angetrunkenheit zu befinden pflegten, nur als mildernden Umstand in Betracht. Inwieweit diese Urteilsfindung durch die **Empörung der Oeffentlichkeit** über das erstinstanzliche Urteil einerseits und **eine gewisse Rücksicht auf das Urteil der ersten Instanz** andererseits beeinflußt worden sein mag, muß dahin gestellt bleiben.

Die **Ungeheuerlichkeit** des Urteils der ersten Instanz wird aber gleichwohl durch das Urteil des Oberkriegsgerichts in **bengalische Beleuchtung** gesetzt. Wie war es möglich, daß das Kriegsgericht der 18. Division im vorigen Monat zu der entsetzlich hohen Strafe kommen konnte? Ergab doch die Beweisaufnahme in der gestrigen Verhandlung keinerlei neue Momente. Hatten die Angeklagten doch auch bei der ersten Verhandlung alles aufgeboten, um ihre Unzurechnungsfähigkeit bei Begehung der Exzesse glaubhaft zu machen! Und trotzdem ein so entsetzliches Urteil! Muß durch so grundverschiedene Urteile verschiedener Instanzen über das nämliche Delikt nicht der Glaube erweckt werden, **daß vielen Militärrichtern jeder Maßstab einer gerechten Beurteilung abgeht?** Muß nicht — zumal sich in der letzten Zeit solche Vorkommnisse gehäuft haben — der Eindruck hervorgerufen werden, daß es erst der Aufpeitschung der öffentlichen Meinung bedarf, um die — allerdings nur bei Delikten Gemeiner — drakonische Militärjustiz zur Besinnung zu bringen? —

Woran der Staatsanwalt denkt. In dem letzten Kölner „Simplicissimus"-Prozeß bildet die Anklageschrift ein interessantes Dokument. Sie lautet wörtlich:

Köln, Juni 1905.

Preßsache.

An das Königl. Landgericht, Strafkammer IV in Köln.

Anklageschrift der Königl. Staatsanwaltschaft in Köln.

Der Buchhändler Otto Müller zu Köln, Jabachstraße Nr. 4, geboren zu Neuhaldensleben am 5. September 1872, Atheist, verheiratet, nicht gedient, kostenzahlungsfähig, wegen Vergehens gegen § 184, Ziffer 1 St. G. B. bestraft, Strafnachricht eingefordert, wird angeklagt, zu Köln im Mai 1905 eine unzüchtige Schrift, nämlich Nr. 7 des 10. Jahrganges des „Simplicissimus", feilgehalten und verkauft zu haben. Vergehen gegen § 184, Ziffer 1 St. G. B.

Beweismittel: 1. Einlassung des Angeklagten, 2. Zeuge Pastor Wendland, Kamekestraße 30.

Ermittelungen: Im Mai 1905 kaufte der Zeuge Wendland bei dem Angeschuldigten die Blatt 1a der Akten befindliche Nummer des „Simplicissimus", welche letzterer mit der Seite 80 in seinem Schaufenster ausgestellt hatte.

Auf Seite 80 ist unter der Ueberschrift: „In höchster Not" folgende Szene dargestellt:

Ein Mann und eine Frau liegen in einem Bette, beide sind bis aufs Hemd entkleidet. Im Hintergrund erscheint der Ehemann der Frau, und der im Bette liegende Mann macht eben Anstalten, aufzuspringen, um sich hastig anzukleiden. Die unter dem Bilde befindliche Unterschrift:

„Um Gotteswillen, mein Mann, tun Sie, als ob Sie mich nicht kennen" gibt unzweideutig zu verstehen, daß die im Bette liegenden Personen von dem Ehemann der Frau beim Ehebruch überrascht wurden.

Die ganze Darstellung dieser Ehebruchsszene, zumal die Abbildung der nur mit einem leichten Hemde bekleideten Frau, den Busen halb entblößt, ist objektiv wohl geeignet, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlicher Beziehung gröblich zu verletzen.

Der Angeschuldigte will den unzüchtigen Charakter des Bildes nicht erkannt haben, doch ist diese Einlassung völlig unglaubwürdig. Ein bloßer Blick auf das Bild und die aus ein paar Worten bestehende Unterschrift mußte ihn darüber aufklären, daß es sich um eine unzüchtige Schrift handelte. Daß er in der Tat auch diese Erkenntnis gehabt hat, dafür spricht der Umstand, daß er, um Käufer anzulocken, die in Rede stehende Nummer des „Simplicissimus" gerade mit der Rückseite, also mit der hier beanstandeten Abbildung, im Schaufenster seines Geschäftslokales ausgehängt hat.

Es wird beantragt, das Hauptverfahren vor der Strafkammer des hiesigen Königlichen Landgerichts zu eröffnen.

Der erste Staatsanwalt.
gez. Kitz.

Kein Mensch außer einem Staatsanwalt und Pastor wird bei dem eleganten Bilde Reznizeks an etwas anderes denken als an die schneidende Satire des Witzes. Niemand stellt sich den Ehebruchsakt vor, niemand sieht das Hemd und den halb entblößten Busen. Der Staatsanwalt aber schaut statt des Witzes den Ehebruch, statt der Satire das Hemd, statt der Kunst des Zeichners den halb entblößten Busen.

Wenn übrigens schon ein gezeichneter halb entblößter Busen auf Staatsanwälte und Pastoren unzüchtig wirkt, welche Empfindungen müssen da die Leute bei den lebendig fleischernen und auch gar nicht nur halb entblößten Busen haben, die auf Hofbällen Zwangsvorschrift sind. Und welche Stätte der Unzucht muß die Berliner Oper an den höfischen Galatagen sein, wo die Besucherinnen sogar gewaltsam genötigt werden, den Busen zu entblößen!

Zur Statistik der preußischen Landtagswahlen macht die Breslauer „Volkswacht" darauf aufmerksam, daß in Breslau viel mehr sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden als unsere Tabelle („Vorwärts" Nr. 182) aufgeführt werden. Unsere Tabelle gibt an in den drei Klassen 4, 169, 7994. Die Breslauer „Volkswacht" hat gezählt 22, 289, 10 130 und führt die Differenz auf die ungenaue Unterscheidung der Parteistellung der Urwähler zurück, weshalb denn auch eine so große Zahl von Wählern unbekannter Parteirichtung herauskomme. Bis zu einem gewissen Grade ist das richtig. Zum Teil jedoch ist es auch darauf zurückzuführen, daß die in unserer Tabelle aufgeführten Zahlen die Anzahl der Urwähler darstellen, welche sozialdemokratische Stimmen abgaben. Wir müssen zugeben, daß die Bezeichnung am Kopfe unserer Tabelle den Irrtum zuläßt und wir sind ihm selbst unterlegen, verursacht durch den Umstand, daß die Statistik an der einen Stelle mit Urwählern, an der anderen wieder mit Stimmen operiert. Die mit Stimmen operierende Tabelle unterläßt aber die Unterscheidung nach Parteien, unterscheidet vielmehr zwischen den Gewählten und ihren Gegenkandidaten. Die von uns für ein paar Kreise gemachte Vergleichung zwischen unseren und den Stimmen der anderen Parteien gibt deshalb nicht das richtige Bild. Es lassen sich nur vergleichen die Anzahl der Urwähler, und so ist das Bild für diese vier Kreise so:

	Berlin 1	Berlin 2	Berlin 3	Berlin 4
Sozialdemokratische	8 468	29 793	53 538	30 311
Freis. Vp.	6 301	4 612	4 968	4 852
Freis. Vgg.	37	17	19	37
Kons.	3 181	31	3 794	113
Nationallib.	—	17	107	—
Sonstige	1 584	2 685	3 909	2 484
Unbekannt	3 736	2 811	7 554	3 230
Zusammen	23 357	39 976	73 989	41 046

Man muß diesen Unterschied zwischen Stimmen und Urwählern, den wir, wie gesagt, anfangs selbst nicht genügend hervorgehoben haben, beachten; es ergibt sich daraus, daß das Wahlergebnis für uns noch wertvoller ist. —

Zur Altenbeker Eisenbahnkatastrophe

teilt die „Nordd. Allg. Ztg." mit:

Der Firsteinbruch in dem Altenbekener Tunnel hat den Minister der öffentlichen Arbeiten veranlaßt, zwei besonders hervorragende außerhalb der Eisenbahnverwaltung stehende Sachverständige für Tunnelbau und Geologie mit der gründlichen Untersuchung des Tunnels zu betrauen, um die Ursache des Firsteinbruchs, den jetzigen Zustand des Tunnels und die zur Wiederherstellung erforderlichen Maßnahmen festzustellen. Die bis jetzt angestellten Untersuchungen der Sachverständigen lassen die Annahme der königlichen Eisenbahndirektion Kassel über die Ursache des Einbruchs als zutreffend erscheinen. Danach sind wahrscheinlich harte Gesteinsbänke infolge Eindringens von Tagewasser, insbesondere nach den kurz vor dem Einbruch niedergegangenen heftigen Regengüssen ihres Haltes beraubt und in Hohlräume dicht über dem Gewölbe niedergestürzt, wobei sie das Gestein und das Gewölbe durchschlagen haben. Sichere Aufschlüsse können erst gewonnen werden, wenn bei den durch einen erfahrenen Tunnelunternehmer bereits kräftig begonnenen Wiederherstellungsarbeiten das eingestürzte Gewölbe mit einem Stollen überfahren wird.

Die zunächst an der Bruchstelle vorzunehmenden Arbeiten sind von der Direktion Kassel im Einvernehmen mit den Sachverständigen angeordnet. Das weitere Vorgehen ist abhängig von den Ergebnissen der im Gange befindlichen Untersuchungen.

Um die Wiederherstellungsarbeiten nicht zu stören, bleibt der Tunnel nach Bestimmung des Ministers der öffentlichen Arbeiten so lange außer Betrieb, bis alle darin bei der Untersuchung sich etwa noch zeigenden Schäden vollständig beseitigt und alle Bedenken gegen seine Wiedereröffnung behoben sind, was mehrere Monate in Anspruch nehmen wird. Bis dahin wird der Verkehr in möglichst günstiger Weise umgeleitet."

Die ganze Fassung dieser offiziösen Mitteilung verrät das böse Gewissen der Eisenbahnverwaltung und das Bemühen, die über das Altenbekener und das Spremberger Unglück hervorgerufene öffentliche Erregung zu beschwichtigen. Deshalb wird mit Sperrsatz darauf hingewiesen, daß man nichts vertuschen wolle und deshalb außerhalb der Eisenbahnverwaltung stehende Sachverständige mit der Untersuchung betraut habe. Verfrüht erscheint es uns jedenfalls, die Vermutungen dieser Sachverständigen bereits mitzuteilen, da die „Nordd. Allg. Ztg." ja selbst erklärt, daß sichere Aufschlüsse erst nach weiteren Räumungsarbeiten und Anlegung eines Stollens gegeben werden können. —

Aus Baden schreibt man uns: Als kulturhistorische Seltenheit tragen wir in die Geschichte des politischen Kampfes die Tatsache ein, daß die Organisation der badischen Militärvereine durch ihr Präsidium zu den bevorstehenden Landtagswahlen eine vernunftgemäße und die Verfassung achtende Stellung einnehmen will. Das Verbandspräsidium macht den Mitgliedern einschärfend bekannt, daß satzungsgemäß von der Vereinsleitung nicht geduldet werden darf,

„daß in Militärvereinen konfessionelle und politische Parteiungen Platz greifen; denn nichts ist so dazu

geeignet, gegenseitiges Vertrauen und gute Kameradschaft zu zerstören, als die Berührung solcher Fragen."

Wenn damit etwas Vernünftiges gesagt sein soll, kann es nur heißen, daß die Militärvereinsleitung in Baden es nun satt hat, die Kriegervereins-Angehörigen, wie dies seit 30 Jahren üblich war, in den Wahlagitationen als politische Schutztruppen der regierungsfreundlichen Kandidaten verwendet zu sehen, sie Spalier bilden und das Niederschreien der Opposition in den Wahlversammlungen auf Kommando vornehmen zu lassen. Konsequenterweise müßte die jetzt auftauchende Auslegung der Satzungen die Verbandsleitung noch dazu anregen, auch gewisse materielle Schädigungen wieder rückgängig zu machen. Wir meinen jene Verluste, welche vielen ehemaligen Mitgliedern der Militärvereine, die wegen ihrer politischen Ueberzeugung oder Abstimmung ausgetrieben worden sind, durch die Entrichtung von nicht mehr zurückerstatteten Versicherungsbeiträgen in Versorgungskassen entstanden sind.

Vom 18. September an müssen in den Gemeinden die Wählerlisten für die Wahlen zur II. Kammer aufgelegt werden. Zum erstenmal enthält der „Staats-Anzeiger" (Sondernummer) ein Namensverzeichnis der Grundherren und Hochschulprofessoren, der Handels-, Handwerkerkammer- und Landwirtschaftsrats-Mitglieder sowie der Stadträte (Städteordnung) und der Gemeinderäte (Städte über 3000 Einwohner), endlich der Kreisausschußmitglieder, welche nach dem neuen Wahlgesetz zur Vertretung in der I. Kammer berechtigt sind.

Allmählich und trotz der tropischen Hitze beginnt das Geplänkel zur Vorbereitung des Wahlkampfes. Das Zentrum überschwemmt das ganze katholische Bauerngebiet mit wöchentlichen Lieferungen von geistlosen Flugblättern im Stil populärer Zwiegespräche, welche den Bauern den Liberalismus als eine auszurottende Höllenherrschaft schildern. Wie sich die bürgerlichen Redakteure schon bei diesen Vorpostengefechten zerfleischen, davon ein Beispiel vom höchsten, kühlen Schwarzwald-Wahlkreis. Das in Bonndorf erscheinende ultramontane „Volksblatt" schrieb:

„Diese Amtsverkündiger kleinen und großen Stils lügen das Volk an, daß es eine Schande ist. Und in den vergangenen Zeiten haben sie das Volk stets irre geführt. Wahrlich, es ist die höchste Zeit, daß diese Lügenpresse überall zurückgedrängt wird, sollen unsere volkswirtschaftlichen Interessen einer Besserung und Gesundung entgegengeführt werden."

Der Redakteur dieses schwarzen Blattes ist vom Kollegen der liberalen Fakultät daselbst mit Ohrfeigen regaliert worden. Mögen sich Mönch und Rabbi noch so todfeindlich bekämpfen, im Oktober, wenn bei Stichwahlen ein sozialdemokratischer Kandidat gefällt werden soll, tauschen sie statt Ohrfeigen und Lügentitulaturen wieder Freundschaftsküsse aus. Während die sozialdemokratische Partei mit der Aufstellung ihrer Kandidaten für alle Wahlkreise längst an die Oeffentlichkeit getreten ist, sind die Bürgerlichen noch vielfach auf der Jagd nach Kandidaten oder verschweigen im Block noch die Namen der Erkorenen. —

Ausland.

Vor der Volksabstimmung.

Kristiania, den 9. August. (Eig. Ber.)

Noch niemals hat das norwegische Volk Gelegenheit gehabt, unmittelbar über eine politische Frage zu entscheiden. Die Volksabstimmung ist hier eine neue, noch nicht erprobte Form der Kundgebung des Volkswillens. Und doch hängt offenbar sehr viel ab von der Entscheidung über die Unionsfrage, die nun am Sonntag vom Volke selbst, oder besser gesagt, von den norwegischen Männern getroffen werden soll, von den Storthingswählern. Denn die Frauen haben ja hierzulande wohl ein beinahe allgemeines kommunales, aber noch kein staatsbürgerliches Wahlrecht, also auch in dieser Frage nichts zu sagen.

Wie die Entscheidung ausfallen wird, darüber kann kein Zweifel obwalten. Fast alle, die stimmen, werden den gedruckten Ja-Zettel abgeben, selbst von den hier ansässigen und stimmberechtigten Schweden werden voraussichtlich die meisten sich auf die Seite ihres neuen Vaterlandes stellen. Da keine Partei vorhanden ist, die sich gegen die Unionsauflösung erklärt, werden selbstverständlich auch keine mit Nein bedruckten Stimmzettel ausgegeben.

Wie die Entscheidung auf Schweden wirken wird, das wird selbstverständlich viel von der Menge der abgegebenen Ja-Stimmen abhängen. Bei der letzten Storthingswahl gaben von 483 275 Wahlberechtigten nur 240 503 ihre Stimme ab, also 52,06 Proz. Jedenfalls wird die Beteiligung an der Volksabstimmung nicht dahinter zurückstehen, sondern vielmehr eine weit stärkere sein. Die lebhafte Agitation, die dafür entfaltet wird, kann nicht ohne Wirkung bleiben. Auch die Geistlichkeit beteiligt sich stark an dieser Agitation und sucht von der Kanzel herab dem Volke klar zu machen, daß es vaterländische, ja Christenpflicht jedes Norwegers ist, an die Wahlurne zu treten und für die „von Gott gewollte" Auflösung der Union zu stimmen, und, worauf der katholische Pfarrer hier in Kristiania besonderes Gewicht legte, keine Sünde ist, diese weltliche Handlung an einem Sonntag zu vollziehen. Eine Anzahl bekannter Männer der westländischen Innern Mission haben einen Aufruf an die „Christlichen Freunde in Stadt und Land" gerichtet, um sie alle davon zu überzeugen, daß „diese große Sache, die in Schweden zu einer Revolution gestempelt wird, christlich verantwortlich ist". „Laßt uns darum," so schließt der Aufruf, „in Dankbarkeit über die großen Güter, die Gott uns und unsern Kindern in unserm irdischen Vaterland geschenkt hat, und mit Gebet zu Gott um seinen Segen sowohl für uns wie für unser Brudervolk alle wie ein Mann am 13. d. M. an die Urne treten mit einem freimütigen und einstimmigen Ja."

Diese „christlich-politische" Agitation für die Unionsauflösung und damit für die Absetzung des „Königs von Gottes Gnaden" ist von besonders großer Bedeutung, weil das norwegische Volk zu einem nicht geringen Teil stark religiös ist. Hat doch vor einigen Monaten hier in der Hauptstadt der aus Amerika herübergekommene Laienprediger Lunde einen so ungeheuren Zulauf gehabt, daß alle Kirchen und Säle zu klein waren, um die Masse der andächtigen Hörer zu fassen, und Leute gleichsam hypnotisiert, die sonst religiösen Fragen ziemlich gleichgültig gegenüberstanden, obgleich seine Reden, wie ruhig denkende Personen versichern, durchaus nichts besonders Packendes ihrem Inhalt nach an sich hatten. Viel mag allerdings dazu der Umstand beigetragen haben, daß er allerlei Ehebruchsgeschichten mit der nötigen moralischen Nutzanwendung einzuflechten pflegte und so gleichsam nach dem Schillerschen Wort „Malt ihr die Wollust, so malt auch den Teufel dazu" handelte. Im übrigen wird das Volk hier offenbar von verschiedenen Seiten mit Religion überfüttert. Geht man des Abends durch die Stadt, so kann man auf mehreren Plätzen und Märkten Leute, Männer und Frauen von der Heilsarmee und anderen religiösen Organisationen finden, die mit Musik und Gesang die Leute heranlocken, predigen von der Rettung der Seelen, auf alle Welt Gottes Segen herabflehen und schließlich, wie die von der Heilsarmee, einen aufgespannten Schirm hinstellen, um die augenscheinlich nicht zu knapp fließenden irdischen Gaben für die himmlischen Werke in Empfang zu nehmen. Nur selten kommt es vor, daß sich einmal ein Trunkener (das heißt ein vom Alkohol Trunkener) einen kleinen Scherz erlaubt, und wenn auch bei derartigen Versammlungen einzelne noch nicht gerettete Damen andere Geschäfte abzuschließen suchen, so spielt das keine große Rolle für die Menschenfischer und -Fischerinnen mit dem „Gotteswort". Hier wird allerdings von dem irdischen Vaterland nicht gepredigt; das besorgen in dieser aufgeregten Zeit wesentlich die Seelenhirten der Staatskirche und werden es auch am Abstimmungstage nicht versäumen. Bezeichnend für diese Agitation der Geistlichkeit ist auch ein Artikel in „Aftenposten" von heute, worin der Propst Färden fünf Spalten lang zu beweisen sucht, daß die „Obrigkeit, die das Schwert nicht umsonst trägt", nicht mehr der König von Schweden ist, also Schweden nicht berufen ist, es gegen Norwegen zu gebrauchen.

Eine nicht gerade anständige Gegenagitation wird von schwedischer Seite aus betrieben. Ein schwedischer Aufruf, ins Dänische übersetzt und gedruckt in der dänischen Stadt Helsingör, wird in großen Massen in Norwegen verbreitet, um die Leute zum Neinstimmen zu veranlassen. Noch schmählicher erscheint die Drohung, die das Stockholmer Blatt „Vort Land" gegen die 1900 schwedischen Lehrer erhebt, die zurzeit neben den norwegischen und dänischen Lehrern an dem großen nordischen Schulkongreß in Kopenhagen teilnehmen. Das soll ihnen als ein schweres Verbrechen gegen das Vaterland angerechnet werden. Das Blatt schreibt:

„Wenn schwedische Lehrer keinerlei Rücksicht auf das Ansehen ihres Vaterlandes und auf ihres Volkes Forderungen nehmen, so dürften sie Veranlassung finden, das zu bereuen. Es kann nämlich nicht bezweifelt werden, daß ein solches Verhalten Spuren in den Gemütern zurücklassen wird, und daß sowohl die betreffenden Kommunen wie der Reichstag sich ihres unvaterländischen Verhaltens erinnern werden, wenn diese Behörden ihre ökonomischen Angelegenheiten wahrnehmen. „Wie man sich bettet, so schläft man," heißt es, und es geschieht auch dann, unglücklicherweise, daß der Unschuldige mit den Schuldigen leiden muß" usw. Das edle Blatt will also die Lehrerschaft Schwedens wirtschaftlich geschädigt sehen, und das lediglich für ihre Teilnahme an dem skandinavischen Kongreß, dessen Beratungen nicht das geringste mit dem Unionskonflikt zu tun haben. Man sieht daran deutlich, welche schändlichen Mittel die „Vaterländischen" Schwedens anzuwenden imstande sind, um auf jede Art ihren Haß gegen das „abtrünnige Brudervolk" kundzutun und andere zu zwingen, ebenso töricht zu handeln wie sie. Man begreift wohl, daß, wenn es auf diese Leute ankäme, ein Krieg unvermeidlich wäre. Aber glücklicherweise sind sie nicht das schwedische Volk, und selbst der Reichstag wird sich nicht vor aller Welt die Blamage geben, die Lehrerschaft in irgend einer Form zu maßregeln.

Die Unionsauflösung ist als eine vollendete Tatsache anzusehen, an der weder die großschwedische Agitation noch dergleichen Drohungen etwas ändern können. Anders steht es mit der Frage der zukünftigen Staatsform Norwegens, obgleich es auch hier kaum einem Zweifel unterliegen kann, wie die Entscheidung ausfallen wird. Man ist nämlich in weiten Kreisen der Meinung, und auch die Parteigenossen, mit denen ich bis jetzt Gelegenheit hatte, über die Frage zu sprechen, glauben, daß Norwegen ein Königreich bleiben, oder besser gesagt, wieder werden wird, denn jetzt ist es ja in Wirklichkeit Republik. Natürlich wünschen unsere Parteigenossen das nicht, und ihre Vertreter im Storthing werden für eine neue Volksabstimmung oder eine Neuwahl des Storthings zur Entscheidung der Frage eintreten. Ob das norwegische Volk monarchisch oder republikanisch gesinnt ist, darüber sind die Meinungen sehr geteilt. In Norwegen findet man so starke Gegensätze, daß sich die eigentliche Volksmeinung auch in dieser Frage schwer feststellen läßt. Von Mitgliedern der gegenwärtigen Regierung wird offenbar viel getan, um einen neuen König herbeizuschaffen. Ein schwedisches Blatt, „Göteborgs Handelstidning", schrieb am Dienstagabend:

„Wir sind imstande, aus durchaus zuverlässiger Quelle mitteilen zu können, daß norwegische Sendboten in Kopenhagen mit Prinz Karl von Dänemark wegen Annahme der norwegischen Krone, falls das Angebot an einen Bernadotte abgeschlagen wird, verhandelt haben. Prinz Karl hat mit Zustimmung des dänischen Königshauses und unter gewissen Bedingungen, die ebenfalls die Rücksicht auf Schweden und das schwedische Königshaus betreffen, sich dazu willens erklärt. Was vermeintlich von ebenso großer Bedeutung ist, das ist der Umstand, daß König Eduard und die englische Regierung diese eventuelle Thronkandidatur gerne sehen und sie moralisch unterstützen wollen, und daß sich auch Kaiser Wilhelm während seines Besuchs in Kopenhagen in derselben Richtung ausgesprochen hat."

Uebrigens sind, wie hinreichend bekannt geworden ist, der Staatsminister Michelsen und Staatsrat Løvland für diese Kandidatur tätig und man entschuldigt die Ueberschreitung ihrer Amtsbefugnisse, die ja offenbar darin liegt, mit der faulen Ausrede, sie hätten das als Privatpersonen und nicht als Minister getan.

Es scheint, daß für diese Herren, und vielleicht auch tatsächlich die Frage der Staatsform Norwegens nur noch eine Frage der Thronkandidatur eines Bernadotte oder eines Dänenprinzen ist. Unsere Parteigenossen und ihre Presse agitieren selbstverständlich mit aller Kraft für die dem sozialdemokratischen Programm entsprechende republikanische Staatsform und suchen das Volk über die widerwärtige Unterhändlerei der Regierung aufzuklären. Ob sie nun einen praktischen Erfolg haben werden, das ist mindestens recht zweifelhaft. Wahrscheinlich wird Norwegen jetzt die günstige Gelegenheit, Republik zu werden, versäumen und erst in künftigen Jahren, vielleicht nach schweren Kämpfen, zu dieser der demokratischen Verfassung des Landes gemäßen Staatsform gelangen. —

England.

Eduard VII. über die internationale Lage.

Das Parlament ist am Freitag vertagt worden. Bei der Gelegenheit hielt der König eine Rede, in der er seine Befriedigung über den Besuch des Königs von Spanien aussprach; der Besuch würde ohne Zweifel dazu dienen, die seit so langer Zeit bestehenden herzlichen Beziehungen zwischen England und Spanien noch inniger zu gestalten. Dank der Vermittelung des Präsidenten Roosevelt, fuhr der König fort, sind die russische und japanische Regierung in Verhandlungen eingetreten, deren Endzweck es ist, dem beklagenswerten Streite, der im fernen Osten noch immer seinen Fortgang nimmt, ein Ende zu machen. Es ist meine feste Hoffnung, daß sie zu einem dauernden und für beide Teile ehrenvollen Frieden führen werden. Die Signatarmächte der Konvention von Madrid vom Jahre 1880 sind durch den Sultan von Marokko eingeladen worden, an einer Konferenz teilzunehmen, deren Endzweck es ist, die besten Mittel zur Einführung der notwendigsten Reformen in jenem Lande zu erwägen. Die Grundlagen einer solchen Konferenz werden noch beraten. Die Trennung von Schweden und Norwegen steht augenscheinlich bevor; ich habe das Vertrauen, daß durch Anwendung weiser Mäßigung auf jeder Seite eine Regelung erreicht werden wird, die für beide Teile annehmbar und von solcher Natur ist, daß es meiner Regierung möglich sein wird, mit dem Volk der skandinavischen Halbinsel dieselben freundlichen Beziehungen zu pflegen wie bisher.

Amerika.

Die moderne Völkerwanderung. Daß das letzte Rechnungsjahr in der Einwanderungsstatistik die erwartete Million brachte, wird in zahlreichen Artikeln in der Presse kommentiert. 1 027 421 Einwanderer! Eine Jahresziffer wie nie zuvor. Die höchste Zahl wurde bisher 1903 erreicht mit 857 064 Einwanderern. 1894, 1895, 1897 und 1898 brachten zusammengenommen nicht soviel Einwanderer, wie das letzte Jahr. Seit 1820 betrug die Gesamteinwanderung in die Vereinigten Staaten 22 932 905 Personen. Davon kamen aus Großbritannien 7 286 357; aus Deutschland 5 187 094; aus Italien 2 000 252 usw. — Im letzten Jahre steht Oesterreich-Ungarn an der Spitze mit 275 693 Einwanderern, während Italien (zum erstenmal seit sechs Jahren) an die zweite Stelle gerückt ist mit 221 479 Personen. An dritter Stelle steht Rußland mit 184 897; dann kommt Großbritannien mit 137 057 Personen usw. durch die ganze Reihe der Völker der Erde.

Die Nationale Bürgerliche Föderation will zum 6. und 9. Dezember d. J. eine Konferenz nach New York einberufen, um das Einwanderungsproblem zu erwägen. Die Gouverneure aller Staaten sollen je zehn Delegierte senden. Der Aufruf dazu ist von Arbeiterführern wie Samuel Gompers und John Mitchell mit unterschrieben.

Während früher die Einwanderer sich meist dem Lande zuwandten und der Bodenkultur widmeten, bleibt die übergroße Mehrzahl jetzt in den Städten und Industriebezirken liegen. Es sind meist Lohnarbeiter und sie üben einen gefährlichen Druck auf den Arbeitsmarkt aus. Das Angebot von Arbeitskräften ist überall ein sehr starkes und tausende von Einwanderern gehen jährlich jämmerlich zugrunde. Der amerikanische Arbeiter kommt überall in die Lage, sich seiner Haut zu wehren und fordert immer lauter Beschränkungsmaßregeln, denn oft genug werden die eingewanderten Arbeiter gegen die — vorläufig immer noch am höchsten geschätzten — amerikanischen Arbeiter von den Kapitalisten ausgespielt. Es entspinnt sich dann ein wütender Kampf der Arbeiter untereinander. Selbst ein altes Parteiorgan wie das „Philadelphia Tageblatt" spricht sich für die Beschränkung der Einwanderung aus und fragt: „Kann die amerikanische Arbeiterschaft eine so riesige Einwanderung von solcher Qualität wie es der Hauptteil der jetzigen ist, ertragen? Ist sie, eines Prinzips wegen, verpflichtet, sich zu Boden drücken zu lassen? . . . Der Respekt vor der Freizügigkeit kann doch nicht so weit gehen, daß eine solche Massenflut von Leuten niedriger Zivilisation zugelassen wird. Darüber geht doch das Recht der Notwehr und für die amerikanischen Arbeiter ist sie dringend geworden." —

Das „Philadelphia Tageblatt" weist auf die Masse der russischen Juden, über 100 000 pro Jahr, als den bedenklichsten Bevölkerungszuwachs hin und erklärt, die ost- und südeuropäische Einwanderung schließe die wertvollere nordeuropäische aus. Die Engländer und die Deutschen könnten nicht mit Slowaken, Italienern und den russischen Juden konkurrieren. —

Die russische Revolution.

Der Geburtstag des Zarewitsch, für den die feierliche Einberufung der zarischen Volksvertretung bestimmt war, wird vorübergehen, ohne daß diese Verhöhnung des Volkes den Glanz des Thronfolger-Babys mehren wird. Amtlich wird telegraphiert:

Petersburg, 11. August. („Petersb. Telegr.-Ag.") Die **Veröffentlichung des Manifestes** und des Gesetzes über die **Reichsduma** erfolgt **nicht,** wie die Blätter behaupteten, am 12. August, sondern erst in nächster Zeit, die Gerüchte über die Abreise des Kaisers nach Moskau sind völlig unbegründet.

Man führt diese Vertagung darauf zurück, daß in letzter Zeit bei Hofe wieder die Erzreaktionäre an Einfluß gewonnen haben, die nicht einmal den Trug einer Verfassung gewähren wollen.

* * *

Ein Verband der Staatsbeamten.

Bezeichnend für die gegenwärtige Lage Rußlands ist die Gründung eines Verbandes der Staatsbeamten, die sich der freiheitlichen Bewegung angeschlossen haben. Wir sind in der Lage, das Wesentliche des Statuts des Verbandes zu veröffentlichen.

I. „Der Verband stellt sich den Zweck, die Staatsbeamten auf dem Boden der Anteilnahme an der freiheitlichen Bewegung und der Erstrebung einer Verfassung zu vereinigen.

II. Der Verband bestrebt sich, unter den Beamten Interesse am gesellschaftlichen Leben und gemeinsames Auftreten hervorzurufen und wird zunächst seine Stellungnahme zu den laufenden Ereignissen und den Fragen des Staatslebens formulieren, seine Mitglieder beeinflussen, ihre politischen Ansichten öffentlich kund zu tun, die Presse über die Handlungen der Regierungsorgane richtig zu informieren, die Ideen des Verbandes zu verbreiten und neue Mitglieder zu werben.

III. Der Verband stellt sich ferner die Aufgabe, in der Sphäre der Dienstbeziehungen der Beamten offene Protestkundgebungen zu organisieren und eine gegenseitige Unterstützung in Fällen der Regierungsverfolgungen einzuleiten.

Der Verband besteht aus einzelnen Gruppen, hat seine Zentralverwaltung und ein Verkehrsbureau.

Die Gruppen beschäftigen sich mit theoretischen Fragen aus der Sphäre der freiheitlichen Bewegung des Landes, erörtern ethische Fragen ihrer professionellen Tätigkeit, arbeiten Projekte einer Ausbesserung mangelhafter Aemter aus und verbreiten Kenntnisse über die Geschichte der freiheitlichen Bewegung und über Theorie und Praxis des Konstitutionalismus in verschiedenen Ländern.

* * *

Prätorianer-Horden.

Ein Gutsbesitzer aus dem Gouvernement Witebsk hat sich, um die revolutionären Bauern in Schach zu halten und um sein Gut zu schützen, aus dem Kaukasus Tscherkessen kommen lassen. Diese Leute sind mit eigener Büchse und Dolch bewaffnet, während sie den Revolver, der zu ihrer Ausrüstung gehört, von dem betreffenden Gutsbesitzer geliefert erhielten. Auf ihren Ritten werden sie von ihren Hunden begleitet, die das Terrain durchspüren und rechtzeitig vor einem Angriff aus dem Hinterhalt warnen. Die Leute dieser Privatschutztruppe erhalten bei freier Station 10 bis 15 Rubel monatlich.

Derselbe Gutsbesitzer empfahl auch den deutschen Rittergutsbesitzern in den Ostseeprovinzen, sich gleichfalls mit tscherkessischen Wachen zu umgeben. Er weist darauf hin, daß sich im August mehrere Herren vom Lande persönlich in den Kaukasus begeben wollen, um dort die nötige Anzahl von Tscherkessen anzuwerben, die dann hier als Buschwächter, Diener oder dergleichen angestellt werden sollen. Die Transport- und anderweitigen Kosten für den einzelnen Mann bis Riga werden auf 30 Rubel beziffert, der Monatslohn wird mit 15 Rubel angegeben. Personen, die den Wunsch hegen, sich solche Leute kommen zu lassen, werden ersucht, sich bis zum 12. August unter Angabe ihrer Adresse und bei gleichzeitiger Einzahlung von 30 Rubel für jeden gewünschten Mann bei der Hauptkasse der Rigaer Stadt-Diskontobank schriftlich oder mündlich zu melden. Von dem Eintreffen der Transporte und der Art der Uebergabe soll ihnen rechtzeitig Nachricht gegeben werden.

Ein anderer Gutsbesitzer macht folgende Anregung eigener Art: Er schlägt vor, sich mit den deutschen Kolonisten im Innern des Reiches in Verbindung zu setzen und an jüngere tüchtige Personen, die über keinen eigenen Landbesitz verfügen, die Aufforderung ergehen zu lassen, bei den baltischen Gutsbesitzern in zeitweiligen Dienst zu treten, zunächst als Mitkämpfer bei der Verteidigung gegen die revolutionären Banden; später sollen sie dann, soweit sie sich als brauchbar erweisen, in geeigneten Stellungen untergebracht werden. Die Hauptsache sei dabei, daß man wirklich zuverlässige Leute erhalte und nicht etwa solche, die mit den revolutionären Elementen gemeinsame Sache zu machen geneigt wären. Um die geeignete Auswahl zu treffen, dürfte es sich empfehlen, die Vermittelung der Pastoren in den Kolonien in Anspruch zu nehmen.

Man mietet also ausgediente deutsche Soldaten zu denselben Zwecken wie Tscherkessen — höchst ehrenvoll für Deutschland.

* * *

Verfolgung der Semstwo-Führer.

Professor Jaroschenko, Wirklicher Staatsrat, ehemaliger Bürgermeister, Rektor der Universität Odessa, wurde verhaftet und mit seiner Frau nach dem Gouvernement Olonecz verbannt. Der Ausweisungsbefehl wurde ihm vom Polizeiminister Panasik übergeben. Der Ausgewiesene wurde von Polizisten zum Bahnhof geleitet. Begründet wurde der sofortige Vollzug der Ausweisung damit, daß die Behörde jede Demonstration verhüten wolle. Nur einigen Professoren und Abgeordneten der Stadt war es möglich, der Abfahrt des Ausgewiesenen beizuwohnen. Der Grund der Verbannung ist darin zu suchen, daß Jaroschenko als Mitglied des Moskauer Semstwokongresses die Resolution des Kongresses in Odessa verbreitete.

Gewerkschaftliches.

Amtliche Streikberichterstattung.

In den Jahresberichten der königlich preußischen Regierungs- und Gewerberäte und Bergbehörden für 1904 hat Gewerberat Sack in dem Berichte für Ostpreußen auch in einigen kurzen Sätzen den großen Lohnkampf im Baugewerbe zu Königsberg erwähnt. Hätte sich die Regierung an einen Oberscharfmacher in Königsberg gewandt, arbeiterfeindlicher hätte dieser den Bericht auch nicht abfassen können.

Nicht mit einem Wort ist Herr Sack auf die Machtprobe und den Terrorismus der Unternehmer eingegangen. Daß der Vorsitzende des Gewerbegerichts viermal Einigungsversuche, die aber stets an dem Starrsinn der Unternehmer scheiterten, unternommen hat, davon weiß Herr Sack nichts. Ebenso wenig erzählt er etwas von dem geheimen Erlaß des Polizeipräsidenten gegen das Streikpostenstehen.

Auch ist er mit keinem Wort auf das Vorgehen der Polizei gegen die Streikenden eingegangen. Was aber Herr Sack eiligst zu berichten weiß, ist, daß **wegen Bedrohung der Arbeitswilligen in 53 Fällen Strafantrag gestellt worden ist.** Ohne Absicht ist dieser Satz nicht niedergeschrieben worden. Er soll Material für die nächste Zuchthausvorlage sein. Dabei bedeutet er in Wirklichkeit **nichts.** Es ist nämlich gerichtlich festgestellt worden, in welch leichtfertiger Weise von Unternehmern Strafantrag gegen Streikende gestellt worden ist. Außerdem gehört in Preußen zu einem Strafantrag wegen Bedrohung von Arbeitswilligen nicht viel. In vielen Fällen ist denn auch Freisprechung erfolgt, und Herr Sack hat sich ja auch gehütet, **die rechtskräftigen Verurteilungen** Streikender wegen Bedrohung von Arbeitswilligen zu registrieren; **damit hätte er seinen Zweck nicht erreicht.**

Nun würde man sich darüber nicht sonderlich aufregen, da man ja weiß, wie preußische Gewerberäte den Arbeitern gesinnt sind, wenn sich in dem kurzen Bericht nicht auch noch **Unrichtigkeiten über Unrichtigkeiten** befinden würden. So schreibt Herr Sack, daß die Maurer und Bauhülfsarbeiter in den Streik traten, **„obwohl ihre vorjährigen Forderungen inzwischen bewilligt worden waren".** Dieser Satz ist eine grobe Unrichtigkeit. Die Maurer haben im Jahre 1903 überhaupt keine Forderung gestellt; im Jahre 1904, also im Streikjahr aber sollten sie sich erst verpflichten, noch zu den alten Bedingungen das ganze Jahr hindurchzuarbeiten. Nach dieser Verpflichtung erst wollten die Unternehmer in Unterhandlungen betreffs Erhöhung des Lohnes vom Jahre 1905 ab eintreten. Darauf gingen die Maurer aber nicht ein sondern traten in den Streik. Die Bauhülfsarbeiter stellten wohl im Jahre 1903 mehreremals Lohnforderungen, aber sie erhielten keine Antwort. Und als auf ihre Forderung im Jahre 1904 auch keine Antwort einlief, gingen sie zum Streik über. Da kam die Antwort des Arbeitgeberverbandes. Sie lautete auf **Bewilligung von 30 Pf.** für „normale" Arbeiter. Der Stundenlohn der minderwertigen Arbeiter und der Ziegelträger sollte nach Uebereinkunft geregelt werden. Die Forderung der Bauhülfsarbeiter lautete 1903 wie 1904 aber auf **40 Pf. Stundenlohn** für Ziegel- und Kalkträger und **35 Pf. für gewöhnliche Arbeiter.** Sie nahmen das Angebot der Unternehmer nicht an und darauf erfolgte die Aussperrung.

Es ist also völlig unwahr, von der Bewilligung der vorjährigen Forderungen zu reden. Ebenso unwahr ist es, daß nur 435 Personen in den Streik getreten sind.

Diese lächerlich geringe Zahl ist ebenfalls nicht ohne Absicht niedergeschrieben worden. Es soll heißen, daß recht viele dem Rufe der Streikleitung und dem Beschluß der Organisationen nicht gefolgt sind. In Wirklichkeit aber traten die Maurer und Bauhülfsarbeiter mit einer seltenen Einmütigkeit in den Streik.

Weiter ist unwahr, daß wie der Gewerberat schreibt, „der Streik nach fünf Monaten ohne Erfolg verlief". Es wird da verschwiegen, daß etwa 50 Unternehmer, die nicht Mitglieder des Arbeitgeberverbandes waren, längst die Forderungen der Maurer bewilligt hatten. Es wird aber weiter nicht gesagt, daß den Maurern 55 Pf. Stundenlohn vom 1. April 1905 ab vom Arbeitgeberverband zugesichert wurden. Und die Maurer erhielten diesen Lohn auch in diesem Jahre. Aber es wird noch weiter verschwiegen, daß man schon nahe an einem Vertragschluß stand, aus dem nur nichts wurde, weil sich die Maurer weigerten, mit Streikbrechern in einer Kommission zu sitzen. Es ist weiter unwahr, daß dem Streik voranging eine Aussperrung von 100 Maurern und Bauhülfsarbeitern, die einen höheren als den bisherigen Stundenlohn von 50 Pf. verlangten. Maurer wurden zu der Zeit überhaupt keine ausgesperrt.

Dagegen wurden Hunderte von Bauhülfsarbeitern ausgesperrt. Die Unternehmer brüsteten sich sogar, daß sie zweitausend ausgesperrt hätten; natürlich war diese Zahl zu hoch, aber von hundert war gar keine Rede. Und endlich ist es unwahr, daß „eine weitere Aussperrung von 86 Arbeitern nach Beendigung dieses Streiks erfolgte, weil die Maurer in die Schlichtungskommission mehr Mitglieder hineinwählten, als die Arbeitgeber zugeben wollten". Die Maurer wurden vielmehr im Herbst ausgesperrt, weil sie nicht in einer Kommission mit Streikbrechern, Mitgliedern des „christlichen" Ortsverbandes zusammen sitzen wollten. Sie wollten dagegen nach den Angaben des Führers des Arbeitgeberverbandes eine eigene Kommission bilden. Darauf ging aber der Arbeitgeberverband nicht ein; er sperrte sämtliche Maurer aus, die im Zentral- und Lokalverein organisiert waren. Wer Beschäftigung haben wollte, mußte in den christlichen Ortsverein eintreten. Dieser Beschluß besteht heute noch, und der Herr Gewerberat hat auch von diesem allerdings Unternehmer-Zwange nichts im Berichte mitgeteilt. Selbstverständlich ist auch die Zahl 86 viel zu niedrig. Hunderte wurden von der Aussperrung betroffen.

Es war notwendig, auf den Bericht des Gewerberates Sack ein wenig näher einzugehen, um der Regierung zu zeigen, wie ihre Beamten amtliches Material zusammenbringen. Hoffentlich wird sie Herrn Sack zur Rechenschaft ziehen.

Berlin und Umgegend.

Die Forderungen der Arbeiter der städtischen Betriebsinspektionen und die Antwort der Direktion der Gaswerke Berlins.

Auf der Tagesordnung einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung aller in den städtischen Revierinspektionen Berlins beschäftigten Personen, welche am Donnerstag in den Andreas-Festsälen tagte, stand die Berichterstattung ihres Arbeiterausschusses über seine letzte Sitzung, die dort beschlossenen Forderungen und die Antwort der Direktion der städtischen Gaswerke. Weyrich gab den Bericht. Daraus ist hervorzuheben: Mit der letzten Lohnregulierung durch die Verwaltung waren die in den städtischen Revierinspektionen beschäftigten Personen nicht zufrieden, sie beauftragten deshalb den Arbeiterausschuß, noch einmal zusammenzutreten und der Direktion die Wünsche der Arbeiter zu unterbreiten. Das geschah denn auch. Es wurde gefordert für den ersten und zweiten Schreiber sowie für Schlosser und Rohrleger ein Anfangslohn von 4,50 M., steigend in 10 Jahren bis auf 6 M., für Standaufnehmer und Hülfsschreiber 4,20 M. Anfangslohn, im selben Zeitraum steigend auf 5,50 M., für Arbeiter desgleichen 4 M., steigend bis auf 5,50 M., für Schmiedenführer und ihre Helfer eine besondere Zulage, und ferner u. a. eine bessere Verteilung des Wachtdienstes. Die Lohnforderungen wurden mit den teuren Lebensverhältnissen begründet, unter Hinweis auf die Löhne in der Privatindustrie, in der z. B. die Rohrleger jetzt schon einen Minimalstundenlohn von 60 Pf. und vom 1. April nächsten Jahres ab einen solchen von 65 Pf. erhalten. Was die Schmiedenführer und deren Helfer angehe, so werde durch ihre Arbeit ihre Kleidung sehr beschmutzt und vorzeitig abgenutzt. — Die Direktion der städtischen Gaswerke antwortete:

„Den vom Arbeiterausschuß gestellten Anträgen kann nicht entsprochen werden. Hinsichtlich der Löhne der Schmiedenführer behalten wir uns indessen vor, bei einer eventuellen spätern Prüfung der Lohnskalen eine besondere Aufbesserung in Erwägung zu ziehen. In Ansehung des Wachtdienstes liegt ein Grund zur Abweichung vom bisherigen Verfahren deswegen nicht vor, weil zu diesem Dienste nur besonders geeignete Personen herangezogen werden können, deren Auswahl naturgemäß nur die Revierinspektoren nach pflichtgemäßem Ermessen treffen können. Sollte einmal der Fall eintreten, daß sich ein Arbeiter durch die Art der Verteilung des Wachtdienstes benachteiligt glaubt, steht ihm frei, die Entscheidung des Revier-Oberinspektors anzurufen."

Zu dem Bericht nahm als erster Diskussionsredner der Verbandsvorsitzende Pörsch das Wort: Man wisse eigentlich nicht, was man zu dem Bescheide sagen solle. „Den Anträgen kann nicht entsprochen werden," heiße es einfach. Er meine, die Direktion hätte mindestens die Verpflichtung gehabt, dem Arbeiterausschusse die Gründe für ihr ablehnendes Verhalten anzugeben. Wenn die Forderungen so kurz abgetan würden, sei das geradezu als eine Beleidigung aufzufassen. Man müßte ernsthaft erwägen, ob die städtischen Arbeiter sich ein solches Verhalten auf die Dauer gefallen lassen dürften. Gewiß seien ihnen seinerzeit durch die Pensionsberechtigung, die besonderen Zuschüsse in Krankheitsfällen, durch den Sommerurlaub sehr erwünschte Zugeständnisse gemacht. Das habe aber nur dann einen Wert, wenn es nicht auf Kosten niedriger Löhne geschehe, wenn nicht stets die Löhne weit hinter denen der Privatindustrie zurückblieben, wie es der Fall sei. Man denke ja nicht daran, ohne weiteres die Arbeit niederzulegen, aber man müsse doch zeigen, daß man nicht gewillt sei, sich alles gefallen zu lassen. Sehe man sich nur die Differenz zwischen dem Lohne des Rohrlegers im städtischen Betriebe und dem aus der Privatindustrie an: letzterer werde vom 1. April 1906 ab 65 Pf. Stundenlohn im Minimum erhalten, der Rohrleger bei der Stadt bekomme 48 Pf. Es sei doch äußerst bescheiden, wenn die städtischen Arbeiter nur als Maximum forderten, was in der Privatindustrie als Minimum gelte. Wie die Arbeiterausschüsse von oben herab behandelt würden, damit sei man nicht einverstanden. Die Verwaltung lasse sie zusammentreten, es werde alles protokolliert, und der Effekt sei immer: Es kann dem Verlangen nicht entsprochen werden! Abgesehen natürlich von solchen kleineren Zugeständnissen, deren Erfüllung sehr leicht war. Stets seien die Arbeiter und ihre Vertreter bemüht gewesen, auf friedliche Weise auszukommen und größere Konflikte nicht aufkommen zu lassen. Wenn die Verwaltung aber meine, sie könnte sich das zunutze machen, sie könnte mit den Arbeitern und ihren Ausschüssen machen, was sie wolle, dann täuschten sich die städtischen Behörden doch gründlich. (Lebhafter Beifall.) — Die Ausführungen der folgenden Diskussionsredner und die Beifallsbezeugungen der Versammlung bewiesen, daß die Auffassung Pörschs allgemein geteilt wurde. Ein Redner betonte, wenn es so weiter gehe, müßte der Arbeiterausschuß eigentlich sein Amt niederlegen. Verschiedentlich gerügt wurde die Vorschrift, daß Entlassung eintrete, wenn jemand 6 Wochen lang krank sei. Dies müßte abgeschafft werden. Einem Kollegen sei nach sechs Wochen die Entlassung auf das Krankenbett getragen worden. Er sei furchtbar erschreckt. Nach ein paar Tagen sei er tot gewesen. Ein anderer Kollege, der viele Jahre im städtischen Dienst war und einen Schlaganfall erlitt, habe sich aus Furcht vor der Entlassung vor dem Ablauf der sechsten Woche nach dem Revier geschleppt und sich gesund gemeldet. Er habe alsbald einen Rückanfall erlitten, mußte ins Krankenhaus gebracht werden und sei gestorben. Redner glaube, der Mann wäre noch heute unter den Kollegen, wenn er die Gewißheit gehabt hätte, er werde nicht nach 6 Wochen entlassen. — Ein weiterer Redner machte auf die hohe strafrechtliche Verantwortlichkeit aufmerksam, auf die der Anhang zur Dienstanweisung ausdrücklich hinweise. Dementsprechend müßte auch die Bezahlung sein.

Folgende Resolution wurde gegen 3 Stimmen angenommen:

„Die Versammlung ist durch das Antwortschreiben der Direktion sehr enttäuscht, da dieses die gestellten Lohnforderungen, die infolge der zunehmenden hohen Lebensmittelpreise so berechtigt waren, ohne jede Begründung ablehnt und auch einige andere Punkte nicht erwähnt. Die Versammlung beauftragt daher den Arbeiterausschuß, nochmals vorstellig zu werden, und hofft, daß die Direktion den gestellten Lohnforderungen ein soziales Verständnis entgegenbringen möge und den Notstand durch Bewilligung der Anträge beseitigt. Sollte die Direktion wider Erwarten die Forderungen abermals ablehnen, so soll der Arbeiterausschuß hieraus die Konsequenzen ziehen. Die Versammelten werden im Falle der Ablehnung ernsthaft die Frage prüfen, ob die bisherige Politik auch in Zukunft zu verfolgen ist."

Deutsches Reich.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Essen, den 11. August 1905. (Eig. Ber.)

In der „Borussia" fand gestern abend eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung der in der freien und christlichen Organisation vereinigten Bauarbeiter statt. Die erwarteten Vertreter der städtischen Behörden waren nicht erschienen. Der Vorsitzende, Herr Lübring vom freien Maurerverband, teilte mit, die Zahl der arbeitswilligen Maurer ist leider von 4 auf 27 gestiegen. Auch bei den Bauhülfsarbeitern ist die Zahl der Arbeitswilligen etwas gestiegen. Vom Zentralverband der Maurer befinden sich 553 Mitglieder im Ausstand, von den Bauhülfsarbeitern 248, von den Zimmerern 68, von den christlichen Gewerkschaftlern sind insgesamt 557 im Ausstand. Die Zahl der Streikbrecher ist eine geringe, trotzdem ist aber dafür Sorge zu tragen, daß auch der Rest der Arbeitswilligen verschwindet. Der Redner rügte dann das Verhalten der Akkordarbeiter. Ein Teil der Putzer habe in diesem Kampfe nicht ehrlich gehandelt, indem sie nach dem kürzlich gefaßten Beschluß noch Arbeiten übernahmen, die überhaupt nicht fertiggestellt werden mußten. Ferner gehe man jetzt dazu über, Putzerarbeiten von Stukkateuren machen zu lassen. An einem Bau werden die Putzerarbeiten durch eine Stukkateurfirma ausgeführt. Es ist festgestellt worden, daß auch von Polieren Putzerarbeiten verrichtet werden. In einer heute abend stattfindenden Versammlung der Poliere soll beschlossen werden, vom nächsten Montag an die Putzerarbeiten einzustellen. Sodann bemerkt Redner, daß man es mit dem Arbeitgeberbund mit einem Gegner zu tun habe, der nicht unterschätzt werden dürfe. Der Bund hat den eisernen Willen, den Kampf fortzusetzen. Wir Arbeiterorganisationen sind aber von demselben Willen beseelt. Nachdem uns der Kampf in frivolster Weise aufgedrungen, werden wir, komme was da wolle, ausharren, bis wir gesiegt. Die Kollegen müssen berücksichtigen, daß der jetzt zum Ausbruch gekommene Kampf früher oder später doch gekommen wäre. Führen wir diesen Kampf zu einem siegreichen Ende, dann haben wir in den nächsten Jahren Ruhe. Wir halten an der Forderung 45 Pf. Stundenlohn unter allen Umständen fest, weil wir uns im Recht befinden. Nicht wir haben den Kampf gewollt, sondern die Unternehmer. Selbst wenn die Monate August und September darüber vergehen sollten, wir halten aus. Wie unsere Kollegen in Köln und Kassel in 26 bezw. 15 Wochen im Ausstand verharrten und dann gesiegt haben, so werden wir auch aushalten. 8 Firmen haben die Forderung bewilligt. Halten wir fest zusammen, so werden bald andere Firmen folgen. Redner rügt ferner das Verhalten der Polizeibehörden. Die bürgerlichen Blätter hätten über den Vorgang auf der Bahnstation Fellwig in dem Sinne berichtet, als hätten sich die Maurer des Landfriedensbruches schuldig gemacht. Wenn in diesem Falle jemand auf die Anklagebank gehört, so wäre es die Polizei, nicht die Arbeiter. Redner richtet schließlich das Ersuchen an die Anwesenden, sich ruhig auszusprechen und zu sagen, was sie auf dem Herzen hätten. Vor allem aber sei es erforderlich, daß den Anordnungen der Streikkommission willig Folge gegeben werde. Redner empfiehlt folgende Resolution zur Annahme:

„Die am 10. d. M. in der „Borussia" tagende Mitgliederversammlung beider Organisationen erklärt, den Kampf mit aller Entschiedenheit bis zu einem für die Berufe siegreichen Ende zu führen. Die Versammlung sieht der Beendigung des Kampfes mit aller Ruhe entgegen, verpflichtet aber die ledigen Kollegen, nach Möglichkeit abzureisen, da der Kampf unter den gegebenen Verhältnissen noch mindestens 10 bis 12 Wochen anhalten kann. Selbst die event. lange Dauer des Kampfes kann die Kämpfenden nicht von ihrem Standpunkt abbringen, und deshalb beschließt die Versammlung, die Arbeit nur zu einem Stundenlohn von 45 Pf. aufzunehmen."

Der folgende Redner, Herr Büchow von der christlichen Gewerkschaft, rügt ebenfalls die Akkordarbeit im Putzerberufe. Er verbreitet sich dann des längeren über die einzuschlagende Taktik. Vor allem komme es darauf an, den Zuzug fernzuhalten. An der Diskussion beteiligten sich noch mehrere Redner, die alle im Sinne des Referenten sprachen. Ein Redner teilte unter Heiterkeit der Versammlung mit, er sei von einer Frau für einen Arbeitswilligen bezw. Streikbrecher gehalten und sehr angehaucht worden, daß er habe flüchten müssen. Redner erinnert an Zeiten, die noch gar nicht soweit zurückliegen, wo die Maurer Kämpfe verloren, weil sie nicht stark genug waren. Heute sei das anders, heute sei die Organisation stark, umsomehr aber habe jeder seine Pflicht zu erfüllen. Bezüglich der städtischen Behörden meint der Redner, wenn diese die Arbeiter nicht unterstützen wollen, obwohl das Recht auf ihrer Seite wäre, dann sollten sie wenigstens neutral bleiben. (Beifall.) Einige Redner wendeten sich erregt gegen das Verhalten der Poliere, die jetzt alle möglichen Arbeiten verrichten und damit die Ausständigen schädigen. Die Poliere sollten nicht vergessen, daß sie später mit den heute feiernden Kollegen zusammen arbeiten müßten. Nach Beendigung des Kampfes werde mit den Polieren ein ernstes Wort gesprochen werden. (Beifall.) Hierauf wurde die oben angegebene Resolution einstimmig angenommen.

Heute abend findet eine Versammlung der Poliere statt, um Stellung zur Aussperrung zu nehmen.

Die Färbereiarbeiterbewegung. Am Mittwoch fanden in Glauchau unter Mitwirkung der Bürgermeister von Glauchau und Meerane Verhandlungen zwischen den am Streik beteiligten Firmen und ihren Arbeitern statt. Die Arbeitgeber bewilligten 2,40 resp. 2,45 M. pro Tag. Als Arbeitszeit schlugen sie vor für Glauchau 10 Stunden 30 Minuten, für Meerane 10 Stunden 20 Min. Am Freitag sollten weitere Verhandlungen stattfinden. Die vorgeschlagenen 2,40 M. pro Tag sollen möglichst für den ganzen Ring eingeführt werden. Die Forderung der Arbeiter lautete bekanntlich auf 2,50 M. pro Tag.

Ausland.

Ein neues Mittel der Arbeiterbekämpfung

haben die jüdischen Bäckermeister in New York erfunden. „Laffans Bureau" meldet von dort:

Infolge des Streiks der jüdischen Bäcker im Ostviertel kostet das Pfund Brot dort jetzt 18 Cents und dürfte weiter auf 20 Cents steigen. Die „World" erklärt, 75 Prozent der ausständigen Bäcker litten an der Schwindsucht, die sie sich durch die ununterbrochene Einpferchung in den schrecklichen Kellerwerkstätten zugezogen haben. Leute, die nicht daran gewöhnt seien, könnten es in dem Schmutz und Dunst dieser Atmosphäre nicht eine Stunde lang aushalten. Die ebenfalls jüdischen Arbeitgeber haben es bisher durch ihren religiösen und politischen Einfluß zustande gebracht, die Gesundheitsbehörden zu hintergehen. — Die Arbeitgeber ließen heute Gebete abhalten, um die Ausständigen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen.

Das Mittel, durch Gebete eine Lohnerhöhung und Beseitigung der fürchterlichen Kost- und Logisverhältnisse zu erreichen, haben die jüdischen Bäcker sicher lange genug versucht, ehe sie sich entschlossen, es als unbrauchbar über Bord zu werfen und ihr Heil mit einem Streik zu versuchen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Ende der Aussperrung im Textilgewerbe.

Meerane, 11. August. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Der Tarif wurde heute einstimmig angenommen. Die Arbeitsaufnahme soll am Dienstag erfolgen.

Meerane, 11. August. (W. T. B.) Die „Meeraner Zeitung" berichtet: In einer heute abend hier stattgefundenen Versammlung der streikenden Färberei-Arbeiter wurde beschlossen, den von der Vergleichskommission vorgeschlagenen Lohntarif, welcher einen Mindestwochenlohn von 14,70 M. für männliche und 9,00 M. für weibliche Arbeiter vorsieht, anzunehmen. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt nächsten Dienstag. Mit demselben Tage wird die Aussperrung aufgehoben. Die Färberei-Arbeiter in Glauchau halten morgen vormittag eine Versammlung ab und dürften vorstehendem Beschluß zustimmen.

London, 11. August. (W. H.) Verschiedene Blätter verzeichnen einen angeblichen Zwischenfall anläßlich der Flottenschau in Portsmouth. Ein deutsches Torpedoboot sei plötzlich mitten unter den anderen Schiffen aufgetaucht, sei dann aber wieder verschwunden.

London, 11. August. Nach einer Meldung des „Reuterschen Bureaus" aus Portsmouth (New Hampshire) heißt es dort, Minister Witte würde die japanischen Friedensbedingungen, ausgenommen die Forderung der Uebergabe von Sachalin und der Kriegsentschädigung, als Grundlage der Verhandlungen akzeptieren.

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen.

Von schlechtem Ton und guter Logik.

II.

Hat man selbst den Gegnern gegenüber stets die sittliche Forderung der Wahrheit anzuerkennen und auch bei den Gegnern Krankheit und Tod zu respektieren, hat man sich auch wohl gerade im Interesse der Wirkung gewisse Rücksichten des Geschmacks aufzuerlegen, so müssen die für eine gleiche Sache kämpfenden Parteigenossen sich in noch wesentlich strengere Zucht nehmen. Von Parteigenossen muß man stets voraussetzen, daß sie sich von der Richtigkeit einer anderen parteigenössischen Anschauung überzeugen lassen, und wo man auf Ueberzeugungen wirkt, bedarf es nicht des schlechten Tones. Wir würden es also auch bedauern, wenn parteipolitische Polemiken in Beschimpfungen ausarten, damit nicht so unangenehme Feststellungen notwendig werden, wie sie neulich unser holländischer Parteigenosse Troelstra in einer Diskussion machen mußte. Aber wenn nun einmal das überschäumende Temperament gewisser Parteischriftsteller, die nicht zu bändigende Fülle von prinzipieller Einsicht und der quellende Drang ihrer geistigen Ueberlegenheit es verlangt, daß sie Auseinandersetzungen sofort mit dem schärfsten Ausdruck und der verletzendsten persönlichen Wendung beginnen, so mag man das als berechtigte Eigentümlichkeit anerkennen; aber es lohnt sich in der Tat nicht, über solche Eigenheiten allzu ausführlich zu lamentieren.

Dagegen sollte es freilich ausgeschlossen sein, daß Parteigenossen untereinander materielle Vorwürfe und Beschuldigungen erheben, daß sie von ihnen Handlungen und Gesinnungen behaupten, die, wenn sie zu recht behauptet würden, die parteigenössische Tätigkeit der Angeklagten unmöglich machen würden. Es sind die Behauptungen unwahrer Tatsachen (im Sinne des § 186 Str.-G.-B.), die von gewissen, glücklicherweise nur wenigen Parteistreitern in den letzten Jahren nicht vermieden wurden. Es ist keine Frage des guten oder schlechten Tones, ob man von Parteigenossen unwahrerweise Dinge behauptet, die ihre parteigenössische und persönliche Ehre herabsetzen. Es ist keine Frage des starken oder sentimentalen Stils, ob man fälschlich ihnen Handlungen unterstellt, die sie auf das empfindlichste bloßstellen müssen. Es ist überhaupt keine Frage des „Tones“, ob man von Parteigenossen unwahre Dinge behauptet oder nicht, ob man ihre Anschauungen entstellt, ihre Gesinnungen verleumdet, ihre Qualifikation beweislos höhnt, — das sind Fragen der Parteiehre und es ist ganz gleichgültig, ob derartige Angriffe in Schimpfworten oder in sanftesten „Tönen“ sich äußern. Eine Polemik, die solche Mittel anwendet, frißt ins Mark der Partei und es ist ein unmöglicher Zustand, daß gleichstrebende Weggenossen, die für dasselbe Ideal arbeiten und kämpfen, sich gegenseitig Dinge — ohne irgend einen tatsächlichen Untergrund — vorwerfen, die für immer ein Zusammenarbeiten, einen weiteren parteigenössischen Verkehr vereiteln müssen, sofern man überhaupt, was doch die Voraussetzung aller parteigenössischen Polemik ist, die Personen, die solche Angriffe fanatisch pflegen, ernst nehmen will. Es geht nicht an, diese Angriffe auf die Dauer zu ignorieren, sie lassen sich auch nicht, wenn sie systematisch geübt werden, als gelegentliche Entgleisungen entschuldigen, sie müssen unter allen Umständen ausgerottet werden! Und wer diese tief ins Innerste des parteigenössischen Lebens greifende Frage mit dem lächerlichen Problem verwirrt, ob man einen starken oder schwächlichen Stil schreiben soll, der leistet diesem Treiben Vorschub. Schimpffreiheit mag sein, obwohl wir sie nicht für empfehlenswert halten, Verleumdungsfreiheit ist der Tod parteigenössischen Lebens, und wir wünschten, daß in der ganzen Partei dieser fundamentale Unterschied klar werden würde, daß man hinfort, mag man immerhin die alten Sünden vergessen und vergeben, und mag auch in Zukunft gelegentlich einmal die Menschlichkeit über den guten Vorsatz obsiegen, nicht unter dem Vorwand, das Recht auf den schlechten Ton zu verteidigen, ein Privileg der schlechten und verheerenden Gesinnung schafft und duldet.

Wir wollen nicht in dem von uns zu Bergen angehäuften Material wühlen. Wir möchten nur noch an einem einzigen Beispiel klar machen, worum es sich bei den Beschwerden über die parteigenössischen Sitten handelt, wie sie auch der Parteivorstand wiederholt in schärfsten Worten erhoben hat. Die „L. V.“ hat gelegentlich des Plötzenseeprozesses zwei „Vorwärts“-Redakteuren vorgeworfen, daß sie Kabinettsjustiz wenn nicht veranlaßt, so sich doch haben gefallen lassen. Kabinettsjustiz ist kein Schimpfwort, kein derber Ausdruck, kein schlechter Ton, es ist ein höchst nobler und stilistisch durchaus würdiger technischer Ausdruck. Der Inhalt dieses Vorwurfes aber ist so schwer, daß er, wenn er berechtigt wäre, genügen würde, den Ausschluß jedes Parteigenossen, der sich solche Verfehlung hat zuschulden kommen lassen, ohne weiteres herbeizuführen. Ja auch jeder bürgerliche Rechtsanwalt, der mit Recht einer solchen Verfehlung beschuldigt wäre, würde aus dem Rechtsanwaltstande beseitigt werden müssen. Die „L. V.“ erhob diesen Vorwurf auf Grund der unbegreiflich groben Verwechselung: Der Justizminister wurde als Chef des Oberstaatsanwaltes angerufen, der den Klageantrag im Interesse der im Justizressort beschäftigten Beamten erhoben hatte. Es handelte sich um den Justizminister als Chef der angeblich beleidigten Beamten, um die Einwirkung auf Rücknahme des Strafantrages bei der dazu berechtigten Person. Es kam aber gar nicht in Frage der Justizminister, als höchster Beamter der Rechtspflege, der in die unabhängige Rechtspflege eigenmächtig eingreift. Gehörte Plötzensee nicht zufälligerweise ins Ressort des Justizministeriums, sondern unterstände es, wie die meisten anderen Gefängnisse dem Minister des Innern, so hätte der Minister des Innern in Anspruch genommen werden müssen. Ein bürgerlicher Rechtsanwalt hat in sehr klarer Weise diesen Unterschied auseinandergesetzt. Die „L. V.“ aber, anstatt loyal diesen unerhörten Angriff zurückzunehmen, erklärte diesen fundamentalen Unterschied, ohne die überzeugenden Ausführungen selbst wiederzugeben, für „Haarspalterei“! Wenn ein Parteiblatt den denkbar schwersten Vorwurf gegen Parteiredakteure erhebt auf Grund einer leichtsinnigen Verwechselung grundlegender Begriffe und wenn es, aufmerksam auf diese Verfehlung gemacht, dann nicht reumütig und loyal den Angriff zurücknimmt, sondern sich noch den Anschein des guten Rechts gibt, um ja nicht die von ihm beanspruchte Unfehlbarkeit einzubüßen, so ist das wahrlich keine Frage des guten oder schlechten Tones. Wer solche Methoden nicht mit allen Mitteln zu bekämpfen sucht, der weiß nicht, was er seiner Parteipflicht schuldig ist. Bisher hat diese Auffassung, wenigstens nicht in der deutschen Sozialdemokratie, keineswegs als philisterhaft gegolten, sie wurde nicht als sentimentale Klage verspottet, nicht als Geflenne um den guten Ton lächerlich gemacht. Daß man sich über derartige vollständig falsche und frivole Behauptungen erregt und die Beseitigung solcher Gepflogenheiten fordert, das ist einfach parteigenössische Pflicht, und wir wollen noch gar nicht darauf Gewicht legen, daß wir es nicht gerade nötig haben, unseren Gegnern ihre Flugblätter zu schreiben und ihnen alles Material kostenfrei selber zu liefern; das ist eine Frage zweiten oder dritten Ranges. Auch wenn wir auf einer Insel lebten und gar keine Gegner hätten, wäre ein solches Tun verwerflich.

Wir wollen nicht weiteres Material geben, um nicht vernarbte Wunden aufzurühren, aber es sei doch noch gestattet, wenigstens auch an einem fingierten Beispiel über prinzipielle Auseinandersetzungen zu zeigen, daß man auch auf diesem Gebiete die parteigenössische Ehre abschneiden kann, ohne daß ein hartes Wort fällt.

Stellen wir uns z. B. vor, ein Parteiblatt behauptet von einem anderen: „Es entlehne aus dem reichen Geistesschatz von Karl Marx ein halbes Dutzend Vokabeln, bringe diese bei jeder Gelegenheit gedankenlos und mechanisch an und verwirre auf diese Weise die Parteigenossen. Diese Vokabeln stellten sich bei jeder Gelegenheit ein, wenn es gälte, irgend eine Unklarheit und Mangelhaftigkeit mit dem Schein größter Gelehrsamkeit und prinzipieller Festigkeit zu umgeben. Dieses Parteiblatt schütze ferner Prinzipien vor, wenn es Personen treffen wolle und vertrete, je nachdem es sich um eine ihm genehme oder unangenehme Persönlichkeit handele, heute diese und morgen jene Auffassung, und verletze gerade so in der Behandlung ernster grundsätzlicher Fragen die Pflicht der Gewissenhaftigkeit dem aufklärungsbedürftigen Proletariat gegenüber usw. usw.“

Wir nehmen also an, daß ein Parteiblatt gegenüber einem anderen diese Auffassung vertritt. In der ganzen Aeußerung ist kein hartes Wort gesagt, es ist gar kein schlechter Ton und doch würden derartige Behauptungen, wenn sie wahr wären, genügen, um das Ansehen des angegriffenen Parteiblattes und seiner Redaktion von Grund aus zu zerstören. Die angegriffene Redaktion wird alsdann gegenüber den allgemeinen Beschuldigungen Beweise fordern, zwingende Beweise, und wenn diese nicht gebracht werden, so wird die ganze Schwere der Anklage auf den Angreifer zurückfallen.

Der Artikel der „L. V.“, der uns zu diesen Betrachtungen veranlaßt hat, tut diese ernsthafte und bedeutsame Frage mit dem „historischen“ Hinweis ab, daß zuerst der „Revisionismus“, weil er an triftigen Gründen Mangel litt, die sentimentalen Klagen über den mangelnden guten Ton aufgebracht habe. Um selber ja nicht des guten Tones verdächtig zu werden, nimmt die „L. V.“ das als „philisterhaftes Geträtsch“. Wir geben zu: das ist schlechter Ton und insoweit wollen wir ihn nicht mißbilligen. Aber der schlechte Ton genügt wahrlich nicht, um die sachliche Unrichtigkeit genügend zu entschuldigen. Es gehört zur Methode der „L. V.“, daß sie irgend ein kompromittierendes Richtungswort Gegnern in der Partei anheftet, wenn sie in einer sachlichen Frage Mangel an triftigen Gründen hat und eine schlechte Sache auf alle Weise zu verteidigen sucht. Die Frage des guten Tones ist — das sollten doch so gründliche Kenner der Parteigeschichte wissen, wie sie die „L. V.“ zu haben betont —, bereits auf Parteitagen zu gewissermaßen offizieller Bedeutung gelangt, und zwar längst bevor der berühmt gewordene Herr Rossig jene zionistische Revision des Sozialismus geschrieben hat und damit die unverdiente Ehre erwarb, den Richtungs- und Ekelnamen für einige Parteigenossen herzugeben.

Die Frage des guten Tones im ernsten Sinne hat fast die ganze Tagung unseres historisch bedeutsamsten Kongresses in Anspruch genommen. 1891 auf dem Erfurter Parteitage brachte Bebel jene einstimmig angenommene Resolution ein, in der es hieß:

„Der Parteitag erklärt ausdrücklich, daß die Kritik an den Handlungen oder Unterlassungen der Parteiorgane und der parlamentarischen Vertreter der Partei ein einem jeden Parteigenossen zustehendes selbstverständliches Recht ist. **Er verlangt aber, daß diese Kritik in Formen geübt werde, die eine sachliche Auseinandersetzung dem angegriffenen Teil ermöglichen.** Er fordert insbesondere, daß kein Parteigenosse persönliche Anschuldigungen oder Anklagen öffentlich erhebt, bevor er sich nicht von der Richtigkeit der erhobenen Anschuldigungen oder Anklagen überzeugt und alle nach der Organisation ihm zustehenden Mittel erschöpft hat, um Abhülfe zu schaffen. Endlich ist der Parteitag der Anschauung, daß der in den Statuten der internationalen Arbeiterassoziation von 1864 ausgesprochene Grundsatz, daß **„Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlagre für das Betragen aller ihrer Mitglieder untereinander,** gegen alle Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis oder Nationalität anzuerkennen sei“, auch heute noch die Richtschnur für die Handlungen der Parteigenossen sein muß.“

Bebel selbst schloß seine begründende Rede mit der Bemerkung:

„Daß wir im Jahre 1891, 27 Jahre nach der Gründung der internationalen Arbeiterassoziation, genötigt sind, eine Richtschnur auszusprechen für das Verhalten der Genossen unter sich, ist kein günstiges Zeugnis für den gegenwärtigen Zustand in unserer Partei. **Als ehrlicher Mensch soll ich dem Gegner gegenüber immer nur das sagen, was ich ehrlicherweise vertreten kann, wie viel mehr ist ein solches Verfahren dem Genossen gegenüber Pflicht.**“

Und daß es sich tatsächlich in Erfurt um den „guten Ton“ gehandelt hat, das geht auch noch aus einer Aeußerung Bebels hervor, die er an anderer Stelle des Parteitages gemacht hat. Er meinte nämlich:

„**Würde die Opposition** (der Unabhängigen) **sich in der Weise ergangen und ausgelassen haben, wie z. B. Vollmar in seiner abweichenden Meinung über die Taktik der Partei, dann wären Differenzen persönlicher Art nicht möglich gewesen.**“

Heute schreiben wir das Jahr 1905, das ist mehr als 40 Jahre seit jenem Wort der internationalen Arbeiterassoziation. Heute sind wir aber soweit gekommen, daß wir für das parteigenössische Verhalten nicht mehr Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage anerkennen, sondern daß diejenigen sogar als sentimentale Schwächlinge verhöhnt werden, die sich zu dieser altmodischen Auffassung bekennen und nicht das Gegenteil solchen Verhaltens für die allein einem parteigenössischen Charakter und Genie ehremachende Methode halten. In Erfurt war man noch glücklicherweise so sentimental, so schwächlich, und dort „flennte“ man darüber, daß ehrenrührige Beschimpfungen schlechter, nicht zu duldender Ton seien.

Und noch einmal flackert auf einem Parteitag die Klage über den schlechten Ton empor; in einem engeren Sinne allerdings, mehr als Klage über den kräftigen Stil, nicht über den herabsetzenden Inhalt der Preßpolemik.

Es war auf dem Hamburger Parteitag 1897 — Eduard Bernstein begann eben erst seine Probleme des Sozialismus in der „Neuen Zeit“ zu veröffentlichen, ohne daß sie zunächst irgend welche Aufregung hervorriefen — als von sächsischen Parteigenossen der Antrag eingebracht wurde: **„Der Parteitag möge dahin wirken, daß Polemiken zwischen Parteiblättern, welche einen persönlichen und beleidigenden Charakter tragen, in Zukunft unmöglich gemacht werden.“** Es war der Parteigenosse Sindermann, der diesen Antrag begründete, namentlich mit Rücksicht auf die Agitation gegen die Gegner. „Wenn wir,“ sagte er, „noch bei unserer Agitation denen, die wir für uns gewinnen wollen, Zeitungsblätter in die Hand geben, in denen unsere eigenen Genossen heruntergerissen sind, dann sagen sich solche indifferenten Leute: **An Euch mag nicht viel dran sein, da lassen wir lieber die Hand von Euch weg.** Auch die gegnerischen Blätter werden sich darauf berufen und sagen: „Kehrt Ihr nur vor Eurer eigenen Tür, Ihr seht doch, wie Ihr Euch gegenseitig herunterreißt“.

Und wieder war es Genosse Bebel, der durchaus nicht über das sentimentale Geflenne des Parteigenossen Sindermann schalt, sondern der unseres Erachtens sehr zutreffend bemerkte, dagegen könne der Parteitag nichts machen, deshalb sei der Antrag abzulehnen. Derartigem Unfuge müßten die Parteigenossen am Orte steuern. Bebel aber fuhr fort:

„Ganz gewiß ist das wahr, was der Vorredner gesagt, daß in der letzten Zeit **bei einigen Parteiblättern ein Ton eingerissen ist, der einfach unerhört genannt werden muß.** Es ist dringend wünschenswert, daß dieser Ton abgeschafft wird. Ich will hier niemand angreifen und nenne deshalb keinen Namen, aber Tatsache ist, daß **oft in einer gehässigen Weise geschulmeistert und kritisiert wird. Ich meine aber, die bloße Erörterung hier auf dem Parteitag wird genügen, um Wandel zu schaffen.**“

Der schöne Optimismus Bebels hat sich in dieser Beziehung leider geirrt. Wir haben inzwischen im Gegenteil „Fortschritte“ gemacht, haben uns allmählich so abgehärtet und sind bereits so bescheiden in unseren Ansprüchen geworden, daß wir ein kräftiges Schimpfwort in der Polemik unter Parteigenossen für ein Zeichen starken Geistes halten und uns auch über die Häufung derartiger Ausdrücke nicht sonderlich erregen. Wir sind so bescheiden geworden, daß wir den schlechten Ton, der schon seit Erfurt und Hamburg nicht mehr geduldet werden sollte, allenfalls gelten lassen wollen. Freilich dazu können wir uns nicht verstehen, daß unter der Firma des schlechten Tones die Herunterset zung der persönlichen und parteigenössischen Ehre mit unwahrhaftigen Unterstellungen als sozialdemokratisches Recht eingeschmuggelt wird. Der Fanatismus für den schlechten Ton darf nicht die gute Logik zerstören, die den fundamentalen Unterschied zwischen der Form und dem Inhalt erkennt. Um den Inhalt der Polemiken handelt es sich in erster Linie, nicht um die Form. Kein „überschäumendes Temperament“, keine „eigenartige Genialität“, kein „berauschender Reichtum von Wissen“ entschuldigt irgend einen Parteigenossen, der solche parteigenössischen Sitten pflegt. Sollte man auch über ein derartiges Treiben als über Fragen formeller Höflichkeit hinweggehen, nun, so streiche man aus dem Parteistatut den Begriff der ehrlosen Handlung und erkläre nur noch denjenigen für unwürdig, der Partei anzugehören, der das Verbrechen verübt, sich des — guten Tones zu befleißigen.

* * *

Der Schreiber der vorstehenden Betrachtungen hat sich nur ganz selten und seit geraumer Zeit mit keiner Zeile an diesen Parteistreitereien beteiligt; er hat sich also bemüht, weder die Produktion von schlechtem Ton noch die Produktion von Klagen über den schlechten Ton zu fördern. Wenn aber diese persönlichen Literatenreibungen ohne jeden Sinn und Zweck gar nicht endigen wollen, wenn sie immer wiederholt werden, ob man sie nun schweigend erträgt oder kurz abwehrt, wenn sie sich gar als prinzipielle Aufklärung, als Kampf gegen schädliche Richtungen zu deklarieren suchen, so hat jeder Parteigenosse, auch der, dem solche Parteibetätigung in der Seele zuwider ist, die Zurückhaltung aufzugeben und an seinem Teil zu versuchen, der Verwirrung und Verwilderung zu steuern. Der Unterzeichnete ist obendrein in der glücklichen Lage, daß ihm von der „L. V.“ nichts mehr geschehen kann. Sie hat sich gleich bei den ersten Angriffen gegen ihn so sehr überschrien, daß sie nun nichts Aergeres über ihn aufzubringen vermag, und sammelte sie selbst alle schlechten Töne von Marx, Engels, Lassalle, Heine, Börne, Fichte, Lessing, Schiller, Goethe zu einer grandiosen Kakophonie. Selbst wenn sie ihn wieder einen Belletristen nennen sollte, so bricht er auch dann nicht, abgehärtet durch die Gewöhnung, unter der Wucht dieser Anklage zusammen.

K. E.

---

16. Internationaler Bergarbeiter-Kongreß.

Lüttich, den 10. August 1905.

4. Verhandlungstag.

Tagespräsident ist heute Cordier (Frankreich), Beisitzer Burt (England) und Haskins (Amerika).

Die Verhandlung geht über zum Punkte

Minimallohn.

Cordier (Frankreich) teilt mit, daß der Durchschnittslohn der Bergarbeiter in Frankreich 6,24 Fr. betrage, doch seien die Löhne überaus verschieden und böten der Willkür der Beamten und den Streitigkeiten unter den Arbeitern selbst den weitesten Spielraum. Die Gesetzgebung sei wohl in der Lage, das Prinzip festzusetzen, daß in jeder Grube zwischen Gewerkschaft und kapitalistischer Gesellschaft ein Minimallohn vereinbart werden müsse; für den Minimallohn selbst könnten dann schon die Gewerkschaften sorgen.

Desjardins (Belgien): In der Arbeiterhölle Belgien ist der Durchschnittslohn der Bergleute nur 5,10 Frank. Aber im Borinage gibt es Gruben, auf denen selbst die Häuer nur 1,50—2 Frank pro Tag verdienen. (Hört! hört!) Wenn es möglich sei, daß die Syndikate Minimal-Verkaufspreise für die Kohlen festsetzten, so sei wohl auch für die Arbeiter der Minimallohn durchführbar. (Sehr gut!) Redner begründet dann den von Frankreich und Belgien gestellten Antrag: „Kontrollierung der Löhne durch Uebermittelung von Duplikat-Lohnbüchern an die Arbeitervereinigungen seitens aller Gesellschaften“, der dazu dienen solle, bei Prozessen um die Rente den Arbeitern ein Beweisstück für die von ihnen erreichten Löhne zu geben. (Beifall.)

Den englischen Antrag, „daß jede auf diesem Kongreß vertretene Nation die Festsetzung eines Minimalarbeitslohnes für die Grubenarbeiter anstreben solle“, begründet

Wadworth. Er erinnert zunächst daran, daß ganz England — natürlich wieder außer Durham und Northumberland — seit fünfzehn Jahren einen Minimallohn für die Bergarbeiter habe, der jetzt etwa 35 Proz. höher sei als zur Zeit seiner Durchsetzung. Leider sei selbst in England das System des Minimallohnes noch nicht unangefochten. Einige Unternehmer und Zeitungen erklärten es für ökonomisch unhaltbar. Aber noch würden in England nach amtlicher Feststellung 1750 Millionen Pfund Profite alljährlich gemacht, was auf die Arbeiter verteilt 5 Pfund Wochenlohn mache. (Heiterkeit.) Es sei also noch ein weiter Spielraum für die Heraufsetzung des Minimallohnes. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Löffler (Deutschland) schließt sich den vorgeschlagenen Resolutionen durchaus an. Auch in Deutschland könne der Zustand nicht ewig bestehen bleiben, daß der Arbeiter, wenn er aus der Grube komme, nicht wisse, wie viel er verdient habe. Der Durchschnittslohn der Bergarbeiter in Deutschland betrage 3,95 M., im klerikalen Oberschlesien mit seiner zwölfstündigen Arbeitszeit aber nur 3,05 M., und auf den Staatsgruben in Hannover verdiene gar die bestbezahlte Arbeiterschicht nur 3,30 pro Tag. (Hört! hört!) Nehme man dazu die Bereicherung der Großgrundbesitzer durch die Zölle, die die breiten Massen auspowern, so wisse man, warum Preußens genialer Staatsmann Fürst Bülow gesagt habe: Preußen in Deutschland voran, Deutschland in der Welt voran! (Große Heiterkeit.)

Perry (Amerika) kann bei den großen Verschiedenheiten des weitausgedehnten Territoriums einen Durchschnittslohn für ganz Amerika nicht angeben. Für seinen Staat Illinois stelle er sich etwa auf 2 Dollar. Eine gesetzliche Festlegung des Minimallohnes ist wegen der Verfassung der Vereinigten Staaten so lange unmöglich, als nicht alle Gruben verstaatlicht sind. Im übrigen sei er aber natürlich für einen möglichst hohen Minimallohn. (Heiterkeit.)

Die vorgeschlagenen Resolutionen werden einstimmig angenommen.

Es folgt Punkt 6:

Grubeninspektion.

Gleichgerichtete Anträge von Deutschland und Belgien fordern: Verschärfung der Grubeninspektion durch Kontrolleure, die von den Arbeitern gewählt und vom Staate besoldet werden sollen.

Hausmann (Deutschland): Auch die Einsteiger, die jetzt in Deutschland die Gruben kontrollieren, sind erst durch Massenunglücke der Regierung abgerungen worden, die unter dem Einfluß der mächtigen Grubenkapitalisten sich allen weitergehenden Forderungen der Bergarbeiter bisher entzogen hat. Aber die bisherige Grubeninspektion hat nicht verhindert, daß die Zahl der Unfälle, auch der schweren, ständig zunahm und Deutschland die höchste Unfallziffer der ganzen Welt hat. — Redner beweist das eingehend an der Hand der Unfallstatistik. — Auch bei dem jüngsten Grubenunglück auf Zeche „Borussia“, bei dem ich selbst miteinfuhr, fehlten auf den Wetterschächten in den Fahrten zuweilen drei Sprossen hintereinander. Entgegen den gesetzlichen Bestimmungen sind die Schächte nicht berieselt worden. Ein höherer Grubenbeamter hat gesagt, daß, wenn die Bergbehörde nach den bergpolizeilichen Vorschriften hätte verfahren wollen, der Schacht längst hätte stillgelegt werden müssen. Jetzt liegt er still, aber 25 Bergmannsleichen liegen noch ungeborgen auf seinem Grunde. (Hört! hört!) Zu der jetzigen Grubenkontrolle, die ihre Besuche oft tagelang vorher anzeigt, haben die Arbeiter mit Recht kein Vertrauen, sie verlangen Arbeiterkontrolleure. (Bravo!)

Calnaert-Belgien: Die Grubeninspektoren werden bei uns von dem Arbeiterrat gewählt, in dem die Unternehmer die Mehrheit haben. Ihre mangelhafte Aufsicht, insbesondere über die Reinigung der Wasserschächte, hat denn auch zahlreiche Unfälle verschuldet. Der Minister freilich hat in der Kammer die schlagenden Wetter für eine Naturerscheinung erklärt und damit alle kapitalistische Profitsucht, allen kapitalistischen Leichtsinn freigesprochen. Wen soll das wundern?! Sind doch die Minister Angehörige der Unter-

nehmerklasse, vielleicht selbst Grubenaktionäre. Aber gerade darum sollen nicht sie, sondern die Arbeiter die Grubenkontrolleure wählen. (Bravo!)

Cadot (Frankreich): Seit dem Jahre 1890 ist bei uns das Prinzip der Grubeninspektion durch Vertrauensleute der Arbeiter gesetzlich anerkannt. Das im Jahre 1894 verbesserte Gesetz schreibt vor, daß wählen kann, wer 15 Tage lang in der Lohnliste steht, — doch darf die Wahl frühestens 15 Tage nach Beendigung des letzten Streiks stattfinden —, daß gewählt werden kann jeder Arbeiter, der seit 2 Jahren in dem betreffenden Bezirk in Arbeit steht. Die Wahl ist geheim. Der Arbeiterinspektor, der 178—210 Frank Gehalt monatlich bekommt, darf den Gruben leider nur an sechs Tagen im Monat 12 Besuche abstatten. Die 24 Inspektionen, die die Arbeiter forderten, haben die Unternehmer im Senate zu Fall gebracht. Sie wollten nicht, daß alle Zustände auf den Gruben ständig der Oeffentlichkeit bekannt gegeben würden. (Sehr wahr!) Im übrigen aber ist in amtlichen Berichten und sogar von den Unternehmern selbst anerkannt, daß die Arbeiterinspektoren außerordentlich günstig und nützlich gewirkt haben. Wenn die Zahl der Besuche noch erhöht wäre, haben auch die Arbeiter allen Grund, mit dem bestehenden Gesetz zufrieden zu sein. (Lebhafter Beifall.)

Pickard (England), lebhaft begrüßt: Die staatlichen Inspektoren sind viel zu sehr beschäftigt, haben viel zu große Distrikte, als daß sie wirksam kontrollieren könnten. Die Arbeiterinspektoren werden nicht vom Staate bezahlt, haben infolgedessen nur vollkommen ungenügenden Lohn, so daß es schwer fällt, tüchtige Leute dafür zu finden. Dabei ist die Frage der Grubeninspektion nicht weniger wichtig, als die des Friedens; denn auch die Bergarbeiter verlieren alljährlich zahlreiche Tote und Verwundete. Wären die Grubenunfälle ansteckend wie die Pocken, so hätten die herrschenden Klassen sie aus Angst für sich längst viel stärker eingeschränkt. Jedenfalls dürften die Bergarbeiter nichts unterlassen in der Bekämpfung der Unfallgefahr. (Bravo.)

Nachdem der amerikanische Delegierte aufs Wort verzichtet hat, weil es unmöglich sei, in kurzer Zeit die Gesetzgebung betr. die Grubeninspektion aus den 20—30 verschiedenen amerikanischen Bergwerksstaaten darzulegen, werden die vorgelegten Anträge einstimmig und debattelos angenommen.

Die Nachmittagssitzung fällt aus, weil um 3 Uhr Professor Lambinet in seinem Laboratorium den Delegierten einen Vortrag hält, in dem er die ausgestellten Präparate über die Wurmkrankheit erläutert.

Aus der Partei.

An die Delegierten zum Parteitag!

Da der Zeitpunkt, an welchem der Parteitag eröffnet wird, immer näher rückt und bis jetzt verhältnismäßig wenig Delegierte sich gemeldet haben, der Wohnungsausschuß aber in der nächsten Zeit in Funktion treten muß, so richtet das unterzeichnete Komitee an die Delegierten zum Parteitag die dringende Bitte, rechtzeitig ihre Anmeldung bewirken zu wollen.

Dem Wohnungsausschuß wäre es außerdem sehr erwünscht, wenn die Delegierten über die Art der von ihnen gewünschten Logis (ungefährer Preis, ob einzeln oder mit mehreren, ob Privat- oder Hotelwohnung 2c.) bei ihrer Anmeldung nähere Angaben machen, damit die verschiedenen Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigt werden können.

Auch diejenigen Parteigenossen, die als Gäste den Verhandlungen des Parteitages beizuwohnen gedenken, werden ersucht, damit auch diesen der Wohnungsausschuß entgegenkommen kann, ihre Anmeldung bewirken zu wollen.

Das Lokalkomitee.
J. A.: Hermann Leber, Jena, Marienstr. 26.

Die Parteipresse wird um Abdruck gebeten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen** und Beschimpfung der christlichen Kirche stand Genosse Radlof aus Breslau am Mittwoch vor der Strafkammer in Graz. Er sollte die beiden Verbrechen in seiner Mairede in Mittelsteine verübt haben, wenigstens nach den Aufzeichnungen der überwachenden Beamten, die sehr ungenau waren und mit einander differierten. Die Verächtlichmachung sollte in der Bezeichnung von Schulen mit dem Wort Schweineställe liegen, die Beschimpfung in dem sinnlosen Satz „Das Christentum sei durch die katholische Kirche und die Pfaffen gebrandmarkt". Der Staatsanwalt stützte sich auf die Beamtenberichte und beantragte 5 Monate Gefängnis, das Gericht aber folgte seinen Spuren nicht, sondern sprach den Angeklagten frei.

Bei Anmeldung einer Versammlung gemäß § 1 des preußischen Vereinsgesetzes muß der Versammlungsraum angegeben werden. Es genügt nicht die Adresse des Versammlungslokals. So hat das Kammergericht am 9. August entschieden. Im Breslauer Gewerkschaftshaus, das verschiedene Versammlungsräume enthält, tagte vor einiger Zeit eine Versammlung von Steinmetzen, wo Mehrlein über den Nutzen der Organisation referierte, wobei er ausführte, daß zur Erreichung von Vorteilen für die Arbeiter der Zusammenschluß bestimmter Erwerbsgruppen notwendig sei. Diese Versammlung war zwar rechtzeitig bei der Polizei angemeldet worden, die Behörde hatte aber die Bescheinigung über die Anmeldung nicht erteilt, weil nur die Adresse des Gewerkschaftshauses, nicht aber die Nummer des fraglichen Versammlungsraums (Saal, Zimmer) in der Anmeldung angegeben war. Mehrlein als Redner und Neuberger, der Verwalter des Gewerkschaftshauses, als derjenige, der den Raum hergegeben hat, wurden vom Landgericht auf Grund der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes zu Geldstrafen verurteilt. Das Landgericht erklärte zunächst die Versammlung für eine solche, die der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten dienen sollte, und die deshalb nach § 1 des Vereinsgesetzes hätte angemeldet werden müssen. Unter öffentlichen Angelegenheiten seien auch die sozialen Angelegenheiten der Gesamtheit oder einzelner Bevölkerungsklassen zu verstehen. Mit Recht sei nun beanstandet worden, daß bei der Anmeldung zwar die Adresse des Gewerkschaftshauses, nicht aber die Nummer des Versammlungsraums angegeben worden sei. Das Gewerkschaftshaus habe neun Räume zur Abhaltung von Versammlungen. Die Angabe des Gewerkschaftshauses allein genüge darum nicht dem Verlangen des § 1 des Vereinsgesetzes, daß bei Anmeldung von Versammlungen auch „der Ort" anzugeben sei. Eine ordnungsmäßige Anmeldung fehle also. — Die Angeklagten legten Revision ein und machten geltend, es sei § 1 so auszulegen, daß die Angabe des Versammlungshauses genüge. Die Polizei finde sehr leicht den fraglichen Raum, wenn sie zur aber die Revision und billigte die Vorentscheidung. Ausgeaber die Revison und billigte die Vorentscheidung. Ausgeführt wurde: Die Polizei müsse durch die Versammlungsanzeige in die Lage versetzt werden, zu prüfen, ob die betreffenden Räumlichkeiten den Anforderungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit genügten. Darum sei es erforderlich, daß auch die Räumlichkeit (der Saal, das Zimmer) in der Anzeige angegeben werde. — —

Aus Industrie und Handel.

Stettiner Vulkan.

Wie wir gestern meldeten, soll nun endlich am 30. August im Stettiner Börsengebäude die Generalversammlung stattfinden, die über die Frage, ob der Vulkan an der Elbe, in der Nähe Hamburgs, eine Werftanlage errichtet, entscheiden soll. In Stettin selbst hat sich die Opposition gegen das Projekt der Verwaltung keineswegs verringert, weder unter den Aktionären, noch in der Gesamtbevölkerung; dagegen scheint unter den auswärtigen Aktionären jetzt eine größere Meinung für die Hamburger Niederlassung vorhanden zu sein und es ist deshalb keineswegs ausgeschlossen, daß schließlich die Entscheidung zugunsten der Auswanderung eines Teils des Vulkans nach Hamburg ausfällt — wenn die Verwaltung tatsächlich, wie sie verspricht, Gründe anzuführen weiß, welche die Errichtung einer Zweiganlage an der Elbe als vorteilhaft erscheinen lassen. Auch manche der größeren Stettiner Aktionäre werden dann zustimmen, denn höher als der Lokalpatriotismus steht diesen Leuten die Dividendensteigerung.

Welche Gründe die Vulkan-Verwaltung anzuführen haben wird, kann man sich denken; sie wird auf die Absicht einer verstärkten und beschleunigten Flottenvermehrung hinweisen — allerdings aus Rücksicht auf das Marineamt wohl nur andeutungsweise — auf die zunehmende Verschiebung des Schwergewichts der deutschen Schiffahrt nach der Nordsee, die größere Möglichkeit, in Hamburg den Ansprüchen der deutschen Marineverwaltung zu genügen und vielleicht — Herr Ballin ist ja nicht nur Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, sondern auch Aufsichtsratsmitglied des Vulkan — auf eine mehr oder weniger direkte Zusage der Leitung der größten Hamburger Reederei, der neuen Vulkan-Anlage in stärkerem Maße als bisher ihre Gunst zuzuwenden. Und wenn man lediglich vom geschäftlichen Standpunkte oder genauer vom Standpunkte der Rentabilität das Niederlassungsprojekt betrachtet, dann kann man, wie wir schon vor Monaten ausgeführt haben, den Aktionären seine Annahme nur empfehlen. Die Werften an der Nordsee haben sich seit einem Jahrzehnt mächtig entfaltet, und es ist mehr als wahrscheinlich, daß nach einem weiteren Jahrzehnt das Verhältnis zwischen ihnen und den Ostseewerften sich noch mehr zu ihren Gunsten verschoben haben wird. Der Seehandel Deutschlands konzentriert sich nun einmal von Jahr zu Jahr mehr in den beiden hanseatischen Schwesterstädten an der Elbe und Weser, vor allem in Hamburg, und es besteht zweifellos für den Vulkan, wenn er bei Hamburg eine leistungsfähige große Werft errichtet, eine weit bessere Aussicht, von den aufstrebenden Hamburger Reedereien mit Aufträgen bedacht zu werden, als wenn er in Stettin bleibt — und zwar würden ihnen in Hamburg nicht nur mehr Neubauten, sondern auch weit mehr Reparaturaufträge zufallen, auf die er heute von jener Seite fast ganz verzichten muß.

Allerdings darüber kann kein Zweifel bestehen, gelangt das Projekt zur Ausführung, dann wird die Anlage in Stettin bald von der Hamburger Werftanlage überholt werden. Damit scheint auch die Verwaltung des Vulkan zu rechnen, denn das Terrain, das sie bei Hamburg zu erwerben gedenkt, ist für eine kleinere Anlage viel zu groß. Der „Hambg. Korrespondent" schreibt darüber: „Hier bietet sich ein ganz bedeutend größeres Terrain als das der Werft von Blohm u. Voß. Dort ist Raum zur Anlage von sechs Helgen, die strahlenförmig in den langgestreckten Vorhafen hineinlaufen würden. Da Ellerholzhafen und Vorhafen bekanntlich die größte Wassertiefe aller Hamburger Häfen haben, würde sich die Werft in einer sehr begünstigten Lage befinden. Daß sie etwas abseits vom Elbstrom liegen würde, käme absolut nicht in Betracht. Die neuen Helgen der Werft von Blohm u. Voß laufen auch nicht in den Elbstrom, sondern in den Werfthafen auf Kuhwärder hinein, und gerade diese Helgen dienen dem Kriegsschiffbau. Auf allen Hamburger Werften, deren Helgen direkt in den Elbstrom hineinlaufen, sind die Stapelläufe der Seeschiffe mit größeren Umständen verbunden als es bei dem für eine etwaige Filialwerft des Vulkan ins Auge gefaßten Platz der Fall sein würde. An der Elbe können die Schiffe nur während des Stauwassers bei Fluthöhe von Stapel gelassen werden. Im Ellerholzhafen dagegen ist niemals Strömung."

Der Konsum von Zucker in Deutschland hat infolge der Steuerermäßigung einen ganz beträchtlichen Aufschwung genommen. Vom Jahre 1902/03 auf 1903/04 ist der Zuckerverbrauch pro Kopf der Bevölkerung berechnet, um nicht weniger als 40 Proz. gestiegen. Diese Steigerung wurde freilich durch die in der zweiten Hälfte des Jahres 1904 erfolgte Preiserhöhung wieder unterbrochen, so daß das Jahr 1904/05, für das die Verbrauchsberechnung noch nicht möglich ist, kaum eine weitere Zunahme des Zuckerkonsums bringen dürfte. Seit 1894 bewegte sich der Verbrauch von Zucker im Deutschen Reiche:

Betriebsjahr vom 1. Aug. bis 31. Juli	Verbrauch von Zucker in Tonnen	Auf den Kopf der Bevölkerung kamen Kilogramm
1894/95	552 695	10,7
1899/1900	764 045	13,7
1901/02	669 261	11,6
1902/03	728 610	12,45
1903/04	1 020 620	17,17

Der stetigen, aber nicht allzu erheblichen Steigerung des Konsums in der Aufschwungsperiode 1895 bis 1900 folgte während der gewerblichen Krise ein erheblicher Rückgang, der 1902/03 noch nicht ausgeglichen war. Erst das Jahr 1903/04 brachte aus den erwähnten Gründen und auch infolge der Besserung der wirtschaftlichen Lage der außergewöhnliche Zunahme.

Die amerikanische Ernte verspricht nach dem gestern veröffentlichten Berichte des Washingtoner Ackerbaubureaus, in diesem Jahre hohe Erträge zu liefern. Es betrug am 1. August d. J. der Durchschnittsstand für Frühjahrsweizen 89,2 Proz., für Mais 89,0 Proz., für Gerste 89,5 Proz., für Hafer 90,8 Proz. und für Frühjahrsroggen 92,6 Proz. An Winterweizen wurden nach vorläufiger Schätzung pro Acre 14,3 Bushels gegen 12,3 Bushels in 1904 geerntet.

Auf Grund dieser Ziffern berechnet der Statistiker der New Yorker Produktenbörse den Ertrag an Winterweizen auf 425 Millionen Bushel (1 Bushel = 35¼ Liter) gegen 333 Millionen im vorigen Jahr, an Frühjahrsweizen auf 285 gegen 273 Millionen Bushel. Im ganzen dürfte sich also danach die Weizenernte auf 710 Millionen Bushel stellen. Die Maisernte wird auf 2698 Millionen Bushel gegen 2565 Millionen geschätzt. Ebenso versprechen Hafer und Gerste bedeutende Erträge.

Der Minderertrag Rußlands wird also durch den Mehrertrag Nordamerikas ausgeglichen. Die Vereinigten Staaten von Amerika werden in diesem Jahr soviel Weizen und Mais ausführen können, wie seit Jahren nicht mehr.

Ein neuer amerikanischer Trust. In Straßenbahnwagen wird in Amerika ein großes Geschäft gemacht. Die moderne Entwickelung und das immer wachsende Verkehrsbedürfnis in den Städten hält die stete Nachfrage nach den neuesten, allen modernen Anforderungen entsprechenden Wagen rege. Um die Geschäftsgelegenheit gründlich und ungestört ausnützen zu können, hat sich ein Trust in Straßenbahnwagen gebildet. Die bedeutendsten Firmen, 19 an der Zahl, haben sich zusammengetan mit einem Kapital von 54 Millionen Dollar. Davon werden 11 500 000 Dollar durch Bonds (Obligationen), 15 500 000 Dollar durch Prioritätsaktien und 27 000 000 Dollar durch gewöhnliche Aktien aufgebracht.

Vom Pariser „Printemps". Die Vertreter der Pariser Banken, die das Warenhaus „Printemps" zu stützen gedenken, sind nach Einsicht in die Vermögenslage zu der Ansicht gelangt, daß zur Erhaltung des Hauses die Beschaffung von Barmitteln im Betrage von 11 Millionen Frank erforderlich ist. Sie wollen die sogenannten Hülfsmaßnahmen in der Weise in die Wege leiten, daß das gegenwärtige Aktienkapital von 35 Millionen auf 10½ Millionen ermäßigt wird bei gleichzeitiger Ausgabe von 12 Mill. Fr. Vorzugsaktien, für deren Durchführung die Banken eine Gewährleistungsgruppe bilden würden.

Vorgestern fand in Paris eine Versammlung der Angestellten des Warenhauses „Printemps" statt, an der sich zirka 3500 Personen beteiligten. Der Sekretär des Verbandes der Modewarenangestellten und der sozialistische Abgeordnete Rouanet führten den Vorsitz. Beide hielten Ansprachen, in denen sie sich mit den Veruntreuungen Jaluzots beschäftigten. Es wurde beschlossen, eine Klage beim General-Prokurator der Republik einzureichen. Darauf wurde eine Tagesordnung angenommen, in der die Haltung Jaluzots stark gebrandmarkt wird. Trotzdem mehrere Teilnehmer hierwegen protestierten, erklärte sich die Mehrheit der Angestellten bereit, die Klage zu unterzeichnen. Die Klage wird heute noch dem Justizminister zugesandt werden. Jaluzot hat, wie mitgeteilt wird, seine Demission als Vertreter des Warenhauses eingereicht.

Soziales.

Mugdanismen.

Die freisinnig mugdanisierte Presse setzt ihren Krankenkassenschwindel mit aller „Unentwegtheit" fort. Schon am Sonntag versandte der Vorsitzende der Brandenburger allgemeinen Krankenkasse eine Erklärung, worin die freisinnigen Lügen über die Ursachen des Verfalls der Kasse zurückgewiesen werden. Wir haben die Erklärung in unserer Dienstagnummer veröffentlicht; für die freisinnige Presse existiert sie nicht. Wahrheiten zu unterdrücken und Unwahrheiten zu behaupten ist die Lebensaufgabe dieser Presse. Besonders die freisinnige Kopfblattpresse in der Umgegend Berlins schmiert statt dessen im Stile des Karlchen Mießnick ein Quodlibet von Redensarten zusammen, die auf die tatsächlichen Verhältnisse nicht im geringsten passen. Darin wird als einzige Tatsache aus dem Umstande, daß die Versicherten zwei Drittel der Vorstandsmitglieder zu stellen haben, die Behauptung gefogen, diese zwei Drittel wären deshalb auch Sozialdemokraten. Die freisinnige Presse unterstellt damit, daß alle Versicherten Sozialdemokraten seien. Leider ist das nicht der Fall und die freisinnige Presse selber bestreitet ja selbst immer sehr eifrig, daß Arbeiter und Sozialdemokrat identisch seien.

Zur Ablenkung von der unwürdigen Methode der absichtlichen Unterdrückung der Wahrheit wird in den erwähnten Blättern auf die Lichtenberger Krankenkasse verwiesen, deren Rendant ein Parteigenosse ist. Man ist zwar nicht in der Lage, der Geschäftsführung dieses Sozialdemokraten auch nur den leisesten Makel anzuhängen, aber — die Sozialdemokraten haben einem tüchtigen, für das Amt geeigneten Parteigenossen die Geschäfte der Kasse übertragen, folglich mißbrauchen die Sozialdemokraten die Kassen zu Parteizwecken. Frei von Sinn ist solche Logik allerdings, daher — freisinnig.

Inzwischen tischt Müller-Sagan-Mugdan eine neue Geschichte auf.

Wie sehr die Krankenkassen von der Sozialdemokratie als ihre eigenste Domäne betrachtet werden, ergibt sich aus einer Protestkundgebung des sozialdemokratischen Zentralverbandes der Bureau-Angestellten gegen diejenigen Krankenkassenverwaltungen, die sich ihre Hülfskräfte nach Belieben aussuchen und sie nicht vom Arbeitsnachweis des Zentralverbandes beziehen. Eine Verbandsversammlung sprach ihre schärfste Mißbilligung über das Verhalten der betreffenden Kassenvorstände aus und kündigte weitere Maßnahmen in dieser Angelegenheit an. Zunächst dürfte sich die Gewerkschaftskommission mit der Frage zu befassen haben.

So die — von Anstand — „Freie Deutsche Presse" in ihrer Nummer 372 vom 10. August. Geschwindigkeit ist keine Hexerei. Man braucht einen Berufsverband von Beamten nur als sozialdemokratisch zu bezeichnen und man hat einen neuen Beweis für den sozialdemokratischen Mißbrauch der Krankenkassen. Eine verblüffend einfache Methode, zu der weder Geist noch Geschick gehört. Sie ist aber in diesem Falle zu einfach, da es eben einen sozialdemokratischen Verband der Bureau-Angestellten nicht gibt.

Zur Schularztfrage.

In dem soeben erschienenen Verwaltungsbericht der Stadt Mülhausen i. E. für das Jahr 1903/04 werden wertvolle Mitteilungen zu diesem Kapitel gemacht. Mülhausen besitzt bekanntlich seit einigen Jahren einen in seiner Mehrheit sozialdemokratischen Gemeinderat und dieser beschloß im Januar 1903 die Anstellung von Schulärzten. Auf je 700 bis 800 Schulkinder sollte ein Schularzt kommen; das Honorar ist auf 0,50 M. pro Kind und Jahr festgesetzt.

Ueber die Tätigkeit der Schulärzte berichtet nun der Obmann derselben im Verwaltungsberichte; wir ersehen daraus zugleich die Hauptaufgaben der Aerzte. — Nach der Dienstordnung müssen alle neu in die Schule eintretenden Kinder in den ersten 2 bis 3 Tagen einer Erstuntersuchung unterzogen werden. Dabei wurden im ganzen 43 Kinder (14 Knaben und 29 Mädchen) wegen körperlicher und meist auch geistiger Unreife auf ein Jahr zurückgestellt. Es ist interessant, die Zahlen mit denen anderer Städte zu vergleichen, die ebenfalls eine Erstuntersuchung vornehmen. Für die Erstuntersuchten ergab sich dabei folgende Verteilung auf die Qualitäten in Prozenten aller Kinder:

	Gut	Mittelgut	Schlecht
Frankfurt a. M. (1902) . .	36,9	57,2	5,9
Breslau (1902)	45,4	48,0	6,7
Chemnitz (1902/3)	25,4	69,1	5,5
Brünn (1902/3)	69,5	29,5	0,9
Mülhausen (1903/4) . . .	43,3	30,8	25,8

Die Beurteilung ist sicher nicht so verschieden, daß die schlechten Konstitutionen zwischen 0,9 Proz. und 25,8 Proz. schwanken. Der große Unterschied Mülhausens gegen die anderen Städte liegt wohl hauptsächlich an der anderen Klassifizierung in kräftige, mittelkräftige und schwächliche Kinder. Unter „schwächlich" lassen sich eben noch viele Konstitutionen unterbringen, die durchaus noch nicht schlecht sind.

Die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchungen in Mülhausen sind die genaueren Untersuchungen der Schüler auf ihre allgemeine Körperkonstitution. Es ergab sich, daß unter 100

	kräftige	mittelkräftige	schwächliche
Knaben	43,8	34,2	22,0
Mädchen	32,7	44,5	22,8

waren. Dabei wurden von den 13 Schulärzten 8440 Schulkinder, und zwar 4404 Mädchen und 4036 Knaben untersucht. — Bemerkenswerte Unterschiede ergaben sich nun, wenn man die Zahlen nach Jahrgängen ordnet. Dann ergibt sich die folgende kleine Aufstellung:

	Knaben			Mädchen		
	Kräftig	Mittelkr.	Schwächl.	Kräftig	Mittelkr.	Schwächl.
1. Jahrgang	46,7	28,9	24,3	39,9	32,7	27,2
2. „	45,6	30,9	23,4	35,2	36,0	28,8
3. „	39,9	38,1	21,9	34,7	35,9	29,3
4. „	33,3	40,0	26,6	29,3	50,0	20,7
5. „	39,5	45,1	15,3	26,6	59,3	14,0
6. „	58,0	25,2	16,7	28,9	57,2	13,9
7. „	53,8	41,0	5,1	19,0	76,0	4,9

Im Laufe der Schulzeit zeigt sich also bei den Knaben eine leichte Zunahme der kräftigen Konstitutionen, während bei den Mädchen eine stetige Abnahme zu bemerken ist. Die mittelkräftigen Konstitutionen erfahren bei den Knaben nur eine sehr geringfügige Zunahme, bei den Mädchen eine außerordentlich starke Zu-Zunahme (von 32,7 bis auf 76,0 Proz.); die schwächlichen Konstitutionen bleiben sich in den ersten vier Jahrgängen gleich, in den letzten drei Jahrgängen nehmen sie stetig bis auf 5 Proz. ab. Daß die mittelkräftigen Konstitutionen bei den Mädchen eine so erhebliche Steigerung erfahren, während die kräftigen in ungefähr demselben Maße abnehmen, daß diese Verhältnisse bei den Knaben ungleich günstiger sind, ist wahrscheinlich auf den Umstand zurückzuführen, daß die Knaben durch Turnen, Schwimmen und Bewegung in freier Luft die normale Kräftigung des jugendlichen Körpers erhalten, während bei den Mädchen keine Paralysierung der in der Schulluft verbrachten Stunden durch die genannten Momente eintritt, im Gegenteil eine Summe neuer schädlicher Faktoren hinzukommt durch Verwendung zu häuslichen Arbeiten, Handarbeit, Beaufsichtigung jüngerer Geschwister u. a. m.

Schon bei den Körpermessungen der Kinder fiel die außerordentlich geringe Brustweite der Mädchen und die außerordentlich geringe Fähigkeit, durch tiefes Einatmen den Brustkorb auszudehnen, auf. Aus dieser Kenntnis wird für die Schulhygiene seitens des Obmannes der Mülhausener Schulärzte gefordert, daß die Mädchen zu obligatorischem Turn- und Schwimmunterricht und zu Jugendspielen angehalten werden.

Die Tätigkeit der Schulärzte erstreckt sich auch darauf, erkrankte Kinder den Eltern zur ärztlichen Behandlung zu empfehlen; die Behandlung selbst ist nicht Sache des Schularztes. Die Untersuchung geschieht in besonderen Sprechstunden im Bureau eines Lehrers oder des Schulleiters. Um einen Ueberblick zu geben, in welchem Maße im Laufe der Schulzeit die Erkrankungsquote schwankt, sei sie nach einzelnen Jahrgängen aufgeführt. Zur ärztlichen Behandlung wurden empfohlen im

	Knaben	Mädchen
1. Jahrgang . .	27,9 Proz.	37,3 Proz.
2. „ . .	33,9 „	36,2 „
3. „ . . .	34,8 „	38,5 „
4. „ . . .	65,4 „	50,0 „
5. „ . .	45,7 „	45,7 „
6. „ . .	40,4 „	57,1 „
7. „ . . .	28,2 „	91,8 „

Daraus geht hervor, daß bei den Mädchen eine allmähliche Steigerung der Erkrankungsziffer stattfindet, die der allmählichen Abnahme der kräftigen und der allmählichen Zunahme der mittelkräftigen Konstitutionen entspricht, während umgekehrt bei den Knaben, entsprechend der Zunahme der kräftigen Konstitutionen, gegen das Ende der Schulzeit ein Sinken der Erkrankungsziffer stattfindet. — Leider werden die Empfehlungen zur ärztlichen Behandlung nur in geringem Maße befolgt; im höchsten Falle wurde (1. Jg.) 38 Proz. der Empfehlungen nachgekommen. Ursache dieses ist wohl meist Zeitmangel der Eltern. Ueberhaupt ist interessant, daß sich die zu Anfang erwartete Opposition seitens der Eltern gegenüber den schulärztlichen Untersuchungen nirgends gezeigt hat. Kein Kind wurde in Mülhausen der Untersuchung entzogen, während in Frankfurt a. M. sich im zweiten Jahre des schulärztlichen Dienstes noch 28 Kinder der schulärztlichen Erstuntersuchung entzogen haben. In Fällen, in denen eine Rücksprache mit den Eltern erforderlich schien, sind die Mütter meist mit großer Bereitwilligkeit der Aufforderung gefolgt.

Der Bericht, der von sozialem Verständnis zeugt, berichtet über eine ganze Reihe von Einzelheiten, über das Verhältnis der Schulärzte zum Lehrerkollegium und zum Elternhause, die Abhaltung von Sprechstunden und Revisionen der Klassen, die Untersuchung durch Spezialisten, die hygienischen Einrichtungen der Schulgebäude und deren Handhabung, deren Ueberwachung ebenfalls den Schulärzten obliegt, Krankheitsstatistik usw.

Diese Mitteilungen sind nicht nur von lokalem Interesse; sie beweisen die dringende Notwendigkeit der Ausdehnung des Instituts der Schulärzte auf alle Schulen. Daß eine Zusammendrängung so vieler Menschen wie in den Schulen besondere hygienische Maßregeln erfordert, dürfte wohl klar sein. Wie jede größere Anstalt ihren Arzt hat, müßte das auch bei den Schulen der Fall sein; die paar Tausend Mark Kosten — Mülhausen gab 1903 6152 M. dafür aus — können überhaupt nicht in Frage kommen. F. W.

Straßenreinigungspflicht und Haftpflicht für Unfälle.

In Lichtenberg war ein Passant auf dem Fußwege ausgeglitten und hatte ein Bein gebrochen. Der Fußweg war nicht genügend von Schnee und Eis gereinigt und nicht bestreut. Der Verunglückte verklagte den Besitzer des betreffenden Grundstücks auf Schadenersatz. Der Grundbesitzer bestritt das Bestehen einer Observanz (Uebung) am Orte und ebenso die Rechtsgültigkeit eines Ortsstatuts aus dem Jahre 1873, wonach die Hausbesitzer die Fußwege zu reinigen und zu bestreuen haben. Diese Einwände wurden von den Gerichten anerkannt und der Kläger mit der Schadenklage gegen den Hausbesitzer abgewiesen.

Darauf klagte der Verunglückte gegen die Gemeinde auf Schadenersatz. Zunächst erreichte er auch ein obsiegendes Erkenntnis, schließlich wurde er aber vom Kammergericht auch mit dieser Klage endgiltig abgewiesen.

Das Kammergericht stellte sich auf den Standpunkt, daß die Gemeinde im guten Glauben gewesen sei, es bestehe eine Observanz und ihr Ortsstatut habe rechtliche Wirkung. Es treffe sie deshalb kein Verschulden und somit auch keine Haftpflicht.

Die Prüfung der Frage, ob eine Observanz in Lichtenberg bestehe, habe zur Verneinung der Frage geführt; auch durch Ortsstatut könne den Hausbesitzern die Pflicht der Unterhaltung und Reinigung der Fußwege nicht auferlegt werden. Uebrigens sei die Gemeinde in einem anderen Prozesse bereits rechtskräftig verurteilt worden, ihre Unterhaltungspflicht für die Fußwege anzuerkennen. Das träfe auch auf die Reinigung zu.

Wann dieses andere rechtskräftige Urteil ergangen ist, ist uns nicht bekannt; es muß wohl erst nach dem fraglichen Unfalle ergangen sein, denn sonst könnte das Kammergericht der Gemeinde unmöglich den guten Glauben zuerkennen. Für den Verunglückten ist das indes auf keinen Fall ein Trost; ihm ist es unmöglich gemacht, jemand für seinen Schaden verantwortlich zu machen.

Für die Hausbesitzer hat die Entscheidung das Angenehme, daß sie in Seelenruhe warten können, was die Gemeinde tut. Hoffentlich erläßt sie bald ein geeignetes Ortsstatut, durch das sie die Unterhaltung und Reinigung der Fußwege zwar übernimmt, die Hausbesitzer aber zu den Kosten heranzieht. Jedenfalls wird sie sich im Unterlassungsfalle bei einem künftigen Unglück nicht mehr auf den guten Glauben hinausreden können.

Die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung für die Mitglieder eines Zentralverbandes ist keine öffentliche Angelegenheit gemäß § 1 des Vereinsgesetzes.

Die Ortsgruppe Königshütte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hatte am 8. Dezember 1904 eine Versammlung, in welcher der Bezirksleiter Schlegel aus Breslau über die Einführung der Unterstützung bei Erwerbslosigkeit sprechen sollte. Vorher erfolgten die Neuwahlen der Vertrauensmänner und es wurden Kassenberichte gegeben. Zu dem Schlegelschen Referat, das zugleich die Begründung für eine Erhöhung der Beiträge geben sollte, kam es nicht, da die inzwischen erschienene Polizei es verhinderte, mit Rücksicht darauf, daß die Versammlung nicht polizeilich angemeldet worden war. Die Polizei nahm eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten an. Distel als Leiter der Ortsgruppe, der die Mitglieder eingeladen hatte, wurde deshalb wegen der Unterlassung der polizeilichen Meldung angeklagt und in zweiter Instanz auch vom Landgericht Beuthen zu einer Geldstrafe verurteilt. Es führte aus: Wenn D. meine, es habe sich nicht um öffentliche Angelegenheiten, sondern nur um innere Vereins- und Verbandsangelegenheiten gehandelt, so treffe das nur auf die Wahlen der Vertrauenspersonen und auf den Kassenbericht zu, nicht aber auf den in Aussicht genommenen Vortrag Schlegels. Die Einführung einer Erwerbslosenunterstützung betreffe nicht nur die sozialen Lebensbedingungen der Mitglieder des ganzen großen Metallarbeiter-Verbandes, sondern auch noch darüber hinaus die einer ganzen Gesellschaftsklasse. Mit solchen Einrichtungen greife der Verband in den Bereich der sozialen Gesetzgebung ein, da es sich um Versicherungseinrichtungen größeren Stils handele. Die Erörterung dieser Frage sei eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten. Somit sei, weil eine solche Erörterung bezweckt war (wenn sie auch unterblieb), die Anmeldung nötig gewesen. Distel als Einberufer sei darum auf Grund der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes zu verurteilen.

Das Kammergericht hob indessen am 9. August dies Urteil auf und verwies die Sache noch einmal an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Es sei keine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten, wenn über die Einführung der Unterstützung der Mitglieder des Verbandes gegen Erwerbslosigkeit verhandelt werden sollte, denn diese Angelegenheit gehe nur die Mitglieder des Verbandes an und nicht die Oeffentlichkeit. Es werde nicht in die soziale Gesetzgebung eingegriffen, wenn neben der staatlichen Versicherung eine private Unterstützung der Mitglieder stattfinde. — Es könne aber nicht gleich auf Freisprechung erkannt werden, da auch über „Schutzvorrichtungen" in der Versammlung habe gesprochen werden sollen. Das könne nur so aufgefaßt werden, daß man über Schutzvorrichtungen für alle Metallarbeiter sprechen wollte, nicht bloß für die Mitglieder des Verbandes. Das wären dann öffentliche Angelegenheiten. Hierüber sei noch eine Nachprüfung des Landgerichts erforderlich. Nur wenn besondere Momente festgestellt würden, die ergäben, daß auch diese Angelegenheit nur mit bezug auf den Kreis der Mitglieder erörtert werden sollte, nur dann wäre auch hierin keine öffentliche Angelegenheit zu sehen. Je nach dem Ergebnis dieser Nachprüfung sei auf Freisprechung oder Verurteilung zu erkennen.

Eine Erweiterung der Sonntagsruhe wird von den organisierten Bader- und Friseurgehülfen Nürnbergs erstrebt. Sie reichten bei der Behörde ein Gesuch ein, den Ladenschluß an den Sonntagen auf 1 Uhr mittags festzusetzen, unter besonderer Berufung darauf, daß ihre Arbeitszeit im Durchschnitt wöchentlich 90 Stunden beträgt. Der Polizeisenat befürwortete das Gesuch, obwohl die Meisterinnung unter dem Hinweis auf die „schlechte Geschäftslage" sich dagegen aussprach.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Vergehens gegen das Gesetz betr. Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben war der Gastwirt Wernbach von der Strafkammer des Landgerichts I zu 30 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er in einer neben seinem Schankraume befindlichen Kegelbahn schulpflichtige Kinder als „Kegeljungen" in der Zeit nach 8 Uhr abends beschäftigt hatte. Die Kinderarbeit nach 8 Uhr abends ist nach Maßgabe des Paragraphen 23 des Kinderschutzgesetzes vom 30. März 1903 verboten. Gegen das verurteilende Erkenntnis der Strafkammer legte W. Revision ein, die er damit begründete, daß die „Kegeljungen" nicht in dem Gewerbebetriebe seines Schankgeschäftes, sondern in der daneben liegenden Kegelbahn beschäftigt wurden, die der Verwaltung eines Keglerbundes unterstand. Von dem Kassierer dieser Vereinigung wären die Knaben auch aus der Vereinskasse entlohnt worden. Er selbst habe mit der Beschäftigung der Kegeljungen also gar nichts zu tun. Der erste Strafsenat des Reichsgerichts verwarf jedoch die Revision des Verurteilten kostenpflichtig unter folgender Begründung: Nach § 4 des Kinderschutzgesetzes ist das Kegelaufsetzen durch Kinder an und für sich nicht strafbar, nur wenn dies in dem Betriebe einer Gastwirtschaft geschieht, ist dies straffällig. Wenn auch die Kegelbahn in dem vorliegenden Falle neben dem Gewerbebetriebe des Angeklagten liege, so stelle sie doch einen Bestandteil des Gewerbes dar. Von diesem Gesichtspunkte aus waren die in dem Betriebe der Kegelbahn beschäftigten Knaben auch in dem Betriebe der Schankwirtschaft tätig; indem sie ihre Aufgabe erfüllten, dienten sie dem Nutzen des Schankwirtschaftsbetriebes. Es könne vielleicht in Frage kommen, daß die Knaben in dem vorliegenden Falle nicht vom Wirt, sondern von dem Mieter der Kegelbahn bezahlt würden. Dies schließe aber auch eine Strafbarkeit nicht aus, da nach dem Kinderschutzgesetz sich auch schon derjenige strafbar mache, welcher in seinem Betriebe die Beschäftigung von Kindern dulde, auch wenn diese nicht von ihm selbst, sondern von einem dritten angenommen worden sind. Der Wirt sei für alles verantwortlich, was in seinen Räumen geschieht, speziell wenn er in der Lage ist, eine Verhinderung eintreten zu lassen. Andererseits ist der Wirt auch berechtigt, seinem Mieter die Benutzung der Mietsräume zu gesetzwidrigen Handlungen zu verbieten. Aus diesen Gründen verwarf das Reichsgericht die Revision des Angeklagten, sodaß das Schicksal der „Kegeljungen" endgültig besiegelt ist.

Ein jugendlicher Fahrradmarder wurde gestern in der Person des 15jährigen Arbeitsburschen Karl Kuhlschwager dem Strafrichter vorgeführt. Der jugendliche Tunichtgut ist bereits mit einem Verweis und später mit zwei Wochen Gefängnis wegen Diebstahls verbestraft. — Im Frühjahr d. J. wurden in verschiedenen Stadtteilen von Berlin eine große Anzahl Fahrraddiebstähle verübt. Insbesondere hatte es der Dieb auf die Räder der Hausdiener abgesehen, die geschäftliche Besorgungen gemacht hatten und ihre Räder auf nur kurze Zeit in den Hausfluren unbeaufsichtigt stehen ließen. In der Spandauerstraße wurden an einem Tage drei Räder gestohlen, welche Hausdiener vor dem Hauptpostamt auf nur ganz kurze Zeit unbeaufsichtigt hatten stehen lassen. In der Klosterstraße wurde einem Laufburschen ein Rad gestohlen, welches er erst am Tage vordem von seinen Ersparnissen gekauft hatte. Binnen einer Woche gelangten vierzehn Fahrraddiebstähle, die alle in derselben Gegend verübt worden waren, zur Kenntnis der Kriminalpolizei. Am 11. Mai d. J. hatte der Hausdiener Schwarz in einem Hause der Kaiser Wilhelmstraße zu tun. Er ließ sein Rad in dem Hausflur stehen, blieb aber auf dem ersten Treppenabsatz stehen, weil er beim Betreten des Hauses einen jungen Menschen beobachtet hatte, der ihm in verdächtiger Weise folgte. Schwarz bemerkte, wie dieser mit ziemlicher Schnelligkeit das Rad bestieg und davonfahren wollte. Er lief hinter dem Dieb her und faßte ihn schließlich in der Nähe des Lutherdenkmals. Der Dieb wurde vom Rade heruntergeholt und von mehreren Kutschern und Hausdienern, die sich an der Verfolgung beteiligt hatten, erst windelweich geprügelt und dann der Polizei übergeben. — Vor Gericht bestritt der jugendliche Dieb in mehreren Fällen der Täter gewesen zu sein, während er in acht Fällen geständig war. Da es auch nur in wenigen Fällen gelungen war, den Verbleib der gestohlenen Räder zu ermitteln, hielt der Gerichtshof den Angeklagten auch nur des Diebstahls in acht Fällen für überführt. In Anbetracht der großen Gemeingefährlichkeit der Fahrraddiebe erkannte das Gericht auf ein Jahr Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr neun Monate Gefängnis beantragt. — So gemeingefährlich das Treiben dieses jungen Menschen auch war, sittlich gebessert wird er durch einen einjährigen Aufenthalt im Gefängnis sicher nicht werden.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementsquittung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet: abends 7 Uhr.

— **S. 28.** Wenn Sie trotz wiederholter häufiger Warnungen Ihnen unbekannten Rechtskonsulenten und gar der Vereinigung Vertrauen geschenkt haben, so haben Sie dies Vertrauen nunmehr zu büßen. Ob und wie hohe Gebühren die „Vereinigung" zu verlangen hat, entzieht sich unserer Kenntnis, da jede nähere Angabe über den Interventionsprozeß fehlt. Die Grundsumme von 24 Mark würde einem Prozeßobjekt von 650 bis 900 Mark entsprechen, falls ein Anwalt die Sache vertreten hat, und solche Vertretung war erforderlich. Ob eine wirkliche Vereinbarung über eine Pauschalsumme getroffen ist, ergibt Ihre Sachdarlegung nicht. Wir können Ihnen nur raten, unter Beifügung aller Aktenstücke sich nunmehr an einen Anwalt, zu dem Sie Vertrauen haben, zu wenden. Ihre Darstellung legt die Vermutung nahe, daß ein möglicherweise strafbarer Betrug Ihnen gegenüber geübt ist. — **2. J.** Ja. — **Lichtenberg.** Der Wirt ist im Recht. Schwerlich würde ein Gericht in der gelegentlich eines Streites gefallenen Phrase „Meinethalben können Sie gleich ziehen" und dergleichen eine gültige Einwilligung in Aufhebung des Vertrages erblicken. — **G. B. 2.** Der außereheliche Vater ist zur Zahlung der Entbindungskosten und Alimente verpflichtet und hat keineswegs das Recht, das Kind der Mutter zu nehmen, oder sich zu weigern, Alimente zu zahlen, wenn die Mutter es ablehnt, ihn zu heiraten oder ihn an der Erziehung des Kindes teilnehmen zu lassen. — **A. B. 100.** Kostenerstattung dürfen Sie annehmen, eine Veröffentlichung könnte für Sie und andere unangenehme Folgen haben. Auch vom allgemeinen Standpunkt aus ist davon abzuraten. — **F. P. 300.** Die alten Vereinbarungen sind unverändert geblieben. — **A. H. 10.** Sie unterlassen die Angabe, ob ein schriftlicher Vertrag vorliegt. Liegt ein solcher nicht vor, so kann der Handlungslehrling jederzeit die Lehre verlassen, ohne daß dem Lehrherrn ein Anspruch wegen unbefugten Austritts aus der Lehre zustände. — **Oppelnerstr. 17.** Da der Kutscher es unterlassen hat, sich den Namen des Pfandgebers zu notieren, so bleibt ihm nichts übrig als das Pfand aufzubewahren und zu warten, ob der Betreffende sich melde. — **Charlottenburg.** 1. Nur in Höhe der Strafe und Kosten tritt Beschlagnahme eventuell ein. 2. Nein, in der Regel wird eine Versteigerung im Interesse der Erhaltung des Nachlasses des Erben, dessen Aufenthalt unbekannt ist, liegen. 3. Abreden mit dem Nachlaßpfleger werden zum Ziele führen; ein Recht, Vorkaufsrecht steht den Schwestern nicht zu. 4. Jawohl, das Ausrücken war ein erheblicher Fehler. 5. Abschrift und Einsicht kann den Schwestern durch das Gericht gewährt werden. — **C. G. 5.** Wiederholt haben wir dargelegt, daß wir es grundsätzlich ablehnen, darüber Auskunft zu erteilen, ob wegen bestimmter Straftaten bestimmte Länder ausliefern, weil das Reichsgericht in solcher Ergänzung der Kenntnisse eines anderen Beihülfe zu dem betreffenden Vergehen oder Verbrechen findet. Es steht aber jedem frei, die Auslieferungsverträge selbst durchzustudieren. In der Regel zeugt das Studium der Auslieferungsverträge zwecks Vorbereitung einer Reise ins Ausland von erheblichem Mangel an Charakter und ehrlicher Gesinnung. — **T. K.** Nein. — **Freiburg.** Der Maurerpolier hat in der Regel die rechtliche Stellung eines Werkmeisters. Welche Momente ausschlaggebend sind, finden Sie S. 291, 292 des „Arbeiterrechts". — **F. L. 45. Rixdorf.** Die Wohnung ist von der Kündigung ab Mietslustigen zur Besichtigung zu stellen. Welche Zeit hierfür maßgebend ist, ist in erster Linie Sache der Vereinbarung im Vertrage. Fehlt es dort an einer Bestimmung, so ist die Wohnung zu angemessener Zeit zur Besichtigung zu stellen. Findet auch darüber, was angemessen ist, eine Uebereinkunft nicht statt, so erfolgt auf Anruf einer Partei Entscheidung durch das Gericht. Diese kann auch in einem Schadenersatzprozeß gegen den Mieter herbeigeführt werden. Welche Zeit angemessen ist, wird vom Gericht von Fall zu Fall beurteilt. Für Berlin ist in einigen Prozessen die Zeit von 9—6 des Wochentags, von 9—1 des Sonntags als angemessen erachtet. Können Sie oder einer der Ihrigen zur Besichtigungszeit nicht anwesend sein, so haben Sie (durch Abgabe des Schlüssels, Vereinbarung mit einem Nachbar oder sonstwie) dafür zu sorgen, daß die Wohnung zwecks Besichtigung zur Vermietung zugänglich ist. — **888.** Ja. — **Eilt.** Ihre Schwägerin wäre zahlungspflichtig — doch wo nichts ist, ist nichts zu holen. Das gilt auch gegenüber dem Magistrat und der Krankenhausverwaltung. Magistrat rechnet dann die Nichtzahlung für Krankenhauspflege in Leistung von Armenhülfe um. Durch diese Umdeutung verlöre die Schwägerin ihr politisches Wahlrecht auf die Dauer eines Jahres, wenn sie anderen Geschlechts und an sich wahlberechtigt wäre. Der einzige Rat, den Sie Ihrer Schwägerin erteilen können, ist der, daß sie sich nicht etwa unterschriftlich verpflichtet, später Erstattungen zu leisten. — **Zimmerlinde 6.** Abweisung des Anzugs (resp. Ausweisung des Neuangezogenen) kann in Ihrem Falle erfolgen, ist aber höchst unwahrscheinlich und wäre im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens mit hoher Aussicht auf Erfolg zu bekämpfen. — **P. St. 100.** Sie müssen sich an Ihre Polizeibehörde wenden. — **W. R. 26.** Chambregarnisten, Schlafleute und alle jene leichten Weltbürger, die ihre gesamte Habe stets bei sich zu führen vermögen, unterliegen denselben Mietsregeln wie das seßhaftere Volk. Schließen diese städtischen Wanderer von Bude zu Bude, entgegen ihrem ökonomischen Bedürfnis und ihrer ruhelosen Unzufriedenheit mit Zellen jeglicher Art, einen schriftlichen Mietsvertrag oder vereinbaren sie besondere Bedingungen über die Länge der Budenbenutzung usw., so sind diese Vereinbarungen maßgebend. Sind Vereinbarungen nicht getroffen, und das ist die Regel, so hängt die Möglichkeit, mit Sack und Pack, entbehrlichem und unentbehrlichem Krimskrams, ohne pekuniäre Verpflichtungen gegen die Schlafväter oder Schlafmütter ziehen zu dürfen, davon ab, auf welche Zeit der Mietszins bemessen war. War der Mietszins ein vierteljährlicher, so hat der Mieter oder Schlafleute am 3. Tage des ersten Monats im Quartal zum Quartalsschluß seine Stätte aufzusagen. Wurde der Mietszins nach Monaten bemessen, so kann er bis spätestens am 15. zum Schluß des Monats kündigen. Ist der Miets- oder Betriebszins nach Wochen bemessen, so ist die Kündigung am ersten Werktage der Woche für den Schluß der Woche auszusprechen. Ist diese Frist gewahrt (dieselbe hat der Vermieter einzuhalten), so kann der Einmieter mitsamt allen entbehrlichen Dingen, so er solche hat, einer anderen Schlaffamilie sich anschließen. — **E. F. 1890.** Nein. — **E. B. 95.** Ja. — **1001.** Die Verjährungsfrist für Lohnforderungen eines gewerblichen Arbeiters beträgt zwei Jahre (s. „Arbeiterrecht" S. 202—204). Innerhalb der Verjährungsfrist ist sie (in der Regel beim Gewerbegericht) geltend zu machen. Ob in Ihrem Fall eine Aussicht auf Erfolg besteht und ob ein Gewerbegericht zuständig ist, ist mangels jeglicher Detaillierung, wann, wo, wie, wofür die Forderung entstanden ist und weshalb sie noch nicht geltend gemacht ist, nicht zu beantworten. Wiederholt müssen wir im Interesse der Fragesteller ersuchen, Verallgemeinerungen zu unterlassen, den die Fragesteller betreffenden Fall detailliert zu schildern und daran die interessierenden Fragen zu knüpfen. — **B. M. 39.** Kommt eine Einigung darüber, was angemessene Zeit zum Aufsuchen einer Arbeitsgelegenheit ist, nicht zustande, so müssen Sie das Gericht entscheiden lassen. — **W. Sch. 11.** Liegt ein Testament vor, so ist das für die Erbfolge maßgebend. Fehlt es an einem Testament, so kommt die gesetzliche Erbfolge in Anwendung, deren Grundsätze Sie S. 82—84 des dem „Arbeiterrecht" beigefügten Führers dargelegt finden. Ihr älterer Bruder wurde von seiner Frau und seinem Kinde (oder waren mehr Kinder vorhanden) beerbt. Eine weitere Erbschaft an seinem Nachlaß gibt es nicht. Die Tochter Ihres Bruders, die nach ihrem Vater starb, war (mangels eines Testaments) von ihrer Mutter und ihren Geschwistern zu beerben. Waren Geschwister nicht vorhanden, so erbt die Mutter allein. (§ 1925 Bürgerliches Gesetzbuch.) Welcher Fall zutrifft und ob in Ihren Mitteilungen nicht erhebliche Umstände unerwähnt geblieben sind, läßt sich nicht ersehen. In allen erbrechtlichen Angelegenheiten empfiehlt sich mündliche Rücksprache oder genaueste Darlegung des Sachverhalts unter Beifügung etwaiger Aktenstücke. — **W. T. 100.** 1. Ist Ihre Frau minderjährig, so ist der Vertrag ungültig, alles zurückzugewähren. Ist Ihre Frau 1092 Wochen alt oder älter, so ist der Vertrag für Ihre Frau gültig, es sei denn, sie könnte den schwierigen Nachweis führen, daß sie betrogen ist. 2. Für sie erwachsen aus dem seitens Ihrer Frau geschlossenen Vertrag keinerlei Verpflichtungen. 3. Gewiß hätte Ihre Frau den unendlich häufig im „Vorwärts" erfolgten Warnungen vor Bestellungen von Waren auf Abzahlung folgen sollen. Aber nun hat sich doch mal Ihre Frau wie viele andere verleiten lassen, um Ihnen und sich eine Freude zu bereiten, Sie auf einem „wundervollen, künstlerischen, porträtähnlichen" „Bild" verewigen zu lassen. Kommt dies Kunstwerk an, so wird sich freilich Ihre Frau darüber wundern, wie unähnlich Sie dem Ding sind und wie schauderhaft die „Kunst" mißhandelt ist. Erschweren Sie ihr diese Strafe nicht; Ihre Frau hat gegen ihren Willen in einem Punkte nicht unrecht: je länger sie den Mann an der Wand betrachten wird, desto lebhafter wird Ihre Freude darüber sein, daß Sie Ihren Kopf behalten haben. Vielleicht hilft gegen eine spätere Klage übrigens der Einwand, daß der Mann an der Wand auf strafbarem Wege zustande gekommen ist. Dieser Einwand hängt mit Ihrer Frage zusammen, ob der „Künstler" trotz Ihres Einspruches die Photographie vorab behalten darf usw. 4. Die Frage, inwieweit heute jemand ein Recht an seinem eigenen Bilde hat, ist außerordentlich umstritten. Nach Lage der Gesetzgebung ist wohl folgende Antwort am zutreffendsten: Eine Person ohne deren Einwilligung zu photographieren ist unerlaubt, auch wenn behördliche Organe oder Amateure die Knipsenden sind. Darin ist die Rechtsprechung fast einig, daß der Verkauf solch unerlaubt aufgenommener Photographien eine strafbare Handlung, der Vertrag über solchen Verkauf also ein nichtiger ist. Dieselbe Rechtslage trifft auf die Fälle zu, in denen jemand auf Grund einer Photographie ein „Gemälde", ein „Kunstwerk", eine „kunstwerkähnliche Vergrößerung" und dergleichen herzustellen verspricht. Ihre Frau konnte so lange als Ihre Vertreterin erachtet werden, bis Sie widerriefen, ausdrücklich Rückgabe der Photographie verlangten und Herstellung des „Bildes" untersagten. Sollte letzteres noch nicht erfolgt sein, so holen Sie es nach. „Malt" oder „zeichnet" der Rahmenverkäufer trotz Ihres Verbotes Ihren Kopf, so macht er sich nach zutreffender Ansicht strafbar. Sie können dann bei der Staatsanwaltschaft Bestrafung wegen Verstoßes gegen das Photographiegesetz und Einziehung Ihres angeblichen Kopfes verlangen. Aehnlich könnte Ihre Frau in einem gegen Sie auf Zahlung gerichteten oder von ihr auf Rückzahlung der Anzahlung und Rückgabe der Photographie anzustellenden Zivilprozesse die Richtigkeit des von ihr geschlossenen Vertrages darlegen. — **S. S. 83.** Die Verbreitung sozialdemokratischer Flugblätter ist eine sehr nützliche und der Allgemeinheit notwendige Arbeit. Die Verbreitung geht die Polizei gar nichts an, es sei denn, daß die Art der Verbreitung den unendlich häufig betonten Regeln zuwider unternommen ist oder daß die Polizei die Verpflichtung in sich fühlt, den Inhalt der Flugblätter Leuten zugänglich zu machen, die in so tiefem Aktenstaub eingehüllt sitzen, daß sie von den sozialdemokratischen Flugblattverbreitern übersehen wurden. Was geht denn die dortige Polizei die Frage an, ob Ihre Lehrlinge Flugblätter verbreitet haben? Die Anzeige habe sich, meinen Sie, als unbegründet herausgestellt; ob Sie nunmehr gegen den Anzeigenden vorgehen können. Aber weshalb denn? Halten Sie denn Flugblattverbreitung für etwas nicht Verdienstvolles, oder wollen Sie von Aktenstaubbündel verseuchten Streblingen das Gegenteil in Urteilsform aussprechen lassen? Richtiger ist es, Ihre Lehrlinge ein für alle Male dahin zu instruieren: beschuldigt Euch die Polizei in irgend einer Weise, so habt Ihr das Recht, jegliche Aussage abzulehnen und macht davon stets Gebrauch, im übrigen verbreitet fleißig Flugblätter. — **W. M. W.** Ihre Fragen sind sämtlich zu bejahen. — **A. T. G. 36.** 1. Nein. Sie haben als Arbeiterin ¾ des Krankenkassenbeitrages (das wäre in Ihrem Falle 34 Pfg.) zu zahlen. Ist mehr abgezogen, so verlangen Sie Rückzahlung und bringen ihn zur Anzeige. 2. Die Scheibe müssen Sie ersetzen. — **O. B. 11.** Die Kläger (welche das sind, muß das Urteil ergeben) müssen gerichtlich oder notariell ihr Recht übertragen und die Uebertragung dann in einer Vollstreckungsklausel vermerkt werden. Soweit Ihre Darstellung ersehen läßt, lohnt sich dieser umständliche Weg nicht. Vielmehr genügt es, daß der Auftrag zur Vollstreckung erteilt werde. Im Urteil ist wohl der Verein schwerlich als Kläger aufgeführt. — **A. P. 28.** Falls Ihr Vertrag nicht das Gegenteil besagt, der Wirt. — **A. R. 25.** Die Versicherungsanstalt ist berechtigt, nicht verpflichtet, Versicherungspflichtige auf Antrag einer Heilanstalt zu überweisen.

Raucht Vineta No. 8

beste 2 Pf.-Zigarette!

3861L*

W. Zapel

Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.

Größtes Spezial-Geschäft für Seiden- und Filz-Hüte.

Lager in Schirmen und Mützen. [3844U*

Augen auf!

Wir empfehlen:
1 Posten getragene Herren-Paletots
1 Posten getragene Herren-Anzüge
1 Posten getragene Hosen
1 Posten getragene Gehröcke u. Rockanzüge
von den feinsten Herrschaften und Kavalieren. Nur kurze Zeit getragene Monatssachen **spottbillig.**

Zugleich machen wir auf unsere Abteilung **neuer** Garderobe aufmerksam.

J. Wand, Herren u. Knaben-Garderoben

Hauptgeschäft: Chausseestr. 80 a.
2. Geschäft: Prinzenstr. 17, a. d. Wasserthorstr.
3. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 116, a. d. Andreasstr.

Wenn Sie etwas **Gutes rauchen wollen,** verlangen Sie überall

„Leony-Zigaretten".

Beste Marke der Neuzeit. In vielen Geschäften bereits eingeführt.

Zigaretten-Fabrik „Maxim Gorki", Artilleriestraße 29.

P. S. Fabrik verkauft nur an Wiederverkäufer. 4495*

Anerkannt sehr leistungsfähig

ist die Firma

Gebrüder Rauh Gräfrath

bei Solingen.

Stahlwarenfabrik Versandhaus 1. Ranges 280/9*

Nachstehende Gegenstände versenden wir **30 Tage auf Probe!**

Jedes Stück wird einzeln abgegeben u. franko versandt.

5 JAHRE Garantie Rasiermesser.

Für jeden Bart passend, aus prima engl. Silberstahl geschmiedet, fein hohl geschliffen und gebrauchsfertig abgezogen.

Garantieschein: Nichtgefallende Waren tauschen wir bereitwilligst um od. zahlen Betrag zurück.

BRILLANT FABRIK-MARKE

Abbildung ½ natürl. Größe.

Rasiermesser No. 200 = ½ hohlp. St. M. 1,50 frk.
„ „ 201 = ¾ „ „ „ „ 2,15 „
„ „ 202 = 1/1 „ „ „ „ 2,50 „

Sicherheits-Rasiermesser „BRILLANT"

mit Schutzvorrichtung für Ungeübte (Verletzung unmöglich) per Stück **2,50** Mk. franko.

Rasierpinsel No. 710 pr. St. 0,40 M.
Rasiernapf „ 704 „ „ 0,40 „
Streichriemen „ 1420 „ „ 1,00 „

Für Eingravieren jedes beliebigen Namens in die Klinge eines Rasiermessers, fein vergoldet und verziert, berechnen wir nur **10 Pfennig.**

Versand unter Nachnahme oder gegen Vorauszahlung des Betrages.

No. 1600. Hochfeine kräftige

Herren-Nickel-Uhrkette

ganze Länge 27 cm. unter Garantie stets weißbleibend, mit Glücksanhänger (Perlmutt mit Emaille-Kleeblatt) modernes Fasson zum Preise von nur

1,40 Mk.

per Stück franko.

Abbildung ca. ½ natürl. Größe.

Umsonst und portofrei ohne Kaufzwang versenden wir auf Wunsch an jedermann unseren neuesten illustrierten **Pracht-Katalog** über 5000 Gegenstände enthaltend, und zwar: alle Arten Solinger Stahlwaren, Haus- u. Küchengeräte, Werkzeuge, Luxusartikel, Waffen, optische Waren, Bijouterie-, Gold- u. Silberwaren, Uhren, Lederwaren, Pfeifen, Zigarren, Stöcke, Schirme, Musikinstrumente, Kinderspielwaren und viele andere Artikel in größter Auswahl.

No. 1604. **Dieselbe Uhrkette** wie No. 1600, aber statt mit Glücksanhänger mit nebenstehend abgebildetem **Medaillon-Anhänger,** welcher inwendig einen **Kautschukstempel enthält,** der mit beliebiger **Inschrift nach Angabe** jedes Käufers extra angefertigt wird. Preis der Uhrkette mit Medaillon, einschließlich fertig. Stempel, Farbkissen, Farbe und Pinsel

nur Mk. 2,20 franko.

Wir bemerken noch, daß **nur elegante, gediegene und preiswürdige Ware** zum Versand kommt. **Ueber 5000 lobende Anerkennungsschreiben bestätigen Güte und Qualität unserer Waren.**

So schreibt Herr Schulz unaufgefordert: „Da ich von der Firma vor 6 Jahren ein Rasiermesser bezogen habe und selbiges sich bis jetzt gut bewährt, bitte ich, mir im Auftrage meiner Bekanntschaft 3 Rasiermesser senden zu wollen im Preise bis zu 2,50 Mk.
(gez.) Schulz, Werkführer.

Bei grösseren Sammel-Aufträgen Extra-Vergünstigungen.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die **Lederhose Herkules** tragen. Allein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Haltbarste Pilot-Taschen. Große Flicken umsonst. Die Hose

bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk. **4 Mk. 50**

Manchester-Hose Marke Gambrinus, Zwirnkette . . . 5 M. 50
Gefüttert. Manchest.-Jackett 14,50 8,75
Echtblaues Monteur-Jackett 1 M. 90
Echtblaue Monteur-Hose . . 1 M. 50
Echtblaues Monteur-Jackett Prima Köper-Gewebe . . 2 M. 50
Echtblaue Monteur-Hose Prima Köper-Gewebe . . 2 M. 10
Manchester-Hose 9,—, 5,50, 4,50, 3 M. 50
Weiße Friseur-Jacketts 3,50, 2 M. 75
Konditor-Jacken, Dreißig . . . 4 M. 50
Maler-Kittel . . . 3,—, 2,50, 2 M. 25
Mechaniker-Kittel (drann) 3,—, 2 M. 40
Weiße Leder-Jacketts, Dreißig 7,50, 3 M. 75
Weiße Lederhosen . . . 4,50, 2 M. 90
Nesselreiniger-Anzüge, blau, nach Vorschrift . . . . . 5 M. 50
Die Preise gelten für normale Größen

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chausseestr. 24a/25. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.

Das 25. Haupt-Preisbuch 1905 wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Kitteln die Brustweite anzugeben. 3615U*

— Versand von 20 M. an franco. —

Nachdruck verboten!

Dr. Simmel,

Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 21/10*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 9—4.

Köpenick.

Echten alten Kottbuser Korn zu haben bei **Aug. Tauchert,** Gastwirt, Müggelheimerstr. 4. 3619U*

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: **5 Pfennig.** Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 251/19*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Große Frankfurterstraße 56, Skalitzerstraße 40. 7009*

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Andreasstraße 38. 7088*

Bierverlag krankheitshalber verkäuflich. Näheres Salomon, Charlottenburg, Bismarckstraße 19, Zigarrengeschäft. 6129

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgesetzte, spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 3995

Orchestrion, großes gediegenes, vermietet, verkauft billigst Tiesmar, Badstraße 42/43. 5435*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergütet bis 10,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Woche 1,00. Postkarte. Brauser, Zorndorferstr. 50. †42*

Monatsanzüge von 6,00 an, Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, auch für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, sowie aus Pfandleihen verfallene Sachen. Naß, Mulackstraße 14. 571b*

Betten, Stand 11,00, zweischläfrig 16 Mark, Pfandleihe Gubenerstr. 3. *

Schankgeschäft, Garten und Kegelbahn zu verkaufen. Britz, Rudowerstraße 65. †121*

Restauration verkauft wegen Krankheit des Mannes Büschingstraße 7. 6145*

Fahrrad-Gelegenheitskäufe, neue und wenig gebrauchte, auch Teilzahlung, Große Frankfurterstraße 14. *

Tandem, sehr gut erhalten, Aufgabehalber ganz billig Große Frankfurterstraße 14, Hof geradezu. †43*

Hochelegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. *

Kostümröcke von 2 Mark, Seidenblusen, Wollblusen, Waschblusen von 1 Mark an, Spezialfabrik Blumenstraße 9. 23/3*

Wasch- und Wringmaschinen, beste Qualität, billigste Preise. Bei Anzahlung kulante Bedingungen. E. Bellmann, Gollnowstraße 29, nahe der Landsbergerstraße. 6708*

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/1 Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl. Qualität entscheidet. Porter-Kellerei Ringler, Bernauerstraße 119. 715R*

Gaskocherhaus! Zweiflochgaskocher! 3,00. Dreiflochgaskocher! Gasbratöfen! 6,00. Gasbügelapparat! Gasplätteisen! spottbillig! Petroleumkocher! zweiflammig 2,00. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. (Beleuchtungshaus!) 692R*

Herrenanzüge, Ueberzieher, wenig getragene Monatsgarderobe von 5 Mark an, große Auswahl, für jede Figur, auch neue, elegante, nicht abgeholte Maßsachen kauft man am billigsten aus erster Quelle direkt nur beim Schneidermeister Fürstenzell, Rosenthalerstraße 15, III. Kein Laden! [253/8*

Kanarienroller spottbillig Schloßplatz 2. 23/19*

Möbelverkauf in meiner Möbelfabrik Wallstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgesetzte und vertiefen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderspind, Vertiko 27,00, Ausziehtisch 16, Muschelbettstelle mit Federmatratze und Kissen 36, Taschensofa 50, Paneelsofa 70, Waschtoilette 20, Ruhebett 25, ganze Einrichtungen billigst. Transport frei. 24/2*

Kolonie Alpenberge bei Buch. Rute 12,50 Mark an, am Schwanebecker Wald großartig gelegen, Aussicht über Röntgental, größte Zukunft, verkauft nur noch kurze Zeit, zwanzig Pfennigtour bis Buch, dann durchs Dorf ganz gerade aus bis zur Alm, ich oder mein Vertreter anwesend. August Joers, Schlächtermeister, Berlin W., Joachimsthalerstraße 35. 6305*

Fräulein verkauft elegante Salongarnitur 70,00, Kleiderschrank, Vertiko, Plüschsofa 45,00, Muschelbettstellen, Trumeau 45,00, Stores 4,00, Bilder, Uhr, Verschiedenes. Köpenickerstraße 39a I. 626b

Kleiderschrank, Vertiko, Plüschsofa, Bettstellen, Säulentrumeau, Schreibtisch, Kommode, Spiegelspind, Muschelspiegel, Ausziehtisch, Walzenstühle, Nußbaumpiano, Regulator, Bilder, Gaskrone, Kücheneinrichtung verkauft spottbillig Schuhmann, Waldemarstraße 27, I. 627b

Grünkramgeschäft für 600 Mark mit Rolle zu verkaufen Demminerstraße 28. †99

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Für Kauf oder Nachweis vergütet bis 10,00. Postkarte genügt. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60. *

Friedrichshagen! Drei billige Hausgrundstücke bei geringer Anzahlung verkäuflich. Bauparzellen in günstiger Lage sehr preiswert. Näheres Beck, Friedrichshagen, Kirchstraße 3. Sonntag vormittags. 727R*

Restauration krankheitshalber billig zu verkaufen Drontheimerstraße 18. *

Gartenlokal, herrlich am Wasser, schöne Winterräume, tadelloses Inventar, wegen Krankheit des Besitzers sofort verkäuflich. Preis 2500, Anzahlung 1700. Nieder-Schöneweide, Hasselwerderstraße 6. 631b

Sprechende Graupapageien, Doppelgeldköpfe, Blaustirnamazonen, Kanarienroller, auch Tausch. Grundmann, Gastwirt, Kommandantenstraße 52. *

Möbeleinrichtung, bestehend angefertigt, Küche hellolin, wegen Verlobungsaufhebung billig verkäuflich Tischlerei Admiralstraße 7. 6355*

Kinderbettstelle verkauft Pranschke, Adalbertstraße 27, Hof parterre. 6196

Pianino (goldgraviert) 100,—, kein Tafelklavier, Turmstraße 8, parterre. 24/3

Flottgehendes Eckrestaurant. Zu erfragen bei Otto Fischer, Beusselstraße 66. †75*

Ein Kinderwagen (Gummi) zu verkaufen. Pachnicke, Boxhagenerstraße 33. †43

Zigarrengeschäft verkäuflich, Langestraße 108. 6335*

Verschiedenes.

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 706R*

Aufpolsterung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch außerm Hause. Bachmann, Andreasstraße 38. 707R*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Vereinszimmer, großes, zu vergeben, auch zu Zahlstellen 2c. Lambrecht, Lychenerstraße 2/3. †50*

Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57 (Moritzplatz). Rat in Patentsachen. 5325*

Fahrräderreparaturen. Fahrradzubehör sehr billig Große Frankfurterstraße 14. †43*

Fahrräderverleihung. Einsitzer 4,00, Zweisitzer 6,00, Dreisitzer 9,00. Große Frankfurterstraße 14. †43*

Vereinszimmer 25, 40, Saal 150 Personen, Pianino, zwei Kegelbahnen, vergibt Ladewig, Alte Jakobstraße 83. 655R*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futterstoffen 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9 (Ballisadenstraße). 23/5*

Tangesbrüder werden gesucht Frankfurter Allee 16, Restaurant. Sonntags 10 Uhr Konferenz. 24/5*

Vermietungen.

Laden mit Wohnung, seit acht Jahren Gemüsegeschäft, zu vermieten, eventuell Hausreinigung. Pintschstraße 4. †42*

Wohnungen.

Hermannstraße 62, Rixdorf, zwei Zimmer mit Balkon und Ein-Zimmer-Wohnungen billigst im neuerbauten Hause. 703R*

Soldinerstraße 16. Wohnungen von 1—2 Zimmer zum 1. Oktober zu vermieten. †43*

Oudenarderstraße 36, 38 sofort und 1. Oktober billige kleine Wohnungen. Näheres Wirt Nr. 37.

Zwei Stuben und Küche zu 33,30 Mark, Soldinerstraße 8 und 10. 107R*

Kleinwohnungen, gesunde, allerbilligst, sofort, später. Rixdorf: Kopfstraße 15, Wanzlickstraße 12 (Hermannplatz). 22/13*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, 10,00, Herrn. Prinzenstraße 107, vorn IV, Winter.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Fliesenleger für Wandbekleidung verlangt Pflüger, Steinmetzstraße 36.

Sandbläserei sucht tüchtigen Zeichner, zugleich Schablonenschneider auf Grabplatten. Für tüchtige Kraft dauernde Stellung. Strausbergerstraße 36. 6065*

Schlosserlehrling verlangt Wilke u. Engwer, Kunstschmiede, Wilhelmshavenerstraße 16. †75*

Marmorsteinmetz (Versetzer) verlangt Daniel, Mariendorf, Feldstraße.

Vorzeichner, Schlosser, Arbeiter, tüchtige, für Eisenkonstruktionen sucht A. Druckenmüller, G. m. b. H., Schöneberg, Tempelhofer Weg 46/47. 6155

Tüchtigen Pappenzuschneider an der Rollschere sucht Kartonfabrik Immanuelkirchstraße 3/4. 616b

Malergehülfen, selbständige Arbeiter für Bauten, nur solche; Sonntags von 10—12, bei Schulz, Malermeister, Weißensee, König-Chaussee 61b.

Vier Steinmetzen auf Marmor. Weißensee, Schönstraße 11. †124

Korbmacher finden auf längere Zeit Beschäftigung. Calm u. Ahlfeld in Bernburg. 730R

Näherinnen für Männer-Barchenthemden verlangt Wertheim, Molkenmarkt 10. 6328

Versilberinnen verlangt A. Werkmeister, Schmidstraße 8a. 6025*

Zeitungsfrauen werden verlangt. Meldungen vormittags 9—12, Prinzenstraße 41. 23/10*

Lehrdamen, achtlägige Lehrzeit, nachher Weiterarbeit, Kostümröcke, Blusen, Blumenstraße 9. 23/4*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Schlosser zum Schloßeinpassen und auf Gitterbau sucht **H. Klemme,** Friedenau. 6295

Anlegerinnen u. Bogenfängerinnen für Steindruck, größtes Format, sofort verlangt bei dauernder Beschäftigung, guten Lohn, **nur geübte Kräfte. Schöneberg,** Feurigstr. 65.

Gewerkschaftssekretär-Gesuch.

Das Gewerkschaftskartell Hannover-Linden sucht für den Posten eines **Gewerkschaftssekretärs** eine eingearbeitete Kraft. Antritt 1. Januar 1906, mit einem Anfangsgehalt von 2000 M. — Einschlägige Kenntnis auf dem Gebiete der Sozialpolitik ist neben organisatorischen Fähigkeiten Vorbedingung. Den Bewerbungen ist die Angabe der bisherigen Tätigkeit und eine kurze Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftssekretärs beizufügen.

Bewerbungen sind bis spätens den 30. August d. J. an das Arbeitersekretariat Hannover, Artilleriestr. 13, unter der Aufschrift: „Gewerkschaftssekretär" zu richten.

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells Hannover-Linden
gez. **Fr. Fenske.** 292/12*

Tüchtige Ofenbauer

auf Unterzugsöfen

gesucht unter Angabe der genauen Lohnansprüche und wie lange und bei wem in Stellung. Diskretion zugesichert. Offerten unter **L. P. 4156** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.** 24/1*

Achtung, Kürschner!

Wir geben gegenwärtig **nur diejenigen gesperrten Firmen** bekannt, die **Werkstätten im Hause** haben. Damit sind gleichzeitig **sämtliche Werkstätten** derjenigen **Hausindustriellen** gesperrt, die für diese Fabrikanten arbeiten.

Gebr. Breslauer, Niederwallstr. 21.
B. Engel u. Co., Spittelmarkt 8/10.
Höhr, Kommandantenstr. 58.
A. Wolf, Poststr. 7.
H. Wolf, Burgstr. 29.
Jacob u. Bräutigam, Markgrafenstr. 58.
B. Manheimer, Oberwallstraße 7.
Bär u. Salomon, Hausvogteiplatz 12.
D. Lewin, Hausvogteiplatz 13. Werkstatt: Niederwallstr. 15.
Eisner u. Meisl, Kurstr. 15.
Joka u. Co., Kurstr. 32.
R. Maaßen, Ecke Oranienplatz.
Mayer u. Co., Kommandantenstraße Nr. 76/78.
Hermann Engel, Landsbergerstr. 87.
Geisler u. Cramer, Grünstr. 16.
Wilh. Reinicke, Neue Friedrichstr. 9/10.
Freistadt u. Co., Oranienburgerstr. 2.
Goldstein u. Sohn, Alexanderstr. 22.
Wagner u. Co., Jüdenstr. 11.
J. Landsberger, Niederwallstr. 10.
Salbach, Unter den Linden 67.
Stiller, Kronenstr. 58.
Herzby, Nachfg. Naumann, Jerusalemerstraße 26.
Rosenthal u. Jacobsohn, Taubenstr. 23.
Leonhardt, Pappel-Allee 3/4.

Alle Anfragen betreffs des Streiks sind an unser gemeinsames Streikbureau, Mendelssohnstraße 9, zu richten. 102/17*

Der Vorstand des Deutschen Kürschner-Verbandes (Zahlstelle Berlin).
Der Vorstand des Verbandes der Kürschner Berlins und Umgegend.

Achtung! Kleber!

Die Firma **L. Gronau,** Marburgerstr. 3, ist **gesperrt.**

In Betracht kommen vorläufig folgende Bauten: Friedenau, Kaiser-Allee 102, Rembrandtstr. 17; ferner die Bauten der Firma **Otto,** und zwar: Christianiastr. 114, Schönhauser Allee 131, Carmen Sylvastr. 157/158.

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Aus der Frauenbewegung.

Schöneberg. Der Verein für Frauen und Mädchen von Schöneberg und Umgegend feiert heute sein fünftes Stiftungsfest in Obsts Festsälen, Meiningerstr. 8. Wir hoffen, daß die Mitglieder sich recht rege daran beteiligen. Freunde und Gönner des Vereins sind uns willkommen. Kinder in Begleitung Erwachsener haben freien Zutritt. Billetts sind zu haben bei Frau Lehnert, Prinz Georgstr. 4; Frau Arndt, Gothenstr. 35; Frau Bäumler, Martin Lutherstr 51; Frau Heide, Goltzstr. 28. Der Vorstand.

Sitzung haben Sonnabend:

Deutscher Arbeiterverein Brüssel. Verkehrs- und Vereinslokal Maison du peuple.

Bund der sozialdemokratischen Lese- und Diskutierklubs. Zuschriften sind zu richten an den Bundesvorsitzenden Adolf Buhl, N. 58, Lychenerstr. 133. „Freie Zusammenkunft" jeden Sonnabend im Gewerkschaftshause, Zimmer Nr. 16, 2 Tr.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Albert Liebetrau, Berlin, Putbuserstraße 15, IV. „Pfälzer", Schuldt, Putbuserstr. 25. — „Freie Allianz", Fritsch, Drontheimerstr. 1 c. — „Guter Zug", Fleischer, Buchholzerstr. 5. — „Wilde Rose", Seifert, Weißensee, Lichtenbergerstraße 15. — „Angler I", Dillenberger, Zimmerstraße 59. — „Fortuna", Lehmann, Stolpbrück-Rüdersdorf. — „Alter Stamm I", Freland, Rowawes, Karlstraße. — „Havana II", Godglück, Rowawes, Priesterstraße 31. — „Guter Tabak", Pickenhagen, Teltow, Berlinerstraße 4. — „Glück auf", Grewe, Rüdersdorf, Heinichstraße 19. — „Weichseldust I", Rotenburg, Stargarderstraße 17. — „Pappel", Hahn, Buchholzerstraße 1. — „Gemütlichkeit V", Mier, Hennickendorf, Kirchplatz. — „Havana I", Pflug, Rixdorf, Juliusstr. 59. — „Blauer Dampf", Doye, Müllerstraße 82a. — „Einigkeit III", Hentze, Herzfelde, Hauptstr. 56. — „Berolina", Kubsch, Teltow, Hoher Steinweg 41 (alle 14 Tage). — „Grüne Rose", Kube, Friedenstraße 91. — „Hoffnung", Krause, Weißensee, Pistoriusstraße Nr. 39. — „Einsiedler", Hübener, Weißensee, Charlottenburger- und Wilhelmstraßen-Ecke. — „Grüne Eiche II", Schmidt, Rixdorf, Bergstr. 84. — „Waldmeister", Barsch, Tasdorf. — „Gemütlichkeit VI", Knobloch, Charlottenburg, Bismarckstr. 23. — „Nordpol", Rückfort, Hennigsdorferstr. 11. — „Verstopfte Pfeife", Lobeda, Winsstr. 59.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität". Gau 9 (Provinz Brandenburg). Alle Zuschriften und Anfragen sind zu richten an den Gauvorsitzenden Karl Fischer, Waldstr. 8. Berlin, „Hoffnung" nach dem 15. bei Wichmann. — Biesenthal, „Wanderlust" nach dem 1. und 15. Gasthof „Zur Sonne", Grünstr. 8. — Brindorf, „Wanderlust" nach dem 15. bei Rontke. — Christianenstadt, „Frisch auf" nach dem 1. bei Fiedler. — Drewitz bei Potsdam, „Freiweg" jeden dritten Sonnabend bei Publmann. — Eberswalde, „Vorwärts" vor dem 15. „Zur Mühle", Eichwerderstraße. — Forst i. L., A. R. V. nach dem 1. im Gesellschaftshaus. — Freienwalde a. O. „Edelweiß" nach dem 1. bei Voigt, Eberswalderstr. 7. — Giesenbrügge, Kr. Soldin, A. R. V. nach dem 1. bei Döbler in Adamsdorf. — Groß-Besten, „Frisch auf" nach dem 15. bei Ww. Rodominsky. — Guben, „Frisch auf" vor dem 1. und 15. bei Bruder, Friedens-Allee. — Ketzin a. H., „Vorwärts" nach dem 15. bei Klemm, Königstr. 16. — Kirchhain N.-L., „Freie Radler" vor dem 15. bei Wilde, Gerberstr. 44. — Kl. Schönebeck, „Schwalbe" vor dem 1. und 15. bei Babel in Schöneiche. — Lichterfelde, Kreis Ober-Barnim, „Maiengruß" nach dem 1. und 15. bei Lindenberg. — Marienfelde, A. R. V. nach dem 1. und 15. bei Staffel. — Michelsdorf, „Frisch auf" nach dem 1. bei Bunge. — Mittenwalde, „Blitz", jeden letzten Sonnabend bei Schmidt „Zum Kronprinzen". — Nauen, „Vorwärts", jeden zweiten Sonnabend im Schützenhaus. — Neu-Zittau, „Hoffnung" nach dem 1. bei Kunzhals. — Saarmund, „Frei weg" bei Hildebrandt. — Scharfenbrück bei Erkner, „Wanderlust" vor dem 15. bei Großkopf. — Schwiebus, „Vorwärts", jeden letzten Sonnabend bei Bölke. — Seddin bei Beelitz, „Grüne Eiche" vor dem 1. bei Kaltenbach. — Seifersdorf, „Wanderlust" nach dem 1. bei Schober. — Slamen bei Spremberg, „Vorwärts" letzten Sonnabend bei Lemke. — Sommerfeld N.-L., „Wanderer frisch auf" vor dem 1. im Kurfürsten. — Spremberg", L. A. R. V. nach dem 1. im Gesellschaftshaus. — Werlsee, „Presto" nach dem 1. und 15. bei Schulze in Berghuch.

Arbeiter-Radfahrerbund „Freiheit". Geschäftsstelle bei F. Liebr, Weinstr. 3, I. „Glück auf", F. Schmidt, Mansler- und Swinemünderstraßen-Ecke. — „Freiheit" (Weißensee) jeden zweiten Sonnabend bei A. Pickert, Mirbach-Platz 8. — Arbeiter-Radfahrer-Verein Halde und Umgegend bei Schulz. — „Freie Radler", Stendal, jeden letzten Sonnabend im Monat bei Wendt, Elisabethstraße 3.

Arbeiter-Turnerbund. Turno. „Fichte", Geschäftsstelle Berlin O. 17, Koppenstr. 24 II. Abends 8—10 Uhr: 1. Männer-Abt. Friedenstr. 37. — 3. Männer-Abt. Boeckhstr. 17/20. — 2. Lehrlings-Abt. Skalitzerstr. 55—56. — 4. Lehrlings-Abt. Siemensstr. 20 (Moabit). — 5. Lehrlings-Abt. Ackerstraß 67. — 6. Lehrlings-Abt. Reichenbergerstr. 131/132. — 8. Männer-Abt. Höchststraße 36/37. — 9. Lehrlings-Abt. Müllerstr. 158. — 10. Lehrlings-Abt. Petersburgerstr. 4. — 11. Lehrlings-Abt. Fürbringerstr. 33. — 12. Lehrlings-Abteilung Eberswalderstr. 10. — „Freie Turnerschaft Johannisthal" abends 9—10 Uhr bei Senftleben. — Turnerschaft d. B. „Nereus" (gegründet 1882.) — 1. Lehrlings-Abt. 8—10 Uhr abends Manteuffelstr. 7. — Turn-Abteilung des Arbeitervereins „Vorwärts": 6—8 Uhr Schüler-Abteilung; 8—10 Uhr Männer- und Lehrlings-Abteilung; Adlershof, Böhlsleins Lustgarten. — Turnverein „Jahn", Treptow-Baumschulenweg. In der Turnhalle Kiefholzstraße 274 von 8½—10½ Uhr: Männer- und Lehrlings-Abteilung.

Gesellige Vereine. Verein ehemaliger Schüler der Tapezierer-Fachschule zu Berlin jeden zweiten und vierten Sonnabend im Monat Landsbergerstr. 89. — Humoristischer Verein „Du ahnst es nicht", bei Achilles, Wiclefstr. 24. — Zitherverein „Accordia 1904" (gemischter Chor), im Klubhause, Ohnstraße 2. — Theater-Gesellschaft „Haideröslein" im Bernhard Rose-Theater. — Theaterverein „Hoffnung" jeden Sonnabend vor dem Ersten in Grünau bei Stabbert, Köpnickerstr. 88. — Sparverein „Feste Eiche" jeden Sonnabend nach dem 15. bei Kienast, Barschauerstr. 26. — Sparverein „Gold-Onkel", Skalitzerstr. 82/83. — Verein Berliner Ausflügler, Ebelingstr. 13.

Briefkasten der Expedition.

„Sekretariat". 21 Mark.

Briefkasten der Redaktion.

H. L. Professeur Jean Jaurès, Deputé, Paris, Rue Richelieu dürfte genügen.

Abstinenz. 1. „Verein abstinenter Arbeiter" und „Abstinentenheim" bestehen seit längerer Zeit nicht mehr. 2. Der Deutsche Arbeiter-Abstinentenbund erstreckt sich über das Reich. Vorsitzender August Neumann, Hamburg, Hammerlandstr. 222. Buchhandlung: J. Michaelis Berlin, Lausen-Ufer 55. Preisorgan erscheint in Berlin „Der abstinente Arbeiter", Expedition Lausen-Ufer 55, Redaktion G. Davidsohn, Heinersdorferstr. 8, IV. 3. Vorsitzender der Ortsgruppe Berlin ist Fritz Otto, Swinemünderstr. 49, III. Rat und Auskunft für Berlin in Fragen der Abstinenz, der Organisation, Literatur usw. erteilt Herr B. Giehm, Ratiborstraße 16, IV. — **Kinematograph.** Photographische Herstellung. — **1020.** Rein. — **5793.** Ja. — **418.** Rein. — **Charlottenburg E.** Guter Rat teuer. So mancher verschwindet in Amerika spurlos. Als Parteigenosse könnten Sie sich mit einer kleinen Notiz an die Parteipresse, wie „New Yorker Volkszeitung", „Philadelphia Tageblatt", St. Louis „Arbeiterzeitung" rc. wenden, die ein paar Zeilen vielleicht kostenlos aufnehmen. Einen Aufruf durch die ganze Presse zu verbreiten, wäre sehr teuer. — **F. D. 9.** Rein. — **O. P.** und **F. R.** Wieder eine unnötige Wette: Es handelt sich nicht um die einzelne Person R., sondern um eine weitverzweigte Millionärfamilie. Wohnsitze: Paris, Wien, Rom, Frankfurt a. M. rc. — **A. Sch. 100.** 1. Verein gegen Verarmung, deutscher Dom, am Gendarmen-Markt. 2. Frauenverein, Vorsitz: Frau Salomonsohn, Charlottenburg, Hardenbergstr. 18. — **K. B. 67.** Auskunft im Sekretariat der Gewerkschaftskommission, Engel-Ufer 15. Alltäglich vormittags 11—12½ und nachmittags 6—7½ Uhr. — **M. 100.** Den einen Teil der Anfrage könnte Ihnen wohl ein Arzt, den anderen jeder erfahrene Friseur beantworten. Wir dürfen diesen Berufszweigen nicht ins Handwerk pfuschen. — **Winster.** Anfragen bei dem Arbeiter-Ruderverein „Vorwärts", Stralau, Tunnelstr. 17. Dort erfahren Sie alle gewünschten Einzelheiten. — **M. S. 22. 100.** Nach Geburt, Temperament, Staatsangehörigkeit usw. Französin. — **R. 59.** Rudolf Krafft, früher Offizier in der deutschen Armee, jetzt Militärschriftsteller. Auch ist es zutreffend, daß er ein begeisterter Anhänger der sozialdemokratischen Partei ist.

Berliner Marktpreise. (Ermittelt vom Polizei-Präsidium.) Roggen, gute Sorte 14,90 (14,86), mittel 14,82 (14,78), geringe 14,74 (14,70). Ab Bahn. Futtergerste, gute Sorte 15,80 (15,00), mittel 14,90 (14,41), geringe 14,00 (13,30). Hafer, gute Sorte 16,40 (15,60), mittel 15,50 (14,70), geringe 14,60 (13,80). Frei Wagen und ab Bahn. Richtstroh 1 Dz. 0,00 (0,00). Heu, neu, 0,00 (0,00). Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00 (30,00). Speisebohnen, weiße 50,00 (30,00), Linsen 60,00 (30,00), Kartoffeln 3,00 (5,00). Rindfleisch, von der Keule, 1 Kilogramm 1,80 (1,40), Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50 (1,20), Schweinefleisch 1,80 (1,40), Kalbfleisch 2,20 (1,20), Hammelfleisch 1,80 (1,40), Butter 2,80 (2,20), Eier (60 Stück) 4,40 (3,00). Karpfen, 1 Kg. 2,40 (1,40), Aale 3,00 (1,50), Zander 3,50 (1,40), Hechte 3,00 (1,40), Barsche 2,40 (1,00), Schleie 3,00 (1,40), Bleie 1,00 (0,80), Krebse (60 Stück) 20,00 (3,00).

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 12. August.

Anfang 7½ Uhr:
Neues königl. Opernhaus. Die Bohème.

Anfang 8 Uhr:
Lessing. Elga.
Kleines. Abschied vom Regiment. Angele.
Zentral. Die Geisha.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die verkaufte Braut.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Geschlossen.
Lustspielhaus. Der Herr Substitut. Der dankbare Julien.
Thalia. Amor in New York.
Carl Weiß. Lehmanns Abenteuer.
Belle-Alliance. Ben Ali Bey.
Apollo. Ein Abend in einem amerikanischen Tingel-Tangel. — Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Trianon. Die Notbrücke.
Herrnfeld. Die Meyerhains.
Berliner Prater-Theater. Dorns Resi. Anf. 4½ Uhr.
Stadt-Theater Moabit. Mutter Gräbert.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Die deutsche Nordseeküste.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues kgl. Opern-Theater. Anfang 7½ Uhr. (Kroll.) Die Bohème. Oper in 4 Akten von G. Puccini. Sonntag: Letztes Gastspiel Thea Dorrè: Carmen. Montag: Gastspiel Aenny Hindermann: Das Glöckchen des Eremiten.

Neues Theater. Eröffnung der Spielzeit Mittwoch, 16. August. Ein Sommernachtstraum. Anfang 7½ Uhr.

Kleines Theater. Anfang 8 Uhr. **Nachtasyl.** Sonntag, Montag: Nachtasyl.

Lustspielhaus. Täglich 8½ Uhr: Der Herr Substitut. Der dankbare Julien.

Trianon-Theater. Zum 175. Male: **Die Notbrücke.** Anfang 8 Uhr.

Urania Taubenstr. 48/49. 8 Uhr: Die deutsche Nordseeküste.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Castan's Panoptikum. Friedrichstr. 165. Neu!! Der Matrose Matuschenko vom Panzer „Knjäs Potemkin", der Pope Gapon! Maxim Gorki!

Metropol-Theater. Bender × Giampietro. Massary × Frid Frid. Zum 270. Male: Die Herren von Maxim. Große Ausstattungsposse mit Gesang und Ballett in 5 Bildern. Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Passage-Theater. Anfang der Abendvorstell. 8 Uhr, nachm. Sonnt. 3, Wochent. 5 Uhr. Madame du Dion! Fernande Robertine in dem Mimodrama . . . „Die Hand". 14 sensationelle Nummern. Neu eingeführt: Numerierte Plätze.

Apollo-Theater. Die Sensation Berlins ist: 10 Uhr: Ein Abend in einem amerikan. Tingel-Tangel, ausgeführt von der berühmten amerikanischen Burlesk-Kompagnie. Dazu Hochzeitsabend von P. Lincke und die August-Spezialitäten.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Reichshallen-Restaurant. Täglich: Gr. Militär-Konzert. Bei schönem Wetter im Garten.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Morwitz-Oper. Sonnabend, abends 8 Uhr: Popul. Opernzyklus bei halb. Preisen. Gastspiel Hans Pokorny. Die verkaufte Braut. Komische Oper in 3 Akten v. Smetana. Sonntag, nachm. 3 Uhr bei halben Preisen: Der Freischütz. Sonntag, abends 8 Uhr: Die Zauberflöte. Montag, abends 8 Uhr: Popul. Opernzyklus bei halb. Preisen: Der Trompeter von Säkkingen.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.) Heute Sonnabend: Geschlossen. Sonntag, abends 8 Uhr: Gastspiel der Morwitz-Oper und Heinrich Bötel: Der Troubadour. Große Oper in 4 Akten von G. Verdi. Im Garten täglich: Großes Militär-Konzert.

Max Kliems Sommer-Theater. Hasenheide 13—15. Artistische Leitung: Paul Milbitz. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Fernsprecher IV. 8891. Max Kliem.

Diez' Spezialitäten-Theater. Landsberger Allee 76/79, direkt an der Ringbahnstation. Ob schön! Täglich Ob Regen! im herrlichen Garten oder Saal: Konzert und Vorstellung. Vollständig neues Programm, das größte und beste Berlins. 40 Sensations-Nummern. Entree Wochentags 20 Pf., Sonntags 30 Pf. Jeder Erwachsene hat ein Kind unter 10 Jahren frei, ältere zahlen halben Eintrittspreis.

Diez' Seeterrasse, Lichtenberg. Röderstr. 6. Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag: Großes Militär-Konzert. Noch nie dagewesen! Auftreten des phänomenalen Meisterjahrers Alfred Schneider mit seinem konkurrenzlosen Feuer-Flammen-Todes-Hindernissprung. Um 6½ und 10 Uhr: Auftreten der weltberühmten Turnsellkünstler „The Liepolts". Brillant-Land- u. Wasser-Feuerwerk. Erstkl. Spezialitäten, Theater u. Ball. Wochentags 10 Pf.

Zoologischer Garten. Täglich nachmittags ab 5 Uhr: Militär-Doppel-Konzert. Eintrittspreis 1 M.; ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Carl Weiß-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Im Hause der Sünde. Sensations-Schauspiel in 6 Bildern von Max Braun. Anfang 8 Uhr. Morgen dies. Vorstell. Im Sommergarten: Heute Sommernachtsfest. Neues August-Programm. Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee Nr. 148. Täglich: Konzert, Spezialitäten. Die größte Sensation Berlins: Die Todesfahrt im Höllenkessel von der Radfahr-Comp. Racing. Großer Tanz. Kaffeeküche. Anf. 4 Uhr. Entree 30, Sperrsitz 50 Pf.

Etablissement Buggenhagen. Moritzplatz. Täglich im großen schattigen Garten: Streich-Konzert. Ricardo Munez. Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Sonntag, den 13. August: Dampfer-Extrafahrt nach Wolfersdorf (Schloß). Abf. in Berlin 8½ Uhr vorm. und 2½ Uhr nachm. an der Stralauerbrücke, Ecke Wallenbrücke, Station Kahnt & Hertzer, ¼ Stunde später von Café „Alsen". Rückfahrt 7½ Uhr abends. — Fahrpreis: Hin- und Rückfahrt 1 Mark. Einfache Fahrt 60 Pfennig. Kinder die Hälfte. 39082

Wo? machen wir des Sonntags hin? Nach Pichelswerder zum alten Freund! Größter Tanzsaal!

Gebrüder Herrnfeld-Theater. Zum 111. Male: Die Meyerhains. Komödie in 3 Akten mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr. Vor der Vorstellung und während der Pausen: Promenaden-Konzert im Garten.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16. Sommerfest des Metallarbeiter-Verbandes (chirurgische Branche). Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball. Anfang 6 Uhr. Kaffeeküche v. 3 Uhr.

Victoria-Brauerei. Lützowstr. 111/112. Täglich: Horst's Sänger. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: Tanz.

Schweizer-Garten. Am Königstor. Am Friedrichshain. Täglich: Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Volksbelustigungen. Jeden Abend 10 Uhr: Arbeit schändet nicht. Volksstück mit Gesang in 3 Abteilungen. Jeden Mittwoch: Kinderfest mit Gratisverlosung.

Prater-Theater. Kastanien-Allee 7—9. Heute: Dorn's Resi. Lebensbild in 3 Akten. Neue Dekorationen und Kostüme. Fred Seylon mit seinen vier Bären. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Numerierter Platz 50 Pf.

Bernhard Rose-Theater. Gesundbrunnen, Badstraße 58. Heute: Großes Sommerfest. Morgen: Große Gala-Vorstellung. Miß Belle Fields, die schwarze Nachtigall. Außerdem das Sensations-August-Programm sowie Die Loreley. Im Saale: Gr. Ball. Anfang 4 Uhr.

Otto Pritzkows Berliner Abnormitäten-Theater. Münzstr. 16. Neu! Miß Salamanda, Neu! die berühmte Feuerkünstlerin, zum erstenmal in Berlin. Mr. Dalmond, südafrikanischer Zauberkünstler. Mne-Mne-Mni!!!!

Sanssouci. Kottbuserstr. 4a. Stat. der Hochbahn. Direktion: Wilhelm Kalmer. Jeden Montag, Donnerstag, Sonntag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger.

Elysium. Kommandantenstr. 3-4. Vollständig neu renoviert. Auftreten v. 36 erstklassigen intern. Spezialitäten. Geöffnet von 10 Uhr früh bis 12 Uhr nachts.

Ostbahn-Park. Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71. Hermann Imbs. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Wochentags: Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier verabreicht wird, also kein Entree.

Paul Schwarz' Sommer-Theater. Lichtenberg, Dorfstr. 25/26. Täglich: Konzert. Große Spezialitätenvorstellung. Das großart. August-Programm. Anfang 5 Uhr. Jeden Mittwoch: Elite-Tag.

Oraniensalon. Oranienstr. 170. Heute: Gr. Ball. Einige Sonnabende noch frei 200—900.

Verband der in Gemeinde- u. Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten. (Filiale Groß-Berlin.)

Sonnabend, den 12. August 1905, in den Gesamträumen der „Neuen Welt", Hasenheide 108/114:

Sommer-Fest.

Großes Konzertprogramm. Spezialitäten-Vorstellung. Festrede. Großes Monster-Feuerwerk

des Pyrotechnikers **A. Bock.** 292/1*

Kinder-Fackelpolonäse, Kasperle-Theater sowie andere Kinderbelustigungen.

Im großen Saale: **Ball.** Teilnehmende Herren zahlen 30 Pf. extra.

Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen zur Verfügung.

Entree 25 Pf. Anfang 4 Uhr. Kinder in Begleitung Erwachsener frei.

Zahlreichen Besuch erbittet **Das Vergnügungskomitee.**

Restaurant Waldschänke

Station Stolpe a. d. Nordbahn steht der Arbeiterschaft zur Verfügung.
292b* **H. Jädicke.**

Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies".

Den werten Genossen zur Kenntnisnahme, daß die Laubenkolonie ihr Erntefest am Sonntag, 13. August, auf ihrem Gelände feiert, wozu die Genossen freundlichst eingeladen werden. 628b

---

Restaurant Wilhelmsberg

Sonntag, den 13. und Montag, den 14. August:

Erntefest

wozu ergebenst einladet
39712* **G. Trinkaus.**

Eine Mark

wöchentliche **Teilzahlung** liefere
elegante fertige Herren-Moden.
Bestellung n. Maß, tadellose Ausführung **in eigener Werkstatt.**
Spezialgeschäft für
Herren-Bekleidung,
Kein Waren-Kredithaus.
J. Kurzberg,
An der Jannowitzbrücke 1, I.
Bahnhof Jannowitzbrücke.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefere
elegante fertige
Herren-Garderoben.
Ersatz für Maß.
Anfertigung nach Maß.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Große Frankfurter Str. 37, II,
Eingang Straußberger Platz. *

Greift zu!

dem Besten
Monats-Anzüge . . . . v. 8,50 M. an
Abonnements-Anzüge „ 9,50 „ „
Partie-Anzüge, teils mit unmerkbaren Fehlern „ 10,50 „ „
Reise-Anzüge . . . . „ 15,— „ „
Anzüge, Ersatz für Maß „ 20,— „ „
Kamm.-Hos. od. Jacketts „ 3,— „ „

Getragene Kleidungsstücke von Kavalieren, Reisenden, aus den feinsten Werkstätten Berlins, teils von Hoflieferanten, kolossal billig. 23/17*

Bitte achten **Zentral-Keller,** Berlin,
35 Neanderstr. 35, an der Köpenickerstr.
3 Minut. v. Stadtbahn Jannowitzbrücke

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler.

Zahlstelle Lichtenberg.

Sonntag, den 13. August 1905, vormittags 9½ Uhr, im Lokale von **Wildner,** Friedrichsberg, Friedrich Karlstraße 11:

Mitglieder-Versammlung.

184/12 **Die Ortsverwaltung.**

Wilh. Burg, Restaurant **Lindenstr. 3,** 2. Hof parterre, empfiehlt sein 39292*

Großes Vereinszimmer

(bis 120 Personen) für Werkstatt-Versammlungen und Vereine. Vorzügliche Speisen und Getränke.

Nathan Wand

129 Skalitzerstr. 129.

Die schönsten 38652*
Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu sowie speziell
Monats-Garderobe
von Kavalieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell **Bauchanzüge** sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Skalitzerstr. 129.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Montag, den 14. August 1905, abends 7½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

für Königs-Wusterhausen und Umgegend
im Lokale „Siegeskranz" in Königs-Wusterhausen.

Tages-Ordnung:

1. **„Der Einfluß der Unternehmer-Organisation."** Referent: Kollege **Schmidt.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreicher Besuch wird erwartet!

Montag, den 14. August 1905, abends 8½ Uhr:

Bezirks-Versammlung

für Rixdorf, Britz, Tempelhof, Treptow, Mariendorf und Marienfelde
im Lokale des Herrn Thiel, Rixdorf, Bergstraße 151/152.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Ströbel** über: **„Der ostasiatische Krieg".** 2. Diskussion. 3. Bericht der Bezirksleitung und Neuwahl derselben. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller, zu erscheinen. 121/15

Die Kollegen von Rummelsburg und Boxhagen besuchen am Sonntag, den 13. August, die Ständige Wohlfahrtsausstellung in Charlottenburg. Treffpunkt mittags 1 Uhr im Lokale von Tempel, Alt-Boxhagen 56. Die Ortsverwaltung.

Achtung! **Albumarbeiter!** Achtung!

Montag, den 14. August, abends 8½ Uhr:

Oeffentl. Versammlung

der

Albumarbeiter und Arbeiterinnen

in den **Zentral-Festsälen,** Oranienstr. 180.

Tages-Ordnung:

1. **Stand der Bewegung und unsere weitere Stellungnahme.**
2. Bericht des Branchen-Vertrauensmannes.
3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! Wir erwarten diesmal einen vollzähligen Besuch, denn es wird die wichtigste Versammlung des ganzen Jahres sein. Ersuche, pünktlich zu erscheinen.

24/14 **Der Branchen-Vertrauensmann.**

Heute Sonnabend, 12. August, abends 9 u. 9½ Uhr:

Große Mondscheinfahrt mit Musik

mit 2 Dampfern von der Dampferstation **Michaelbrücke** I nach **Müggelwerder.** ◆ **Fahrpreis 50 Pfennig, hin und zurück.** ◆ **Tanz frei.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Einsetzer

Paul Domke

am 9. August verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 12. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Nazareth-Kirchhofes in Reinickendorf-West aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
90/6 **Die Ortsverwaltung.**

Köpenick.

Arbeiter-Gesangverein „Morgenrot".

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Sangesbruder 292/14

Emil Schütze

am 9. ds. Mts. nach kurzem, schwerem Leiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. August, nachmittags 5 Uhr von der hiesigen Leichenhalle aus statt.

Die Mitglieder versammeln sich um 4½ Uhr bei A. Helling, Schönerlinderstraße.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Zurückgekehrt 625b
Dr. Alfred Hahn
Gerichtstr. 47.

Von der Reise zurück 6165
Dr. Ratkowski
Arzt für Magen- u. Darmkrankheiten.
Oranienstr. 50.

Zigarren!

Günst. Bedingung. — bei Einrichtungen.

Billigste Bezugsquelle für Händler: ab Mk. 18.— %

Bell & Co.
Rosenstraße 18, I.

---

1. Ziehung 2. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. August 1905, vormittags.

Nur die Gewinne über **96** Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

120 34 54 219 337 403 11 562 691 700 49 61 [200] 836 56 911 **1022** 316 404 87 554 641 913 **2204** 379 452 97 772 911 78 **3132** 43 [300] 323 43 561 [200] 726 40 963 **4067** 167 433 48 631 62 716 **5059** 174 91 221 356 417 67 596 676 417 67 596 676 789 899 955 **6071** 110 271 675 864 **7070** 95 187 298 524 667 86 816 949 **8245** 90 456 549 607 957 **9142** 518 69 743 925 86

10062 [400] 773 870 **11**32 40 203 376 548 56 608 24 99 969 **12**097 650 780 **13**047 177 83 342 58 [300] 556 639 42 56 716 56 [200] **14**039 178 256 57 378 98 99 529 620 92 **15**031 75 138 272 474 649 894 903 23 25 **16**019 315 708 57 66 822 47 958 **17**047 139 52 237 343 91 415 510 43 859 902 **18**033 121 [200] 217 467 634 84 920 [1000] 27 41 **19**001 117 27 209 354 698 767 898 950

20337 524 80 659 735 989 [400] **21**132 260 381 77 [200] 513 65 774 912 **22**183 227 308 404 549 686 880 **23**041 59 263 [400] 434 555 810 61 906 **24**229 311 405 39 665 730 52 830 965 **25**238 442 538 67 638 949 **26**021 321 702 894 967 **27**395 778 807 92 912 **28**046 47 [200] 95 342 59 630 770 859 **29**041 241 579 782 815 934 96

30176 204 32 318 806 19 78 986 **31**126 210 445 79 693 94 700 [200] 17 805 66 76 939 **32**048 99 180 241 728 926 **33**052 [400] 200 671 712 16 813 74 910 [200] **34**236 303 601 76 809 923 **35**011 461 541 53 59 668 768 **36**105 43 248 49 92 609 20 762 851 **37**218 90 316 [200] 42 414 95 675 739 [300] 834 59 935 **38**042 72 109 223 306 94 451 655 776 **39**232 331 80 403 5 20 623 27 83 670 751 807 915

40030 405 17 90 505 644 710 59 62 **41**045 468 547 687 720 42 51 981 **42**251 616 58 783 866 **43**013 46 124 95 415 35 64 511 66 939 **44**012 81 89 140 96 232 540 93 [300] 639 54 772 848 **45**220 338 96 596 617 [200] 99 774 820 [400] **46**149 412 35 702 79 849 **47**185 [200] 240 365 524 [200] 64 620 44 741 60 66 76 891 92 905 56 **48**065 91 245 388 418 744 [200] 943 **49**154 377 450 61 548 754 951

50022 121 257 88 91 469 585 697 772 801 43 953 **51**111 70 224 70 412 614 712 37 839 [200] 932 **52**054 164 441 66 [300] 626 **53**172 370 81 432 509 21 694 800 926 **54**188 243 377 406 906 44 839 **55**137 [400] 273 357 59 717 854 905 **56**049 369 73 651 96 836 992 **57**021 383 663 891 [200] **58**033 353 [300] 67 643 **59**158 93 323 724 [200] 878 90 995

60081 83 95 308 488 733 87 810 30 79 **61**057 706 28 802 77 978 95 **62**371 439 [200] 70 85 514 42 603 839 **63**012 259 576 722 982 **64**089 154 278 318 412 95 520 833 994 **65**022 357 400 45 659 98 712 28 **66**259 90 340 [200] 424 44 833 [300] 50 938 **67**021 148 515 616 30 43 [200] 94 775 899 936 **68**002 69 93 332 540 82 691 **69**130 206 300 698 710 13 41 62 888 91 978

70220 29 85 621 756 935 89 **71**126 383 526 48 786 809 **72**035 113 261 533 67 **73**082 457 573 634 810 912 30 **74**123 57 60 82 238 61 569 731 988 **75**027 32 97 107 368 461 [300] 759 873 **76**219 56 564 90 694 947 63 **77**158 256 63 311 54 95 481 500 21 66 660 99 752 76 [200] 965 **78**022 621 34 862 **79**211 394 493 602 43 814 58

80049 107 49 370 **81**148 203 44 313 37 484 562 69 715 902 59 **82**188 468 598 671 96 757 807 28 917 66 **83**058 404 66 79 580 602 58 74 85 783 **84**001 77 88 163 78 [300] 223 28 76 83 470 960 **85**014 18 106 306 613 85 795 867 89 909 44 **86**219 340 41 68 403 5 [200] 30 56 713 74 994 **87**185 396 630 814 50 96 922 **88**020 182 92 333 566 695 736 817 91 98 917 **89**033 39 124 55 342 418 [200] 550 57 84 601 47 801 992

90191 334 651 770 847 920 **91**151 203 689 92 **92**346 572 770 936 **93**286 413 520 **94**021 488 680 722 45 98 **95**035 329 429 811 88 **96**002 77 104 34 62 209 18 559 99 668 709 82 **97**258 84 348 50 82 409 [200] 15 663 710 46 912 71 **98**004 242 59 82 312 513 78 762 [200] 844 **99**006 201 338 98 400 37 66 531 71 74 609 76 929 56

100304 483 541 702 824 43 **101**213 18 418 626 973 **102**016 175 401 [500] 717 47 878 924 **103**103 15 83 282 389 417 52 824 44 **104**235 409 66 513 763 899 [500] **105**250 319 622 59 808 **106**105 90 415 92 510 607 883 [200] 963 **107**038 286 322 790 861 [200] **108**127 231 328 79 86 477 93 549 749 **109**004 406 32 62 698 913 20

110019 124 36 230 [200] 307 424 [200] 544 84 654 763 801 17 908 30 **111**004 139 222 84 497 [200] 575 649 76 867 97 [300] 908 51 60 **112**037 191 335 402 52 725 58 822 908 53 60 **113**002 132 324 413 582 87 89 613 877 904 50 **114**003 [200] 102 60 71 369 403 56 [300] 706 813 41 **115**020 720 23 820 50 54 **116**118 233 38 398 593 608 [200] 51 987 **117**142 201 415 63 576 675 813 59 [400] 906 **118**076 181 360 593 875 947 83 **119**066 339 438 86 534 85 817 48 85

120082 [400] 416 13 632 48 834 [200] 99 953 79 **121**022 45 324 53 498 588 635 716 819 97 [200] 996 **122**186 358 452 585 748 820 27 948 [200] **123**073 180 459 604 65 809 908 55 85 **124**007 20 183 216 304 [200] 574 679 828 956 **125**032 386 666 727 90 907 **126**078 449 566 660 746 980 **127**069 391 454 565 726 [200] 838 925 48 **128**422 48 545 674 75 884 88 **129**213 45 50 79 85 385 90 402 69 569 97 635 785 [200] 959

130165 [200] 311 778 83 [200] 99 960 **131**006 378 94 532 908 **132**002 345 99 504 **133**112 48 287 **134**478 515 852 924 **135**090 189 99 363 589 774 **136**067 110 642 76 793 98 846 973 **137**049 202 377 [400] 453 609 740 [200] 909 30 32 **138**179 90 264 [200] 300 421 687 738 67 856 89 990 **139**043 136 47 210 44 568 [400]

140074 212 51 311 72 775 [200] 959 **141**205 68 455 889 [200] **142**008 49 147 364 92 424 78 589 670 **143**138 321 53 67 94 620 724 43 813 904 6 79 **144**071 177 204 99 365 419 [200] 748 847 952 77 **145**059 101 [200] 31 634 93 963 70 [200] **146**108 304 408 23 25 [200] 902 19 76 **147**022 76 345 672 770 963 91 **148**010 116 63 92 297 572 683 77 98 734 857 987 **149**111 59 391 405 575 622 869 934 50

150005 85 123 654 **151**014 221 37 483 660 91 812 55 64 [300] **152**237 38 [500] 91 318 448 613 29 754 [200] 820 34 **153**050 68 80 181 230 715 **154**446 66 521 640 882 **155**012 148 213 71 357 88 512 79 606 37 75 751 88 851 **156**139 208 300 422 517 617 720 31 [200] 57 872 **157**256 303 53 447 77 532 722 818 966 **158**047 189 343 47 65 533 626 90 [300] 869 982 **159**432 519 696 742 809 93 966

160067 208 616 23 904 16 **161**028 101 244 532 675 783 [300] 994 **162**322 67 499 567 [200] 970 **163**028 57 59 205 18 319 476 564 697 810 973 [400] **164**052 90 160 304 43 96 718 976 **165**098 296 346 68 442 645 55 700 [200] 853 **166**027 436 37 46 55 526 657 63 714 838 900 **167**076 162 642 **168**023 179 215 70 336 84 401 18 526 656 [200] 733 [300] 804 938 **169**246 47 517 844

170031 285 351 450 610 [300] 756 827 **171**189 247 538 67 80 869 76 91 **172**032 183 [200] 296 496 523 [200] 90 736 933 **173**330 430 43 67 92 **174**145 72 234 39 83 371 482 517 677 89 90 733 962 **175**210 346 74 543 59 73 691 947 **176**083 112 870 999 **177**158 729 904 **178**005 123 235 498 505 21 [300] 720 61 846 [200] **179**071 129 83 383 [400] 864

180026 135 267 368 450 539 800 5 10 904 90 [300] **181**049 201 [300] 8 63 403 510 27 613 35 737 65 880 [1000] 71 917 **182**333 66 619 934 **183**118 53 323 57 88 922 **184**045 125 394 609 811 921 **185**041 75 213 502 726 53 **186**092 200 473 702 **187**043 135 245 302 528 835 44 75 [200] 87 **188**116 [200] 321 446 581 644 706 [300] 19 862 66 906 35 **189**085 198 296 413 25 825 79 94

190162 536 42 666 714 803 61 952 **191**134 62 338 [200] 39 70 95 670 784 815 911 82 **192**076 90 [300] 191 208 379 [500] 489 592 [3000] 95 810 928 **193**495 588 640 61 706 959 **194**031 196 503 664 66 767 909 **195**030 104 591 799 817 51 90 **196**019 [200] 146 262 351 539 694 [200] 712 800 919 40 **197**370 504 [200] 606 705 43 [300] 87 867 **198**029 136 324 544 667 722 955 **199**048 90 214 308 12 32 522 40

200063 96 199 270 610 937 **201**060 119 320 82 956 **202**030 189 362 95 475 737 935 89 **203**086 [300] 128 576 772 915 **204**209 461 [200] 94 783 848 908 **205**048 71 81 96 155 68 229 [200] 84 435 99 672 712 941 **206**034 [200] 168 507 636 48 878 **207**120 40 386 443 [3000] 59 576 971 **208**089 495 547 727 942 **209**073 167 223 40 76 90 314 28 32 67 440 49 68 767 69

210164 211 398 469 531 [300] 787 [200] 809 74 84 932 **211**216 89 519 86 666 783 938 **212**014 472 681 740 74 **213**016 174 80 322 68 409 540 46 79 770 828 981 **214**078 131 214 [1000] 26 65 78 371 556 775 831 **215**031 199 562 607 16 728 30 50 **216**073 383 831 943 67 [200] **217**041 180 332 77 95 536 **218**300 345 **219**046 71 812 56 74 75 904

220182 236 358 492 511 79 667 955 67 **221**039 60 425 50 599 [300] 620 44 738 51 **222**041 175 234 61 80 305 400 [300] 12 910 47 **223**173 87 268 80 349 402 31 43 61 505 13 721 45 **224**033 61 145 242 435 76 533 63 738 970 **225**406 21 60 504 [200] 803 907 **226**143 94 257 330 52 422 30 76 614 781 845 **227**004 138 364 93 [200] 489 504 46 68 97 846 [200] 927 91 **228**179 429 609 88 776 **229**041 54 196 235 705 33 857

230613 21 195 369 421 22 64 574 632 842 988 **231**336 477 870 **232**085 159 231 340 60 454 97 664 977 91 **233**118 25 94 547 615 25 35 743 803 936 **234**013 53 329 63 477 87 522 67 796 874 82 915 89 **235**009 119 [500] 96 [200] 335 77 84 94 520 667 81 770 828 901 2 14 47 **236**046 207 320 77 645 853 968 **237**070 140 347 403 7 10 [200] 99 [200] **238**043 54 [200] 245 323 43 96 439 [300] 938 **239**004 71 102 77 411 77 820 73 79 979

240040 363 409 17 56 729 976 **241**710 82 **242**207 82 343 527 657 751 82 956 **243**092 93 525 47 70 72 607 34 55 701 33 872 [200] 93 919 45 85 [200] **244**002 83 158 86 303 43 498 746 841 70 943 **245**438 [500] 513 695 822 98 945 [300] 98 **246**253 462 15 [300] 829 92 **247**073 227 816 934

Im Gewinnrade verblieben: 1 Gewinn à 100 000 M., 1 à 50 000, 1 à 30 000, 1 à 15 000, 1 à 10 000, 2 à 5000, 2 à 3000, 7 à 1000, 12 à 500, 38 à 400, 72 à 300.

---

1. Ziehung 2. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. August 1905, nachmittags.

Nur die Gewinne über **96** Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

296 340 426 66 79 524 88 649 805 994 **1117** 58 [200] 301 540 748 62 [200] **2181** 250 363 66 83 488 680 893 **3238** 70 438 558 714 72 884 985 **4076** 91 348 672 **5568** 932 76 [200] 97 99 **6391** 511 56 88 **7397** 767 919 **8021** [300] 139 62 84 200 340 449 507 828 926 **9006** 109 202 66 413 508 24 834 911 19 22

10173 318 405 833 [300] 715 951 87 **11001** 3 85 165 417 80 95 533 47 65 84 610 54 725 868 [400] 931 **12031** 169 72 212 43 359 428 47 **13228** 93 701 861 **14086** 113 697 770 [400] **15244** 310 87 485 86 91 [200] 685 798 891 **16000** 229 554 995 **17267** 351 513 39 721 49 995 **18119** 353 581 [200] **19011** 292 [1000] 484 539 603 706 814 70 927

20226 89 324 732 90 861 987 **21009** 179 244 55 89 451 663 761 815 **22229** 301 [200] 471 508 960 **23100** 328 431 [200] 587 663 710 33 [200] 847 92 **24180** 249 476 [200] 85 91 664 790 903 24 **25177** 234 485 99 652 757 [200] 93 840 58 970 **26028** 229 412 15 81 604 842 939 **27111** 23 423 577 629 [200] 786 809 940 **28016** 86 331 78 423 **29056** [200] 107 40 78 [300] 216 81 339 509 [200] 28 624 755

30005 42 [200] 136 44 92 255 76 393 543 66 732 [200] 819 **31031** 53 75 188 227 326 51 56 410 697 896 997 **32199** 235 87 453 982 **33231** 356 486 610 745 83 **34052** 381 449 515 631 841 947 **35158** 80 238 470 624 98 **36273** 76 623 50 892 **37047** 230 98 [200] 313 408 91 574 914 51 **38180** 409 506 639 812 47 67 977 **39025** 139 690 [200]

40078 134 40 55 [500] 58 208 310 [200] 442 543 98 914 **41138** 583 610 50 741 45 **42200** 541 64 75 672 74 80 904 **43014** 129 284 539 86 686 756 802 **[5000]** 57 883 85 **44272** 389 458 514 15 38 [400] 627 31 744 [200] 968 **45089** 109 512 91 93 834 **46011** 67 286 525 685 845 [200] **47041** 306 406 80 84 606 7 803 **48185** 409 671 85 705 43 90 **49318** 440 591 623 80 [300] 97 841 929 [200]

50075 430 68 689 **51065** 166 304 96 522 55 761 805 **52064** 85 318 56 78 507 44 702 50 832 934 **53055** 197 99 238 87 318 57 66 428 42 **54157** 67 501 924 34 **55041** 299 373 87 **56169** 473 634 879 80 904 [200] **57044** 153 [200] 248 [300] 303 84 [200] 434 54 519 917 [200] 25 52 **58151** 390 465 875 909 **59047** 156 397 777 828

60105 66 363 455 597 651 58 767 **61048** 462 575 78 **[30 000]** 697 742 48 62 74 863 937 53 **62199** 216 327 62 492 501 22 25 40 78 617 896 920 **63072** 825 905 **64170** [200] 94 374 [200] 82 428 81 529 87 718 78 883 **65008** 13 [200] 134 275 429 43 [200] 46 513 664 893 **66017** 80 162 348 51 565 694 719 81 [200] 828 84 923 33 [300] 55 [200] **67114** 73 96 256 407 697 857 69 989 **68224** 407 [200] 73 637 **69065** [200] 423 683 708 36 985

70174 215 544 57 86 665 90 820 51 **71083** 261 499 522 607 25 [300] 99 994 **72111** 224 316 742 66 **73005** 132 248 62 436 64 688 859 981 89 **74229** 65 79 606 8 [400] 722 863 10 908 34 [300] 35 **75004** 319 474 76 532 674 763 969 **76120** 237 309 672 812 948 **77010** 12 28 307 759 806 978 79 **78210** 62 75 597 683 916 **79033** 36 59 138 39 510 610 30 923

80144 372 81 446 665 724 827 912 41 52 [200] 53 **81042** 228 311 31 89 719 59 824 70 [400] 937 **82288** 318 444 65 563 834 49 960 **83114** 241 422 [400] 59 97 749 77 826 **84099** 158 [400] 240 73 522 707 935 84 **85015** 669 756 845 **86086** 378 445 78 95 667 **87163** 353 562 716 55 840 89 **88381** 425 658 62 770 **89067** 302 [200] 477 525 90 654 789 889

90233 355 64 409 [300] 606 976 92 **91003** 5 150 62 241 321 962 [300] 66 **92041** [300] 187 90 225 76 545 54 84 901 2 **93168** 290 655 [400] 88 **94073** 74 529 68 707 899 [300] 927 90 98 **95030** 311 24 508 33 744 883 951 **96098** 198 461 69 [200] 505 43 616 882 **97019** 89 189 229 301 457 772 865 26 **98082** 213 99 392 489 576 602 764 92 963 **99093** 106 231 312 20 583 803 76

100073 148 401 72 537 723 872 76 **101046** 504 [200] 31 38 634 716 49 986 **102012** 83 225 [500] 79 84 567 812 57 93 925 **103055** 157 [200] 91 474 516 611 705 54 825 45 51 **104100** [200] 82 958 **105042** 94 222 332 43 642 783 [200] 95 937 58 **106077** 664 93 711 **107036** [200] 178 204 317 498 513 765 879 **108278** 358 473 758 72 894 964 97 **109155** 266 417 38 916

110068 [300] 160 87 251 841 [300] 56 914 **111038** [200] 65 122 [500] 298 317 41 438 579 644 96 99 843 **112068** 113 86 274 315 407 15 38 73 686 [200] 816 37 [300] 40 95 934 51 **113031** 55 85 [200] 123 521 842 913 **114097** 157 307 667 871 **115484** [200] 544 625 52 94 **116070** 74 158 214 439 557 90 758 879 907 **117437** 681 [200] 705 96 922 [200] **118020** [200] 100 44 303 545 615 24 77 **119081** 168 346 562 654 788 875 928 33

120049 135 309 520 623 745 91 [300] **121016** 74 240 332 [300] 81 [200] 97 643 86 803 934 [200] 72 **122011** 288 505 **123013** 124 240 65 [200] 330 849 927 **124023** 219 404 513 707 21 [200] 40 58 **125335** 68 528 627 [200] 786 812 42 [400] **126026** 38 [300] 190 207 357 650 701 840 85 920 **127096** 332 449 507 77 91 629 703 828 50 **128018** 137 246 314 63 673 738 **129036** 58 61 64 151 70 [200] 256 **[15 000]** 357 808

130144 82 207 403 611 33 729 859 [200] **131042** 45 92 248 [200] 367 448 584 769 934 **132347** 455 91 672 **133026** 132 216 34 41 300 [500] 440 78 91 509 605 733 802 46 92 98 **134002** 63 97 342 445 637 [200] 719 46 814 72 **135439** 61 539 51 741 **136083** 615 863 **137122** 23 201 371 444 562 66 94 626 31 [200] 824 60 **138027** 93 [200] 187 92 204 12 53 488 627 803 **139105** 470 85 537 88 [200] 664 825 911 39 62 72

140015 138 694 880 [200] 963 **141079** 86 163 57 236 334 694 995 **142429** 638 48 738 826 915 [200] 88 **143067** 221 89 396 420 **144066** 73 111 [200] 89 235 75 586 677 738 841 **145053** 109 17 235 45 63 342 478 93 518 712 847 82 **146064** 81 155 238 54 326 39 90 422 635 860 72 936 **147044** 48 448 540 58 652 816 18 38 54 66 969 95 **148036** 57 [200] 109 13 28 311 449 [200] 603 16 845 936 63 **149055** 365 477 556 724 892 913 40

150051 52 61 80 158 310 431 535 58 95 731 82 865 **151192** 200 569 659 [200] **152018** 183 259 378 578 755 819 [300] 79 **153004** 102 303 532 654 [300] 769 [200] 845 76 **154179** 90 347 511 59 612 [200] 81 85 822 58 920 **155007** 80 326 450 626 80 [200] 755 892 913 **156017** 253 587 620 40 78 92 804 923 74 87 92 **157084** 210 83 792 896 **158039** 155 86 285 474 523 41 [200] 627 48 52 [300] 710 20 **159243** 349 475 500 27 642 730 909 [400]

160100 79 216 77 99 414 **161099** 115 390 683 799 803 70 **162118** 225 89 317 18 502 678 741 857 92 933 **163017** 215 497 551 666 906 **164125** 242 408 31 507 18 39 788 804 78 **165024** 76 170 301 64 76 77 495 519 754 70 **166088** 113 29 98 918 72 **167048** 261 302 97 430 68 651 82 706 23 832 76 **168011** 56 331 558 608 781 961 **169031** 134 92 555 82 984

170088 202 92 396 470 590 91 708 **171328** 53 74 495 640 808 953 63 **172080** 220 22 63 404 533 760 862 **173013** 50 337 95 [200] 587 713 916 **174010** 65 75 86 127 240 52 300 436 753 975 78 **175051** 451 509 777 **176329** 570 606 860 963 **177072** 148 270 396 783 900 33 **178004** 460 592 769 87 **179136** 37 255 436 [300] 712

180086 215 348 86 579 [200] 93 661 90 748 885 **181110** 19 398 479 571 784 884 906 **182000** 633 704 950 **183133** 96 341 630 39 [400] 744 **184172** [200] 79 81 247 301 21 24 32 405 651 **185308** 54 481 82 511 785 912 47 **186033** 105 233 68 327 815 58 [200] 931 62 **187036** 117 255 [200] 75 477 571 [200] 772 924 33 68 98 **188112** 247 376 437 660 745 978 **189268** 318 400 87 633 76 732 37 [300] 59 987

190184 231 447 695 798 840 904 **191205** 88 453 64 522 32 611 55 63 790 **192003** 55 116 87 256 625 84 774 839 **193093** 192 296 432 711 985 **194240** 352 89 539 684 968 84 **195209** 439 519 733 82 **196097** 364 424 569 **[10 000]** 90 872 **197451** 609 879 914 **198032** 439 561 616 27 **199013** 171 242 739 852 911 40

200271 84 308 612 40 903 47 55 59 **201055** [200] 71 132 713 **202106** 25 [200] 319 414 622 59 [200] 708 60 79 828 31 47 89 **203120** 255 349 63 457 565 843 930 73 [200] **204008** [200] 70 247 [200] 317 28 430 55 529 65 895 **205009** 113 211 15 325 60 90 615 [200] 56 60 78 742 70 876 959 **206127** 281 477 616 781 **207227** 43 377 448 553 607 909 22 **208001** 82 131 35 42 [200] 65 216 70 510 **209278** 357 411 28 592

210058 64 111 35 [300] 325 80 [200] 427 522 28 977 97 **211348** 78 882 903 29 97 **212024** 73 90 232 441 531 81 723 91 [300] 98 **213145** 269 428 43 618 80 [200] 778 837 967 **214002** 294 [500] 375 98 550 676 [200] 93 719 906 **215191** 457 80 630 [200] **216044** 48 281 86 331 85 410 570 991 **217237** 425 780 92 [200] 898 999 [200] **218002** 92 292 95 446 677 92 740 916 [200] 95 **219006** 180 216 35 398 657 954 [200] 79

220021 185 289 464 681 711 12 **221026** 41 412 596 626 46 705 26 830 975 **222101** 53 308 459 862 953 96 **223003** 94 100 [200] 314 22 68 412 56 63 602 782 813 **224036** 52 134 64 82 85 553 90 753 977 **225051** 80 99 273 92 401 [200] 2 53 94 505 781 838 59 936 **226314** 455 605 38 616 741 60 [200] 835 **227007** 21 85 135 98 254 386 461 66 [200] 73 76 514 [200] 819 59 [200] 88 921 **228210** 83 408 523 52 771 94 824 **229056** 86 248 382 526 81 [200] 812 73 [1000] 78 910 [300] 87 [300]

230170 206 80 389 415 60 533 [200] 630 81 730 [200] 940 76 **231052** 138 299 329 404 [200] 19 718 [300] 99 843 55 72 946 **232117** 280 442 556 898 **233464** 544 819 75 909 50 63 **234073** 131 53 333 90 508 61 897 **235010** 78 82 328 470 73 [200] 660 871 **236105** 38 406 22 51 82 506 21 671 750 829 77 943 **237055** 176 337 44 624 832 67 91 **238020** 145 291 468 670 98 [200] 927 **239023** 131 237 [200] 60 524 614 [300] 727

240104 335 406 39 592 772 867 955 **241107** 72 766 800 18 27 38 90 **242060** 71 79 314 418 81 500 92 622 741 **243009** 173 319 480 [200] 591 604 **244102** 68 390 502 19 629 50 76 **245084** 474 536 734 **246087** 147 61 303 411 511 17 749 93 **247039** 55 [200] 133 307 99 471 523 918

Im Gewinnrade verblieben: 1 Gewinn à 100 000 M., 1 à 50 000, 1 à 5000, 2 à 3000, 5 à 1000, 6 à 500, 27 à 400, 43 à 300.

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Berlin O. Die neu erbauten „Prachtsäle des Ostens“, Frankfurter Allee 151—152, stehen der Arbeiterschaft zur Verfügung.

Wilmersdorf. Lotterie-Verein „Hat-Hat“ hält heute Sonnabend einen Sommernachtsball in der „Klause“, Wilmersdorf, Hildegardstraße 5/6 ab. Es wird ersucht, das Vergnügen nicht zu besuchen, da uns das Lokal zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht.

Die Lokalkommission.

Berliner Nachrichten.

Wie viel Parteigenossen sind in Berlin und Umgegend politisch organisiert?

Die Antwort auf diese Frage versucht ein bekannter Parteigenosse in folgender Aufstellung zu geben. Er schreibt:

In den sechs Berliner Wahlkreisen und den beiden benachbarten Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg und Niederbarnim wurden am 15. Juni 1903 insgesamt 330 456 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. In der unten mitgeteilten Tabelle ist der Versuch gemacht, zusammenzustellen, wie viel Berliner Genossen in den einzelnen Wahlkreisen nach den Jahresberichten für 1904 organisiert waren. Zur Erläuterung der Tabelle seien einige Bemerkungen vorausgeschickt. Die Zahlen sind entnommen den Berichten, die für das Jahr 1904 in den einzelnen Wahlkreisen erstattet sind. Bei der Vergleichung der einzelnen Wahlkreise sind einige Momente zu beachten. Das Geschäftsjahr einiger Wahlkreise schließt mit dem 1. Januar, andere mit dem 1. Oktober, auch dem 1. September ab. Ferner enthalten die veröffentlichten Berichte teils nur die Anzahl der Mitglieder, die bei Beginn des Geschäftsjahres vorhanden und im Laufe des Geschäftsjahres zugekommen oder ausgetreten sind, also nur die Zahl der bei Schluß des Geschäftsjahres dem Vereine angehörenden Mitglieder. Für eine statistische Erfassung der Zahl der Mitglieder und für die wirkliche Stärke der Organisation maßgebend kann nur die Durchschnittszahl sein, die sich aus der Summe der Mitgliederjahresbeiträge (eventuell unter Berücksichtigung der gestundeten Beiträge) ergibt. Diese Zahl fehlt teilweise bei den Jahresberichten. Soweit es möglich war, ist diese Zahl aus den über die Kassenverhältnisse gemachten Darlegungen ergänzt. Ferner ist bei der Zusammenstellung berücksichtigt, daß die Stadtbezirke 180a bis 181a (Gegend um den Viehhof herum) gemeindepolitisch zu Berlin gehören, daß die in diesen Stadtbezirken wohnenden Genossen auch in Berlin IV organisiert sind, aber zum Reichstagswahlbezirk Niederbarnim gehören. Diese Bezirke mit jetzt etwa 35 000 Einwohnern gaben bei der Reichstagswahl 1898: 1778 sozialdemokratische und 651 andere Stimmen ab. Bei der Wahl 1903 zählten diese Bezirke 6928 Wahlberechtigte; von diesen gaben 4146 Wähler sozialdemokratische Stimmen ab, 1333 Stimmen fielen auf Kandidaten der Gegner oder waren ungültig. Es sind deshalb die 4146 sozialdemokratische Stimmen in der nachstehenden Tabelle, die einen Vergleich zwischen den Wahlstimmen und der Zahl der Organisierten ermöglichen will, Niederbarnim ab- und Berlin IV zugerechnet. Unberücksichtigt hat bleiben müssen, wie viel Genossen in anderen Berliner Wahlkreisen organisiert sind, als denen, in welchen sie wahlberechtigt sind. Die Zahl dieser Genossen, die in einem stärkeren Wahlkreise wohnen, mit Zustimmung desselben aber in einem schwächeren Kreise organisiert sind, wird schwerlich 300 bis 400 übersteigen, würde das Gesamtbild nicht ändern. So wünschenswert es wäre, daß die Grundsätze, nach denen die Mitgliederzahl in den einzelnen Wahlkreisen berechnet wird, überall gleichmäßige wären, hat bei der nachstehenden Tabelle mit den nun einmal vorhandenen Verschiedenheiten gerechnet werden müssen.

Die so ermittelte Tabelle gibt folgendes Bild über die Organisationsverhältnisse von Berlin und Umgegend.

Es waren im Wahlkreis	im Jahre 1904 organisiert		am 16. 6. 03 sozialdemokrat. Stimmen abgegeben	Prozentsatz der Organisierten im Verhältnis zu den bei der Wahl 03 abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen
	im Durchschnitt	am Schluß		
Berlin I	468	675	5 315	8,8 bis 12,7
Berlin II	3 086	3 217	34 995	8,8 „ 9,2
Berlin III	1 685	2 392	15 124	11,1 „ 15,8
Berlin IV	7 339	8 656	72 904	10,1 „ 11,9
Berlin V	908	1 410	14 568	6,2 „ 9,9
Berlin VI	10 348	12 176	79 478	13,0 „ 15,3
Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenb.	7 398(?)	10 112	73 854	10,2 „ 13,7
Niederbarnim	5 281	?	34 218	15,4 „ ?
Gesamt-Berlin u. Umg.	36 513	43 919	330 456	11,05 „ 13,2

Rund 36 500 bis 44 000 (für die Zahl am Jahresschluß haben wir für Niederbarnim, dessen Bericht nur eine ungefähr dem Kassenbericht vorhandene Durchschnittszahl angibt, diese auch als Schlußzahl eingesetzt, wiewohl diese erheblich höher sein mag) in Wahlvereinen organisierte sozialdemokratische Wähler sind gewiß eine erfreulich große Armee. Aber trotz der außerordentlichen Fluktuation der Bevölkerung innerhalb Berlins sowie von und zu Berlin erreicht die Zahl der organisierten Parteigenossen nur den achten bis zehnten Teil der bei der letzten Reichstagswahl für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen. Dies Verhältnis zeigt, wie dringend notwendig auch für Berlin die organisatorische Arbeit, die Aufklärung und Gewinnung der Lauen, Zaghaften und Indifferenten für die Organisation ist. Auf den Namen eines Sozialdemokraten kann nur der Anspruch erheben, der seine Pflicht erfüllt, einem sozialdemokratischen Wahlverein beizutreten. Darum Genossen, hinein in die sozialdemokratischen Wahlvereine. Wer nicht Mitglied eines sozialdemokratischen Wahlvereins ist, erfüllt nicht seine Pflicht als Arbeiter und als Kämpfer für Freiheit und Recht.

„Verweiblichung“ der Knabenschulen in Berlin.

Ueber Knabenlehrerinnen in den Berliner Gemeindeschulen bringt die „Pädagogische Zeitung“ eine kritische Betrachtung, die das „kollegiale“ Verhältnis zwischen Lehrern und Lehrerinnen in eigenartiger Weise beleuchtet. Daß in unseren Gemeindeschulen die Lehrerin allmählich immer mehr Terrain erobert hat und auch in den Knabenklassen immer fester Fuß fassen konnte, ist bekannt. So rasch und plötzlich, wie die „Päd. Ztg.“ in starker Uebertreibung (oder nur aus Unkenntnis?) es darstellt, ist das zwar nicht gekommen; mindestens nicht in „ein paar Jahren“. Aber den Lehrern, die in den Lehrerinnen und vollends in den Knabenlehrerinnen eine sehr unerwünschte Konkurrenz sahen, mag es immer noch viel zu schnell gegangen sein.

Nach dem letzten, im Januar 1905 erschienenen Lehrerverzeichnis gab es in Berlin, wie die „Päd. Ztg.“ ausgezählt hat, nur noch 37 Knaben-Gemeindeschulen, in denen keine Lehrerin angestellt war. Dagegen unterrichteten an 102 Schulen bereits 224 Lehrerinnen in Knabenklassen und an 22 Schulen 50 Lehrerinnen in gemischten Klassen, so daß insgesamt 274 Lehrerinnen, etwa ein Sechstel aller in Berlin angestellten, mit dem Unterricht der Knaben betraut waren. An vielen dieser Schulen wurden nur je 1 oder 2 Lehrerinnen beschäftigt, an manchen je 3, 4 und mehr, an einzelnen sogar 6 und 7 Lehrerinnen. Die meisten Lehrerinnen hatten eine 8., 7. oder 6. Klasse. Doch verwalteten noch 10 Lehrerinnen eine 5. Klasse, 2 Lehrerinnen eine 4. Klasse und 1 Lehrerin „wagte es sogar mit der 3. Klasse“. Auch der größte Freund der Lehrerinnensache, so meint das Lehrerblatt, werde nicht umhin können, den Klagen über Verweiblichung der Knabenschulen einige Berechtigung zuzuerkennen.

Solche Zustände sind schlimm für die Lehrer. Daß sie auch schlimm für die Schule seien, läßt die „Päd. Ztg.“ deutlich genug durchblicken. Sie erzählt von den Schwierigkeiten, die manchmal den Lehrinnen in ihren Knabenklassen aus dem Gegensatz des Geschlechts erwachsen seien, von den despektierlichen Blicken und anzüglichen Redensarten, die sie zu sehen und zu hören bekommen hätten. Daneben wird darauf hingewiesen, daß andererseits manche Lehrerin gerade in Knabenklassen besser daran war. „War sie jung und lieb und schön, und meist war sie es, so flogen ihr statt despektierlicher Blicke und anzüglicher Redensarten die jungen liebeglühenden Herzen zu.“ Der Würde des Amtes habe aber auch das geschadet. „Das Ueberraschendste aber ist,“ so fährt das Lehrerblatt fort, „daß sich die jungen Lehrerinnen trotz allem Ungemach nicht aus den Knabenklassen wegsehnten nach einer Mädchenschule. Manche Spötter meinten zwar, das liege an den besseren kollegialen Verhältnissen der Knabenschulen. Aber der eigentliche Grund liegt wohl tiefer. Ist es doch eine bekannte Tatsache, daß junge Damen sich mit den kleinen Knaben nur zu gern beschäftigen und darüber selbst deren niedlichere Altersgenossinnen vernachlässigen.“

Was geschähe wohl, wenn im „Vorwärts“ eine solche Schilderung von der Tätigkeit der Knabenlehrerinnen zu lesen stände?! Was, wenn ein ähnliches Urteil über die Tätigkeit der Mädchenlehrer gefällt würde?! Ein Sturm der Entrüstung erhöbe sich in der gesamten Lehrerschaft! Und wahrscheinlich käme noch Schlimmeres über uns.

Aus anderen Gründen als dieser Schilderer der Knabenlehrerinnen sehen wir der steigenden Verwendung von Lehrerinnen in den Gemeindeschulen bezw. in den Knabenklassen, gegen die wir an sich nicht das Geringste einzuwenden hätten, mit Unbehagen zu. Die Vorliebe der Schulverwaltung für Lehrerinnen gründet sich offenbar auf die rein rechnerische Erwägung, daß Lehrerinnen trotz geringerer Pflichtstundenzahl und häufigerer Beurlaubungen wegen Krankheit schließlich doch noch billiger als Lehrer sind, weil sie sehr viel weniger Gehalt als diese bekommen.

Zum Bau einer neuen Doppelschule hat der Magistrat den Ankauf eines großen Grundstückes am Ostbahnhofe in der Brombergerstraße beschlossen.

Ausgelost wurden vom Magistrat diejenigen Gemeindewahlbezirke, in denen bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen im Herbst Hausbesitzer gewählt werden müssen. In der dritten Abteilung sind es die Bezirke 1, 3, 6, 20, 21, 26 und 46, die durch die Stadtverordneten Giese, Dr. Hermes, Barth, Törmer, Wilke, Heimann und Hintze vertreten werden.

Die städtischen Flußbadeanstalten wurden im Monat Mai d. J. von 42 330 männlichen und 12 965 weiblichen Personen, zusammen also von 55 295 Personen benutzt. Bedeutend stärker war die Frequenz im Monat Juni. Es badeten insgesamt 313 944 Personen (211 993 männliche und 101 951 weibliche). Im Juni 1904 badeten nur 297 407 Personen, also 16 537 weniger als im Juni d. J.

Ueberschüsse im Stadthaushaltsetat Berlin. Nach dem jetzt fertiggestellten Abschluß des Stadthaushaltsetats für das Jahr 1904 ergibt sich, wie in der heutigen Magistratssitzung mitgeteilt wurde, daß der Ueberschuß 10 001 168 M. beträgt. Der Ueberschuß ergibt sich in runden Zahlen aus 6 594 000 M. Mehreinnahmen und 3 427 000 M. Minderausgaben. Mehr-Ueberschüsse haben auch ergeben die Gas- und Wasserwerke mit zusammen 1 083 700 M. Hierzu kommen 429 200 M., die an Zuschuß für die Kanalisationswerke und den Urbanhafen weniger gebraucht wurden. An Steuern sind mehr eingegangen: an Grund- und Gewerbesteuern 795 300 M., an Gemeindeeinkommensteuern 209 800 M., an Umsatzsteuern 2 679 900 M., an anderen Steuern 614 000 M., zusammen 3 746 400 M. Die Minderausgaben von 3 427 000 M. verteilen sich mit mehr oder weniger erheblichen Beträgen auf sämtliche Zuschuß erfordernden Kapitel des Stadthaushaltsetats.

Der neue Direktor der Rieselfelder. In der gestrigen Sitzung der Deputation für die städtischen Kanalisationswerke und Rieselfelder wurde, wie wir hören, der Güterdirektor Paul Schröder zu Brandthof bei Saalfelden zunächst auf ein Jahr zur Probe zum Direktor der städtischen Rieselgüter einstimmig gewählt. Der Magistrat ist dem Beschlusse der städtischen Kanalisationsdeputation beigetreten.

Ein Wolkenbruch ist in der letzten Nacht über Berlin und die Vororte niedergegangen. Zahlreiche Straßenzüge, Höfe, Plätze, Unterführungen und Keller standen zwischen 3 und 4 Uhr unter Wasser. Wegen Kellerüberschwemmungen wurde die Feuerwehr nach der Neuen Königstraße 67, Ecke Lietzmannstraße, Krautstraße 25, Roonstraße 14, Prenzlauerstraße 5 und anderen Stellen gerufen. Das Königstor glich einem See. Das Prenzlauer- und Rosenthaler Tor war um 3½ Uhr kaum zu passieren. Breite Wassermassen ergossen sich über die Straßendämme, die zeitweise einem reißenden Strome glichen. Aehnlich sah es in der Yorkstraße, am Königsplatze und auf dem Gesundbrunnen aus. Die Kreuzung der Acker-, Garten-, Liesen- und Scheringstraße stand längere Zeit fußhoch unter Wasser.

Die anhaltende Fleischteuerung trägt erheblich zur Vermehrung der vegetarischen Restaurants bei. In den letzten Wochen haben Stadtteile, die bisher keinen Sammelpunkt für die Freunde der Pflanzenkost besaßen, wie der Nordosten, der äußerste Norden ihre vegetarischen Restaurants erhalten. Auch in den größeren Vororten sollen Vegetarier-Wirtschaften geschaffen werden.

Auf dem Gesundbrunnen zwischen Bellermann- und Behmstraße wird auf dem Gelände des sogenannten Vergnügungsparkes ein Riesen-Konzertsaal eingerichtet. Der Saal wird 1500 Quadratmeter umfassen und für über dreitausend Personen Platz bieten. Daneben wird auch eine Gartenbühne geschaffen, auf der 500 Personen auftreten können, während der Zuschauerraum für 15 000 Personen berechnet ist. Das Terrain gehört zu dem ausgedehnten Grundbesitz der Wollankschen Erben und ist für 10 Jahre verpachtet.

Vermißt wird der 15jährige Hermann Weißberg, Willibald Alexisstr. 25 bei seinen Eltern wohnhaft. Der Knabe verließ am Montag nachmittag seine Behausung und ist bis jetzt nicht zurückgekehrt. Bekleidet war er mit einem dunklen Jackett und schwarzgestreifter Hose. Personen, die über seinen Verbleib irgend welche Angaben machen können, wollen sich bei den Eltern melden.

Vermißt wird seit dem 4. d. M. die geistesschwache unverehelichte Frieda Kubbe, am 25. April 1876 zu Berlin geboren, Yorkstraße 62 wohnhaft gewesen. Die Vermißte, welche schon öfter sich heimlich entfernt hat, ist am genannten Tage gegen 7 Uhr abends aus der elterlichen Wohnung fortgegangen und seit dieser Zeit nicht wieder zurückgekehrt. Ausgeschlossen ist nicht, daß die Kubbe sich in irgend einem Lokal als Kellnerin hat engagieren lassen, wie dies schon früher mal geschehen ist. Zweckdienliche Angaben nimmt jedes Polizeirevier und die Kriminalpolizei zu 6628 IV. 23. 05. entgegen.

In Abwesenheit der Herrschaft vergiftet hat sich das 17 Jahre alte Dienstmädchen Therese Kuhr, das in der Neuen Hochstr. 31 seit acht Wochen bei dem Arzt Dr. Engels in Stellung ist. Die Familie des Arztes ist seit vier Wochen verreist. Das Mädchen war seitdem allein in der Wohnung und wurde von den Eltern des Arztes, die im Nebenhause wohnen, belästigt. Als deren Dienstmädchen gestern das Mittagessen brachte, fand es keinen Einlaß. Man ließ deshalb durch einen Schlosser öffnen. Das Mädchen lag besinnungslos auf dem Bette, vor dem auf einem Stuhl eine Flasche mit einem Rest von Lysol stand. Als ein von Hausgenossen gerufener Arzt kam, war es schon tot. Was es zum Selbstmord veranlaßt hat, ist nicht bekannt.

Lysol und Revolver. Die Selbstmordmanie scheint anzuhalten. Es liegen wieder acht Fälle von Selbstmorden bezw. Selbstmordversuchen vor. Wegen Arbeitslosigkeit hat sich der 42 Jahre alte Kellner Frank Straus das Leben genommen. Obdach- und beschäftigungslos hatte er vergeblich nach neuer Tätigkeit gesucht. Not und Verzweiflung drückten ihn schließlich den Revolver in die Hand. Der Lebensmüde jagte sich eine Kugel in die Schläfe. Noch lebend brachte man ihn nach der Charitee, wo er bald nach seiner Einlieferung starb. — Aus dem gleichen Grunde versuchte sich der erst 18 Jahre alte Tischlergeselle Heinrich Windelkind, Gitschinerstr. 62 zu erschießen. Er war gestern nachmittag auf der Suche nach Arbeit gewesen, wurde jedoch mehreremale abgewiesen. Auch in einem Hause in der Neuen Grünstraße erging es dem jungen Menschen nicht besser. In der Verzweiflung zog er in dem dunklen Hausflur plötzlich einen Revolver und gab einige Schüsse auf sich ab. Schwerverletzt wurde der Lebensmüde nach dem Krankenhause gebracht. — Der 19 Jahre alte Arbeiter Karl Schmidt, Prinz Eugenstr. 29 wurde mit einer Lysolvergiftung in die Charité eingeliefert. Es starb dort an den Wirkungen des Giftes. Ueber die Ursache zu diesem Selbstmorde ist noch nichts festgestellt worden. — Auch die 70jährige Frau Roge, Mittenwalderstraße 12, versuchte sich mit Lysol, dem Modegifte, das Leben zu nehmen. Die Greisin war vollständig gelähmt und wohl aus Ueberdruß hierüber ist sie zu dem Selbstmordversuch verleitet worden. In bedenklichem Zustande wurde Frau R. nach dem städtischen Krankenhause in der Gitschinerstraße gebracht. Durch einen Sturz aus dem Fenster hat sich die Frau des Kaufmanns Meyer aus der Potsdamerstr. 126 das Leben genommen. Die Unglückliche war sofort tot. — Die Leiche eines unbekannten Mädchens wurde gestern abend in der Nähe von Fürstenbrunn aus der Spree gelandet. Die Ertrunkene ist etwa 16 Jahre alt und 1,50 Meter groß. Sie hat dunkelblondes Haar und ein volles rundes Gesicht und trug ein rotweißgestreiftes Waschkleid, eine blauweißgestreifte Kattunschürze, schwarze Strümpfe und schwarze hohe Schnürstiefel. Die Leiche hat etwa 14 Tage im Wasser gelegen. — Schließlich sei noch auf einen Selbstmord hingewiesen, der gestern am Teltowkanal entdeckt worden ist. An der Neuen Krug-Allee bei Schöneweide wurde die Leiche eines älteren Mannes aus dem Kanal gelandet. Anscheinend handelt es sich um einen Berliner. Legitimationspapiere führte der Tote nicht bei sich. Die Leiche war schon stark in Verwesung übergegangen.

Beim Spielen verunglückt. Das vierjährige Söhnchen des Metallarbeiters Burwitz, Müllerstr. 12, vergnügte sich gestern vormittag mit Reifentreiben. Dabei fiel es von der Bordschwelle des Trottoirs und schlug mit dem Köpfchen auf das Straßenpflaster, daß es blutüberströmt und bewußtlos nach der Unfallstation in der Lindowerstraße gebracht werden mußte. Hier erholte es sich indessen bald wieder, erhielt Verband und konnte seinen Eltern wieder zugeführt werden.

Zu Krüppeln gefahren. Zwei folgenschwere Straßenunfälle haben sich gestern ereignet. In der Kaiserin Augusta-Allee wurde der Kutscher Franz Höfling von einer sog. rollenden Teermaschine überfahren. Die Räder des schweren Arbeitsgefährts gingen dem Unglücklichen über die Unterschenkel hinweg und zermalmten ihm diese vollständig. H. wurde nach der Charité eingeliefert, wo ihm jedenfalls beide Beine amputiert werden müssen. — Von einem bedauernswerten Unglücksfall wurde der Rentier und Hausbesitzer Leopold Levin, Potsdamerstr. 23, betroffen. Er wollte an der Friedrichstraße den Fahrdamm der Kronenstraße überschreiten, geriet dabei an einen Omnibus, stürzte zu Boden und das Hinterrad fuhr über den rechten Arm des Verunglückten hinweg. Auf der Unfallstation in der Kronenstraße wurde ein doppelter Armbruch festgestellt. Auf seinen Wunsch hin wurde der Verletzte nach seiner Wohnung gebracht.

Das Treiben des Warenschwindlers Josef Czappeck, der hier unter dem Namen Waldhausen aus Frankfurt a. O. in seinem Logis in der Invalidenstraße festgenommen wurde, wird jetzt in einem immer größeren Umfange enthüllt. Viele Geschäftsleute melden sich jeden Tag, denen Czappeck unter den verschiedensten bereits mitgeteilten falschen Namen in vielen Großstädten Waren aller Art abschwindelte, um sie zu seinem Vorteil sogleich zu versilbern. Dagegen ist von den erschwindelten und weiter verkauften Waren noch wenig zum Vorschein gekommen. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei richten sich jetzt besonders auf die Ermittelung ihres Verbleibs. Leute, die von dem Schwindler in gutem Glauben gekauft haben, werden am besten tun, sich bei der Polizei freiwillig zu melden. Andernfalls können die Ermittelungen für sie leicht unangenehm werden, weil es nicht ausgeschlossen ist, daß sie dann in den Verdacht der Hehlerei geraten.

Einen groben Schwindel verüben hiesige Stellenvermittler, welche durch Inserate in kleineren Zeitungen der Provinz für die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft Leute als Schaffner suchen. Die bei den Agenten sich Meldenden haben eine Vermittelungsgebühr in Höhe von 10 bis 20 M. zu erlegen, ohne daß die Vermittler in der Lage sind, ihren Kunden die versprochene Stelle zu verschaffen. Die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft engagiert ihr Personal, wie sie mitteilt, nicht durch Stellenvermittler. Die Bahnhofsvorsteher, welche das Arbeitspersonal für die Bahnhöfe, als Wagenwäscher usw., selbständig zu engagieren haben, sind angewiesen, im Bedarfsfalle keine Stellenvermittler in Anspruch zu nehmen, sondern das erforderliche Personal nötigenfalls von dem städtischen Arbeitsnachweis zu beziehen.

Zu einem tumultuarischen Auftritt führte gestern abend am Stettiner Bahnhof ein Streit zwischen zwei Stellenvermittlern. Ein Agent hatte einen Transport Landarbeiter für ein Gut zusammengestellt und vereinigte die Leute in einer Gastwirtschaft am Stettiner Bahnhofe, woselbst er, wie das üblich ist, den Leuten zunächst Bier geben ließ, bevor die Verträge abgeschlossen wurden. Ein anderer Agent, der ebenfalls Landarbeiter suchte, bemühte sich, seinen Konkurrenten die Leute abspenstig zu machen, wodurch es zwischen den beiden Vermittlern zu einem heftigen Streit kam, der sich auf der Straße fortsetzte und zu einer großen Menschenansammlung Veranlassung gab. Bei der Annäherung eines Schutzmannes machte sich der zweite Agent schleunigst aus dem Staube.

Straßensperrung. Die Königin Augustastraße von der Viktoriastraße bis zur Matthäikirchstraße wird behufs Umpflasterung vom 11. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Nach der Boeckhstr. 39 wurde Freitag früh die Wehr gerufen, weil dort in einer Schlächterei Feuer ausgekommen war. Die Gefahr konnte leicht beseitigt werden. — Decken und Kleidungsstücke gingen dann in der Bernauerstr. 74 in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Alexandrinenstr. 11 die Verpackung von Glasballons in Brand geraten war. — Ein Posten Putzwolle wurde in der Gollnowstr. 19 eingeäschert. — In der Wilsnackerstr. 7 wurde die Wehr verlangt, weil dort das Dachgesims herabzustürzen drohte. Die Gefahr wurde beseitigt.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Zusammensetzung der Stadtverordneten-Versammlung war bis vor zwei Jahren im wesentlichen eine „unpolitische“. Die sogenannte Freie Vereinigung unter Führung des Herrn Ströhler verfügte im Verein mit den gleichfalls „Unpolitischen“, die sich zu der Fraktion „Alt-Charlottenburg“ zusammengeschlossen hatten, etwa

über zwei Drittel aller Sitze. Daneben zählte die Versammlung ein kleines Häuflein Liberaler und einige Sozialdemokraten, deren Zahl sich bis Ende des Jahres 1901 auf zwei belief und heute auf ein Dutzend angewachsen ist. Die Wähler der ersten und zweiten Klasse entsandten vornehmlich „Unpolitische" ins Stadtparlament, vereinzelt fand auch mal ein Liberaler Gnade vor den Augen der Privilegierten. Die dritte Klasse wählte liberal, in einigen Bezirken konservativ, bis es endlich den Anstrengungen der Sozialdemokratie gelang, bei jeder Neuwahl von den Liberalen bezw. den Konservativen einige Sitze zu erobern. Da kam plötzlich vor zwei Jahren die bekannte Affäre Ströhler. Der damalige Stadtverordnetenvorsteher Ströhler, dem man das Zeugnis eines ungewöhnlich fleißigen und tüchtigen Mannes nicht versagen kann, sollte an seinem eigenen Leibe erfahren, daß blinder Eifer nur schadet; er hatte insbesondere gegen die Leitung des städtischen Armenwesens Anklagen erhoben, die vor der Kritik nicht bestehen konnten, und diesen Fall benutzten die Liberalen, den ihnen verhaßten Vorsteher zu stürzen. Ihre Angriffe waren nicht sachlich, sondern rein persönlich. Tatsächlich erzielten sie denn auch bei den Neuwahlen bemerkenswerte Erfolge, ihre Liste siegte in der ersten Klasse, und auch in der zweiten brachten sie einige Kandidaten durch. In der dritten Klasse unterlagen sie — abgesehen von dem siebenten Bezirk — dem Ansturm der Sozialdemokratie. Das Ergebnis der Neuwahlen war, daß keine Fraktion mehr über die absolute Mehrzahl verfügte, die freie Vereinigung und die liberale Fraktion zählten je 24, die Fraktion Alt-Charlottenburg und die Sozialdemokraten je 12 Mitglieder.

Aber nicht nur äußerlich hatte sich die Zusammensetzung der Versammlung völlig verschoben, auch der Geist, von dem sie beseelt war, wurde ein völlig anderer. Galt Charlottenburg bis dahin mit einem Schein von Recht als eine sozialpolitisch fortgeschrittene Gemeinde, so gab sich von nun an die Mehrheit die redlichste Mühe, sozialpolitischen Fortschritten ein energisches Halt zu gebieten. Die Schuld daran ist in der Hauptsache den Liberalen beizumessen, denn im Grunde genommen ist Charlottenburg, auch wenn die liberale Fraktion nicht die Mehrheit besitzt, doch liberal verwaltet, d. h. liberal nicht etwa in dem guten Sinne dieses Wortes, sondern liberal im Sinne des sattsam bekannten Berliner Kommunalfreisinns. Die „unpolitischen" Fraktionen zählen zu ihren Mitgliedern eine ganze Reihe von Männern, die nur im Stadtparlament die Politik zu Hause lassen, aber in der „großen" Politik waschechte Freisinnige sind, so daß in Wirklichkeit der politische Liberalismus die Stadtverordneten-Versammlung beherrscht.

Während früher die liberale Fraktion an der Seite der Sozialdemokraten sozialpolitische Forderungen vertreten hatte, die auch bei einem Teil der unpolitischen, insbesondere bei den geistig hervorragenden und unabhängigen Herren Zustimmung fanden, erblickten die Liberalen von dem Augenblick an, wo sie es zu einer Macht gebracht hatten, ihre vornehmste Aufgabe in der Bekämpfung der Sozialdemokratie und in der Niederstimmung fast aller sozialpolitischen Forderungen. Sie, die sich früher scharf dagegen gewandt hatten, wenn die „Unpolitischen" erklärten, Politik gehört nicht in die Stadtverordnetenversammlung, bekämpften jetzt mit einem Male die Sozialdemokraten, weil sie Politik treiben; sie, die bis dahin, solange sie in der Minderheit waren, die Notwendigkeit sozialpolitischer Maßnahmen betont hatten, treten nunmehr rücksichtslos gegen jede Sozialpolitik auf, ja sie scheuten sich sogar nicht, die Forderungen, die sie früher selbst vertreten hatten, als unerfüllbare sozialdemokratische Utopien zu bezeichnen. Wir werden das in einer weiteren Reihe von Artikeln im einzelnen nachweisen. Der innere Grund ist darin zu erblicken, daß die Liberalen, solange sie Aussicht hatten, in der dritten Klasse gewählt zu werden, die Politik der breiten Masse betrieben, daß sie aber von dem Augenblick an, wo sie sich vor dem Ansturm der Sozialdemokratie in die erste und zweite Wählerklasse retteten, nur noch auf die Besitzenden Rücksicht nehmen.

Rixdorf.

Die Wählerliste für die Stadtverordneten-Wahlen wird vom 15. bis 30. August d. J. im Wahlbureau, Erkstr. 29, Zimmer 1, zur öffentlichen Einsicht ausliegen. Eingetragen in die Wählerliste sind insgesamt 22 921 Wähler, wovon auf die 3. Abteilung 20 329, auf die 2. Abteilung 2388 und auf die 1. Abteilung 204 Wahlberechtigte entfallen.

Wahlberechtigt ist nur, wer in der Wählerliste steht!

Spandau.

Die diesjährigen Stadtverordneten-Ersatzwahlen werden an unsere Parteigenossen ganz besonders hohe Anforderungen stellen, wenn sie den Sieg an ihre Fahne heften wollen. Der Schwierigkeiten sind recht mannigfaltige. Vor allem gilt es, sich mit dem System der Bezirkswahlen vertraut zu machen und der seit Monaten seitens der Gegner unter den Staatsarbeitern betriebenen Agitation mit Nachdruck entgegenzutreten. Es sind in der dritten Abteilung fünf Mandate, die sich in sozialdemokratischem Besitz befinden, zu verteidigen, und zwar scheiden aus die Genossen Hallecker, Linz, Pieper, Scholz und Rieger.

Mit der Aufstellung der Kandidaten wird sich demnächst eine Wahlvereins-Versammlung beschäftigen.

Die Arbeiter Spandaus haben aber bereits ihre Hauptpflicht zu erfüllen, sich das Wahlrecht dadurch zu sichern, daß sie die Wählerlisten, die in der Zeit vom 15. bis 30. August täglich von 8—1 und 3—6 Uhr im Rathause, Zimmer 14, öffentlich ausliegen, einsehen! Jeder wahlberechtigte Arbeiter, dessen Name nicht in der Liste steht, muß bei Verlust seines Stimmrechts sofort bei dem anwesenden Magistratsbeamten zu Protokoll oder durch besonderes Schreiben die Ergänzung und Richtigstellung der Liste beantragen. Man achte auch besonders, daß jeder Wähler in dem zuständigen Wahlbezirk eingetragen wird.

Durch eine unvermutete Revision wurde vor einigen Tagen ein Postbeamter in Staaken der Unterschlagung von Geldern und Briefschaften überführt und darauf sofort in Untersuchungshaft genommen.

Pankow.

Der Amtsvorsteher von Pankow erläßt zur Beruhigung der Bürger Pankows im Pankower Ortsblatt folgende Berichtigung:

„Nachdem der vor einigen Tagen konstatierte unbedeutende Defekt an dem Druckrohr Pankow—Mühlenbeck mit leichter Mühe sofort beseitigt worden war, ist gestern in Gegenwart eines durch die zuständige vorgesetzte Behörde hiermit beauftragten königl. Regierungs-Baurats unter einem Druck von 7—8 Atmosphären die Leitung auf ihre nunmehrige Dichtigkeit erprobt worden und es hat sich herausgestellt, daß das Rohr unter dem erwähnten, verhältnismäßig hohen Druck standhielt und tadellos funktionierte, derart, daß die Abwässer Reinickendorfs seit gestern nachmittag 3½ Uhr unausgesetzt auf die in Mühlenbeck angelegten Rieselfelder gelangen. Dadurch ist der Beweis erbracht, daß die bekannten Alarmartikel in verschiedenen Berliner Zeitungen unter die Kategorie derjenigen Publikationen zu bringen sind, von denen man mit Recht zu sagen pflegt: „Viel Lärm um nichts!"

Wir können diese Berichtigung nicht für stichhaltig erachten, denn das Fehlen eines Verbindungsrohres von 2,20 Meter ist nicht dazu angetan, das erschütterte Vertrauen auf die Reellität der Leitung wiederherzustellen.

Auch der Hinweis auf einen Druck mit 7 bis 8 Atmosphären ist kein Beweis der Haltbarkeit, denn wenn man die Leitung dicht geschlossen hätte und der erwähnte Druck vorgenommen wäre, so hätte man befürchten müssen, die ganze Leitung zu sprengen und da man nur den sogenannten Schieber geschlossen hatte, konnte man den Druck nicht auf acht Atmosphären bringen. Indes wollen wir im Interesse der Gemeinde Pankows wünschen, daß die Druckrohrleitung funktioniert.

Johannisthal.

Eine Protestversammlung gegen den Fleischwucher fand am Dienstag in Senftlebens Volksgarten statt. Die eingehenden Aufführungen des Genossen Diesener wurden mit vielem Beifall aufgenommen. Die bekannte Resolution fand gegen eine Stimme Annahme. Darauf wurde die Aufstellung eines Kandidaten für die kommende Ersatzwahl zur Gemeindevertretung der dritten Abteilung vorgenommen. Auf Vorschlag des Wahlvereins wurde als Kandidat der Genosse Hermann Dühring gegen eine Stimme aufgestellt. — Von verschiedenen Diskussionsrednern wurde über das hier herrschende Senkgrubensystem geklagt. Ist doch erst vor einigen Tagen ein Kind in eine solche Grube gestürzt und dabei ertrunken. Es wäre Aufgabe der Behörde, die schleunige Beseitigung derartiger Zustände herbeizuführen.

Grünau.

An die Auffindung zweier Skelette bei Ausschachtungsarbeiten auf einer Landzunge bei Grünau knüpften sich Gerüchte, nach denen die gefundenen Knochenreste von ermordeten Personen herrühren sollten. Die behördlichen Feststellungen haben keinerlei Anhalt dafür ergeben, daß die Toten ermordet worden sind. Die Skelette haben schon mindestens 70 Jahre am Fundorte gelegen und sind zweifellos ertrunkene Personen, die an jener Stelle begraben worden. Früher wurden unbekannte Leichen, die im Wasser angetrieben wurden, nicht nach den Begräbnisplätzen gebracht, sondern ohne jede Förmlichkeiten in der Nähe der Fundstelle begraben.

Vermischtes.

Die Zieglersche Nordpolexpedition gerettet.

Einem Telegramm aus Honningsvaag (Finnmarken) zufolge ist das Entsatzschiff „Terra Nova" Donnerstag, 10. August, mit den Teilnehmern des Zieglerschen Forschungsunternehmens nach dem Nordpol in Honningsvaag angekommen. Das Schiff „Amerika" ist, im Eise zertrümmert, gesunken, die Teilnehmer der Zieglerschen Nordpolfahrt blieben jedoch alle wohlbehalten. Nur ein Norweger namens Mähre ist gestorben. Wie weit das Unternehmen nach Norden gekommen ist, weiß man nicht. Es machte 1904 den Versuch, den Nordpol zu erreichen, doch war keine Rekordleistung geplant. Das wissenschaftliche Ergebnis ist sehr befriedigend. Der Leiter Fiala erklärte, daß von früheren Unternehmen niedergelegte Vorräte große Hülfe geleistet hätten.

Ueber die Expedition zum Entsatz der Zieglerschen Expedition meldet „Aftenposten": Die „Terra Nova" ist am 14. Juni von Tromsoe abgefahren. Die Eisverhältnisse waren die denkbar ungünstigsten. Das Schiff fuhr bei anhaltend dichtem Nebel ostwärts längs der Eiskante. Am 29. Juni erreichte es Kap Dillon, wo man sechs Mann der Zieglerschen Expedition wohlbehalten antraf. Diese sechs Mann wurden mit einer Schlittenexpedition nach dem Camp Ziegler gesandt, um den Leiter der Zieglerschen Expedition, Fiala, welcher sich dort mit neun Mann aufhielt, von der Ankunft der „Terra Nova" zu unterrichten. Das Schiff „Terra Nova" fuhr jetzt nach Kap Flora und kam dort am 30. Juli nachmittags an. Hier wurden 22 Mann an Bord genommen, die sich in weniger guter Verfassung befanden, so daß einzelne von ihnen wohl kaum noch eine Ueberwinterung ausgehalten hätten. Am 31. Juli kehrte die „Terra Nova" nach Kap Dillon zurück. Der Leiter der Entsatzexpedition Champ begab sich jetzt von hier aus über das feste Eis mit einer Schlittenexpedition nach Camp Ziegler, um „Fiala" zu Hülfe zu kommen. Am 1. August waren alle zurückgekehrt und es wurde die Heimreise angetreten. Nach vielen Schwierigkeiten kam die „Terra Nova" am 6. August aus dem festen Eise heraus.

Die Schuldfragen im Prozeß Murri. Rom, 8. August. Gestern sind endlich nach 108 Verhandlungstagen den Geschworenen die Schuldfragen in diesem Riesenprozeß vorgelegt worden, so daß am 10. oder 11. der Wahrspruch gefällt werden dürfte. Es sind im ganzen 88 Fragen, von denen 14 allein Tullio betreffen. Ueber Tullio werden die Geschworenen befragt: 1. Ob er der materielle Urheber des Todes des Grafen Bonmartini sei; 2. ob er im Zustande der Unzurechnungsfähigkeit gehandelt habe; 3. im Zustande der Notwehr; 4. mit der Absicht zu töten; 5. mit Vorbedacht; 6. im Zustande teilweiser Unzurechnungsfähigkeit; 7. auf Grund schwerer Provokation. Die übrigen Fragen betreffen den Diebstahl der Dokumente und Wertsachen Bonmartinis. — Für Naldi werden die Fragen gestellt auf direkte Mitwirkung, auf Beihülfe, notwendige Beihülfe und Vorbedacht, für Bonetti lauten sie auf Beihülfe und Begünstigung und es sind Nebenfragen über die Zurechnungsfähigkeit gestellt. Für Lind, Murri lauten die Fragen auf Anstiftung zur Tat, auf Begünstigung und auf Ueberlegung; genau dieselben Fragen sind für Secchi gestellt. Anstiftung wird nach italienischem Recht ebenso bestraft wie die materielle Ausführung der Tat. — Man sieht dem Wahrspruch mit einer an Angst grenzenden Spannung entgegen. —

Turin, 11. August. In dem Prozeß Murri erklärten die Geschworenen alle Angeklagten unter Zubilligung mildernder Umstände für schuldig.

Von unserem römischen Korrespondenten erhalten wir folgendes Telegramm: **Das Urteil im Prozeß Murri** hat einen furchtbaren Eindruck gemacht. Es wurde die alleinige Verurteilung Tullios zu etwa 18 Jahren erwartet. Der Wahrspruch erregt allgemeines Erstaunen und tiefes Mitleid.

Wilhelm Oncken, ein byzantinisch-nationalliberaler Historiker, ist in Gießen gestorben. Der Verstorbene, der im 67. Lebensjahre stand, gehörte seit 1870 der Universität Gießen an. Er gab seit 1877 die Allgemeine Geschichte in Einzeldarstellungen heraus, für die er selbst das Zeitalter Friedrichs II., die Zeit von der großen Revolution bis zu den Befreiungskriegen und die Zeit Wilhelms I. behandelte. In der letztgenannten Arbeit tischte er längst widerlegte Legenden über die Sozialdemokratie als historische Wahrheit auf. Von 1874 bis 76 war Oncken nationalliberales Mitglied des deutschen Reichstages.

Opfer der Arbeit. Breslau, 11. August. (W. T. B.) Bei der Ausführung von Schlemmarbeiten in einer hiesigen chemischen Fabrik wurden heute zwei Arbeiter durch Brunnengase getötet.

Baueinsturz. Chemnitz, 11. Aug. Beim Neubau der Kaserne für das neu zu errichtende Ulanenregiment in der Planitzstraße, stürzte heute nachmittag kurz nach 3 Uhr eine Baracke ein und begrub 12 Mann. Einer davon ist tödlich verletzt, die anderen erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Mehrere von ihnen wurden ins Krankenhaus, die übrigen in ihre Wohnungen übergeführt.

Eisenbahnunfälle. Mannheim, 11. August. Ein schwerer Unfall ereignete sich heute morgen auf der Fahrt eines Güterzuges von Mannheim nach Neckarau. Der Lokomotivheizer Hinkelmann lehnte sich zu weit über die Maschine hinaus, wobei ein in diesem Augenblick von entgegengesetzter Richtung herankommender Zug ihm die eine Kopfhälfte wegriß. Hinkelmann starb auf dem Transport nach dem Krankenhause. — Kastell, 11. August. Oberhalb der hiesigen Station der Taunusbahn entgleiste heute morgen ein Güterzug und sperrte längere Zeit das zu Tal führende Gleis.

Touristenunfälle. Innsbruck, 11. August. Der Jägerleutnant Sorni stürzte vom Kaisergebirge ab und war auf der Stelle tot. — Bern, 11. August. Der Leichnam des einen der auf einer Jungfrautour vermißten Badener Herren, des Apothekers Herrmann, wurde, wie der „Bund" meldet, gestern auf dem Plateau des Guggigletschers gefunden. Beide sind, wie angenommen wird, Sonnabend von einem Gewitter überrascht worden. Herrmann stürzte ab; sein Gefährte, der Kohlenhändler Geldner, wollte Hülfe holen, wobei er selbst verunglückte. Nach Geldner wird noch gesucht.

Touristenunfall. Innsbruck, 11. August. (W. T. B.) Der Tourist Müller aus Nürnberg ist von der Leiterspitze im Lechtale abgestürzt und blieb tot.

Verhaftet wurde in Triest der Anarchist Baldini, welcher von der Polizei verfolgt wird, weil er in Düsseldorf einen gewissen Mann ermordete.

Starker Tabak. Folgende Anleitung zum Genusse einer rumänischen Virginia-Zigarre gibt eine rumänische Zeitung ihren Lesern. 1. Beim Aussuchen suche man eine hellgelbe zu erreichen, da die schwarzen auch für den stärksten Magen schwer verdaulich sind. 2. Man suche die hervorstehenden Bindfadenstücke, Roßhaare, Lederabfälle und Schweinsborsten sorgfältig heraus. 3. Die überflüssige Feuchtigkeit in der Zigarre ist durch kräftige Behandlung mit einem Nudelwalker zu entfernen. 4. Man lasse sich in eine Lebens- und Unfallversicherungsgesellschaft aufnehmen. 5. Man begebe sich dann an einen Ort, wo sich auf mindestens drei Kilometer Entfernung kein Lebewesen mehr befindet. 6. Ein Arzt, eine Hausapotheke, ein Waschbecken, eine Luftpumpe sowie eine Tragbahre und zwei stämmige Dienstmänner sind mitzunehmen. (Arzt und Dienstmänner müssen mit Nasenklammern und einem Essigschwamm versehen sein.) 7. Man lasse sich von den beiden Dienstmännern festhalten und suche dann die Zigarre mit List und Beharrlichkeit und unter Aufwand von zwei Schachteln nationaler Streichhölzer in Brand zu stecken. 8. Man überlege sich die Sache lieber doch noch einmal, trage die Zigarre nach Bukarest zurück und übergebe sie einem der städtischen Mistverbrennungsöfen oder dem Schinder zur Vertilgung." Wer wagt es, Rittersmann oder Knapp? —

Sturm und Ueberschwemmungen. Dresden und das Elbtal, besonders aber der Rabenauer Grund bei Mohorn sowie das Saubachtal bei Wilsdruff sind von einem Wolkenbruch schwer getroffen worden. Der von dem Hochwasser angerichtete Schaden ist noch größer als der im Jahre 1897. Wiesen und Aecker stehen in breiten Flächen unter Wasser. Die Häuser wurden in ihren unteren Geschossen ausnahmslos überschwemmt. Große Holzlager sind weggeschwemmt, steinerne Brücken weggebrochen. Häuser wurden unterspült, Bäume entwurzelt, Vieh, besonders Schweine wurden fortgerissen. Die Feuerwehren hatten ununterbrochen zu tun. Die 12. Pioniere aus Dresden zogen im Rabenauer Grund einen Graben, um das Wasser der Weißeritz abzuleiten. Die Elbe ist im ununterbrochenen Steigen begriffen. Das Stadtbad in Dresden mußte geschlossen werden.

Ein schreckliches Unwetter ging Donnerstag über Ronneburg (S.-A.) und Umgegend nieder. Der Schaden, der durch den Orkan angerichtet wurde, ist unberechenbar. Die Gärten, Parks und öffentlichen Anlagen bieten einen trostlosen Anblick. Ganze Aeste sind herabgerissen worden. Die grünen Zweige bedecken den Boden. Den Bauern, die sich mitten in der Erntearbeit befanden, schwamm das Getreide von den Feldern weg. Die tieferliegenden Gärten, Felder und Gebäude stehen unter Wasser. Im Automobilwerk schlug der Blitz in den hohen Fabrikschornstein, warf diesen über den Haufen und beschädigte den Dampfkessel, so daß der Betrieb ruhen muß. Die Wassermassen rissen ganze Zäune weg. Die Weber mußten die Fabriken verlassen. Dabei war es während der Dauer des Orkans, der von 3—4 Uhr nachmittags, wütete, stockfinster.

In Weinsberg hat der Hagelschlag zwei Drittel der Weinernte vernichtet. In Heilbronn wurden viele Dächer schwer beschädigt.

Donnerstag sind in Oberbergheim infolge Blitzschlages acht Bauerngehöfte niedergebrannt. Ueber der ganzen Pfalz, besonders über Landau und Neustadt ging Donnerstag ein schweres Unwetter nieder. Die Weinernte ist durch den Hagel vernichtet worden. Der Schnellzug von Weißenburg traf gestern mit fünfviertel Stunden Verspätung in Saargemünd ein. Die Obsternte ist verloren. Auf der Wetterseite sind sämtliche Fenster zerschlagen worden.

Infolge Wolkenbruchs im Gelände des Gollnitzer Einschnitts bei Kalau wurden am 10. August, nachmittags 6 Uhr, die Seitengräben des Einschnitts bis über das Ufer überschwemmt und die Gleisebettung an mehreren Stellen fortgespielt. Beim Uebergange des Kemmener Weges, Kilometer 146,6, kam hierzu noch das zu Tal gehende Wasser vom Südabhang des Berges und die Bettung unter beiden Gleisen wurde hier fortgespült, so daß der Zugbetrieb vorübergehend ganz eingestellt werden mußte. Schnellzug 104 erlitt hierdurch eine Verspätung von 75 Minuten, die Züge 499 und 508 zirka 1½ Stunden.

Ein Wirbelsturm von seltener Heftigkeit richtete gestern, wie aus Mézières gemeldet wird, in den Ardennen und an der Maas beträchtlichen Schaden an; mehrere Menschen sollen ihm zum Opfer gefallen sein. Der durch den Wirbelsturm verursachte Schaden in Sedan und Umgebung wird auf vier Millionen Frank geschätzt. Davon entfallen auf die Stadt Sedan allein 1½ Millionen. Der Stadtpark und der Friedhof von Sedan sind vollständig vernichtet. Eine Frau wurde getötet, die Zahl der Verletzten ist bedeutend. In 20 Gemeinden rings um Sedan ist die Ernte vollständig vernichtet worden.

Das gestern abend über Süddeutschland niedergegangene schwere Unwetter richtete auch in der Gegend von Frankfurt a. M., besonders aber im Taunus und in Hessen an Gärten und Feldfrüchten beträchtlichen Schaden an. Telegramme aus Baden, Pfalz und Franken berichten, daß das Unwetter ebenfalls strichweise bedeutende Verheerungen angerichtet hat. Auch aus Frankreich wird über große Wetterschäden berichtet.

Neustadt a. d. H., 11. August. (W. T. B.) Das gestrige Unwetter in der Pfalz hat enormen Schaden angerichtet. Es fielen Hagelkörner von sieben Zentimeter Durchmesser. Die Dächer sahen aus wie von Kugeln durchlöchert. Der Sturm hob Gütertwagen aus dem Geleise. Die Tabaksfelder, die Hopfenfelder und der Zuckerrübenbau haben erheblich gelitten. Die Weinernte ist teilweise vernichtet. Der Schaden ist besonders groß in den Gemarkungen Ebenkoben und Landau sowie Maikammer, Haßloch und Diedesfeld. Der Landtagsabgeordnete Hammerschmidt richtete ein Schreiben an das bayrische Ministerium wegen der bedrängten Lage der Winzer sowie der Obst- und Tabakbauer.

Verein ehemaliger Gütergoyer zur Bekämpfung der Tuberkulose. Sitzung heute abend 9 Uhr im Musikerhause, Kaiser Wilhelmstraße 18a. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder und Gäste wird ersucht.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 13. August, vorm. 8½ Uhr, im Bürgersaale des Rathauses, Eingang Königstr. 15—18: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. — Um 10½ Uhr vormittags in der Schul-Aula, Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung. Vortrag des Fräulein Ida Altmann: „Menschenbildung im Spiel." Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

„Die Dokumente des Sozialismus", Hefte für Bibliographie, Geschichte und Urkunden des Sozialismus, herausgegeben von Eduard Bernstein (Administration Lützowstr. 105, Berlin W. 35) haben soeben das Augustheft (Nr. 8) 1905 erscheinen lassen. Es enthält außer 37 Buchbesprechungen einen theoretischen Aufsatz von Eduard Bernstein, sowie einen auf ungedrucktem Material beruhenden Aufsatz von Dr. Max Nettlau über die Vorgeschichte der Internationale. Dazu literarische Nachweise, Urkunden und Notizen.

Witterungsübersicht vom 11. August 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	758	WSW	1	bedeckt	18	Haparanda	768	O	4	bedeckt	13
Hamburg	759	WSW	4	heiter	15	Petersburg	756	SSW	1	Nebel	17
Berlin	760	W	1	bedeckt	18	Scilly	765	NNW	3	halb bd.	14
Frankfurt a. M.	763	SW	3	halb bd.	18	Aberdeen	756	WSW	1	halb bd.	10
München	765	SW	6	Regen	16	Paris	765	WNW	1	wolkenl.	15
Wien	762	NNW	1	wolkenl.	22						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 12. August 1905.

Vielfach heiter, am Tage etwas wärmer bei mäßigen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 10. August. Elbe bei Aussig + 1,07 Meter, bei Dresden — 0,26 Meter, bei Magdeburg + 1,10 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,00 Meter. — Oder bei Ratibor + 0,83 Meter, bei Breslau Oberpegel + 4,76 Meter, bei Breslau Unterpegel — 1,58 Meter, bei Frankfurt + 1,03 Meter. — Weichsel bei Brahemünde + 5,38 Meter. — Netze bei Usch + 0,78 Meter.

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.